

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

www.arbeit-wirtschaft.at

© ÖGB-Verlag/Michael Mazohl

Schwerpunkt Pensionen

Bis(s) zum Lebensabend

Schwerpunkt:
Zentrale Baustelle Arbeitsmarkt

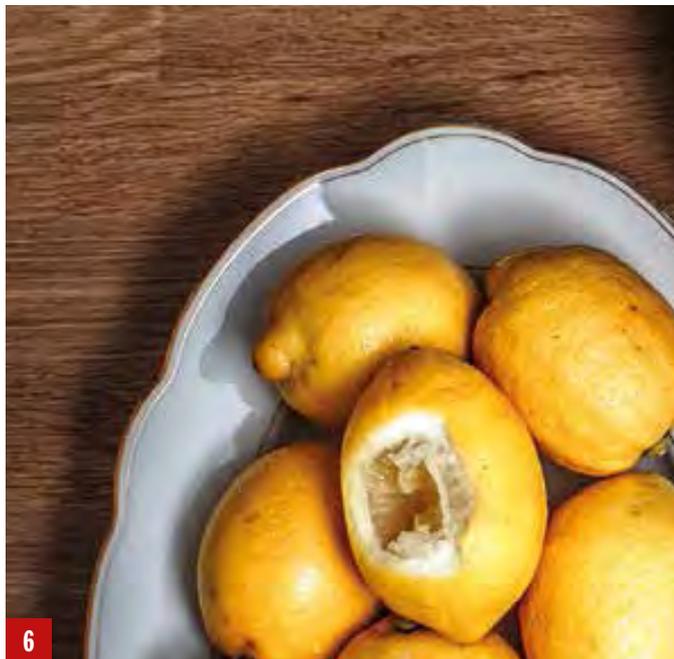
Nicht die Pensionen sind das Problem,
es braucht mehr und bessere Arbeitsplätze **6**

Diskussion:
Aus Sicht der Jungen

Drei JugendvertreterInnen sprechen am Runden
Tisch über ihre Pensionszukunft **12**

Reportage:
„Das ist schwierig“

Vom Arbeiterstrich zum Brunnenmarkt:
Auf prekären Pfaden der Migration **32**



6

Coverstory

Mehr und bessere Arbeitsplätze sind die beste Antwort, wenn es darum geht, die Relation zwischen PensionistInnen und Erwerbstätigen trotz massiver Verschiebung der Altersstruktur im Lot zu halten.



12

Diskussion

Es muss mehr Beschäftigung geschaffen werden: Zumindest darin sind sich die JugendvertreterInnen Stefan Bartl, Veronika Kronberger und Nikolaus Griller einig. Ein Streitgespräch.

Schwerpunkt

Not in Our Name!

Im Namen der Jungen sollen die Pensionen reformiert werden. Die vermeintlichen GewinnerInnen einer Reform wären die großen VerliererInnen.

16

Eine Frage der Verteilung

Generationengerechtigkeit wird durch starke Vermögenskonzentration und deren Vererbung verhindert.

18

Bumerang schlechte Arbeit

Die Arbeitslosigkeit junger Menschen bleibt auf Rekordniveau, unsichere Beschäftigungsverhältnisse sind für viele Alltag. Das ist schlecht für die Pension.

20

Löchriger Schutzschild

Der wirtschaftliche Wandel riss Löcher ins Pensionssystem. Sowohl über die Arbeitsmarkt- als auch über die Bildungspolitik kann dem entgegengewirkt werden.

22

Die Schwarzmalerei

Länger arbeiten, weniger Geld: Das waren nur zwei der Vorschläge von WirtschaftsvertreterInnen im Vorfeld des Pensionsgipfels Ende Februar.

26

Durch die pinke Brille: Neoliberale Mythen

Pensionsautomatik, Frauenpensionsalter und Co: Warum hinter diesen Vorschlägen Verschlechterungen für PensionistInnen von heute und morgen stecken.

28

Mehr Schein als Sein im Prekariat

Prekäre Jobs lassen kaum Spielraum für soziale Absicherung, sie werden aber immer häufiger. Eine höhere „Mindestpension“ könnte Abhilfe schaffen.

30

Blick über die Grenzen

Wie sieht es mit der Alterssicherung anderswo auf der Welt aus? Mit welchen Herausforderungen haben andere Länder zu kämpfen, haben sie Vorteile? Eine Annäherung.

38

Kleine Enzyklopädie der Pension

Das Pensionssystem scheint für Laien schwer durchschaubar. Für ein Grundverständnis gibt es hier einen Überblick über den Fachwordtschungel.

40



32

Reportage

Vom Arbeiterstrich auf der Triester Straße über schlecht bezahlte Zeitungskolportere zu indischen Händlern am Brunnenmarkt. Ein Roadtrip auf den prekären Pfaden von MigrantInnen.

Standards

Historie:	
Für den anderen Feierabend	4
Standpunkt:	
Erfrischt in die Pensionszukunft	5
Zahlen, Daten, Fakten	24
Nicht zuletzt – von Sascha Ernszt	43
Frisch gebloggt	44
Aus AK und Gewerkschaften	45
Man kann nicht alles wissen	46
Erklärungen aller grün markierten Worte.	

Impressum

Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:
 Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien,
 Tel.: (01) 534 44-39263 Dw.,
 Fax: (01) 534 44-10022 Dw.,
 Sonja Fercher (CvD),
 Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw.
E-Mail: sonja.adler@oegb.at
Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:
 Bettina Eichhorn, Philipp Starlinger,
 Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien,
 Tel.: (01) 662 32 96-0
E-Mail: aboservice@oegbverlag.at

Redaktionskomitee:
 Bernhard Achitz, Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Adi Buxbaum, Georg Feigl, Sonja Fercher, Andreas Gjecaj, Elisabeth Glantschnig, Angelika Gruber, Richard Halwax, Melissa Huber, Georg Kovarik, Florian Kräftner, Iris Krassnitzer, Sylvia Kuba, Barbara Lavaud, Sabine Letz, Pia Lichtblau, Markus Marterbauer, Martin Müller, Klaus Mulley, Ruth Naderer, Brigitte Pellar, Charlotte Reiff, Philipp Schnell, Georg Sever, Josef Thoman, Erik Türk, Christina Wieser, Gabriele Zgubic, Karin Zimmermann, Josef Zuckerstätter

Redaktionsmitglieder:
 Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler (Sekretariat),
 Michael Mazohl (Artdirektion)
 Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
 Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler, Katja Dämmrich,
 Sascha Ernszt, Astrid Fadler, Sandra Knopp,
 Jakob Luger, Michael Mazohl, Amela Muratovic,
 Maja Nizamov, Brigitte Pellar, Alexandra Rotter,
 Matthias Schnetzer, Udo Seelhofer, Hanna Silbermayer,
 Dennis Tamesberger, Josef Thoman

Herausgeber:
 Bundesarbeitskammer,
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22, und
 Österreichischer Gewerkschaftsbund,
 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber:
 Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes
 GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1,
 Tel.: (01) 662 32 96-39744 Dw.,
 Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.,
E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at,
Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH
Verlagsort: Wien
Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):
 Einzelnummer: € 2,50;
 Jahresabonnement Inland € 20,-;
 Ausland zuzüglich € 12,- Porto;
 für Lehrlinge, Studenten und Pensionisten ermäßigtes
 Jahresabonnement € 10,-
 Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien,
 Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-0,
E-Mail: aboservice@oegbverlag.at

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:
www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung
 ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655
 Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/ jede AutorIn trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung.
 Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte.
 Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

Für den anderen Feierabend

Als die Angestelltenpension geplant wurde, forderten die organisierten Lehrlinge und jungen Fabrikarbeiter auch eine Arbeiterpension.

*Und wenn ich Jahr für Jahr entbehrt,
Gefroren und mich schlecht ernährt,
um jeden zu bezahlen?! Was hab' ich,
wenn ich schwach und alt,/Gebeugt zur
traurigsten Gestalt,/Alsdann von allen
Qualen?*

*Dann wank' ich still von Haus zu Haus/
und bitt' mir eine Gabe aus,/Bis dass mich
greift, den Alten./Bin ich dann schimpf-
lich arretiert/ Und ins Gefängnis abge-
führt,/Dann, dann wird' ich erhalten.*

Das sind die letzten zwei Strophen des von einem Unbekannten verfassten Gedichts „Abendgedanken eines Arbeiters“. Es wurde im Leitartikel „Feierabend“ der Septemberrummer 1905 der Zeitschrift „Der Jugendliche Arbeiter“ zitiert, wo der Kampf für menschenwürdige Arbeitsbedingungen und Freizeit als Voraussetzung für Lebenschancen das Thema war. Eigene gewerkschaftliche Jugendorganisationen gab es damals noch nicht, diese bildeten sich erst in den 1920er-Jahren, aber innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung organisierten sich die männlichen Jugendlichen eigenständig, unabhängig von Partei und Gewerkschaft – „Der Jugendliche Arbeiter“ war ihr Medium.

Der Leitartikel „Feierabend“ erschien nicht umsonst 1905. Damals ging es um eine große Novelle zur Gewerbeordnung, einschließlich der Arbeitszeitbestimmungen für Jugendliche und der Bestimmungen zur Lehrlingsausbildung mit dem verpflichtenden Besuch der Gewerbeschule nach dem harten Arbeitstag. Gleichzeitig stand die Einführung der Angestelltenpension

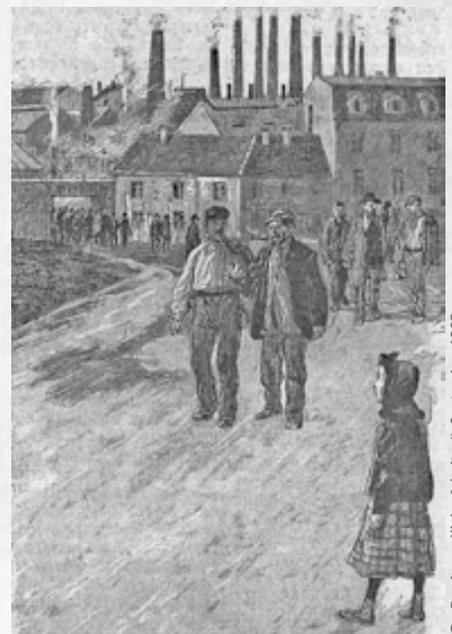
zur Debatte, nicht aber eine Alterspension für ArbeiterInnen. Vor diesem Hintergrund verknüpften die Jugendorganisationen ihre Forderung nach Arbeitszeitverkürzung und Tagesunterricht an der Gewerbeschule mit der Forderung, auch den ArbeiterInnen den „anderen Feierabend“ im Alter zuzugestehen:

*Und heiliger Kampfeszorn wird wach in
jedem Proletarierherzen, das alle Bitter-
nisse des heutigen elenden Feierabends
überdenkt. Hat es ja doch schon das Kind
empfunden, dass ihm der Vater und nur
zu oft überdies die Mutter bei Lebzeiten
schon zu lange geraubt und endlich allzu
früh durch den Tod entrissen wurde, weil
der Feierabend zu kurz, die vorausgegan-
gene Anstrengung aber zu groß war.*

*Wenn aber der Jugend Arbeitszeit heran-
kommt, dann merken die Gequälten
bald, dass ihre Arbeitszeit oft nach der
Gehilfen Feierabend noch lange nicht zu
Ende ist. Und selbst, wenn sie zu Ende
wäre, nehmen die Gewerbeschulen Zeit
und Kraft des jugendlichen Arbeiters in
Anspruch.*

*So lernt schon die Jugend in der bitteren
Schule des ausgebeuteten Lebens, wie ein
wichtiges Ziel des großen Proletarier-
kampfes eine kürzere Arbeitszeit ist. ...*

*Und noch einem anderen Feierabend gilt
unser Kampf, dem Feierabend des Le-
bens! – An den eigenen alten Eltern oder
doch an den alten Arbeitern seines Beru-
fes kann der jugendliche Arbeiter sehen,*



© „Der Jugendliche Arbeiter“, September 1905.

Der Text zum Titelbild des „Jugendlichen Arbeiters“ vom September 1905: „Wie drohende Steinkerker stehen die Fabriken da ... Auch der Lohn für schwere Plage ist abgebildet in dem ärmlichen Anzug des Kindes, das seinen Vater erwartet, wie in den ernsten, gramdurchfurchten Gesichtern der Arbeiter.“

was ihm selbst im Alter blüht. Und doch dienten diese alten Proletarier und Arbeiterinvaliden der Gesellschaft und dem Staate mit Einsatz ihrer Gesundheit und Lebenskraft; und sie wären doch einer Altersversorgung mindestens ebenso wert wie andere Pensionisten.

Ausgewählt und kommentiert
von Brigitte Pellar
brigitte.pellar@aon.at

Erfrischt in die Pensionszukunft

Standpunkt



Sonja Fercher
Chefin vom Dienst
Arbeit&Wirtschaft

Jünger als 35 Jahre sollten die AutorInnen dieser Ausgabe sein. Denn sie sollte in erster Linie von jenen gestaltet sein, die mögliche Pensionsreformen direkt betreffen. Diese Altersgrenze ist, wie Sie sicherlich bereits bemerkt haben, nicht die einzige Besonderheit des vorliegenden Hefts. Die Arbeit&Wirtschaft erscheint nun in einem frischen Layout. In gewissem Sinne erinnert mich der Prozess an die Pensionsreform. Eine völlig neue Zeitschrift haben wir aus der A&W nicht gemacht. Dazu waren wir von den Grundprinzipien zu überzeugen. Sehr wohl aber wollten wir das Gesamtkonzept auf neue Beine stellen. Um es auf die Pensionen umzumünzen: Es stand außer Frage, dass wir am umlagefinanzierten System festhalten.

Fragwürdige Alternativen

Keine von den immer wieder ins Spiel gebrachten Alternativen konnte uns bisher überzeugen, schon gar nicht liefern jene, die lautstark eine Reform fordern, triftige Gründe, weshalb man am System selbst rütteln soll. Dass es Schwächen hat, war und ist für uns Ansporn, das System besser zu machen. Hohe Arbeitslosigkeit, Reallohnverluste bzw. der Anstieg von Teilzeit und prekären Arbeitsverhältnissen lassen eine gute Pension im Alter tatsächlich unrealistisch erscheinen. Hier sehen wir großen Reformbedarf. Gleichzeitig

aber haben wir die Reformschritte im Auge behalten, die das System bereits an verschiedenen Stellen verbessert haben, nicht zu vergessen die große Reform, die vor gerade einmal zwölf Jahren beschlossen wurde.

Um es wieder auf die A&W umzumünzen: Die große Reform des Pensionssystems hat schon ein paar Jahre auf dem Buckel, unsere ist druckfrisch. Wir haben allerdings in den vergangenen Monaten schon an kleinen Stellschrauben gedreht, während die Vorbereitungen für die große Reform liefern. Im Unterschied zur Pensionsreform, die eine Vereinheitlichung *ulgo* Harmonisierung zum Ziel hatte, haben wir uns vorgenommen, die Zeitschrift abwechslungsreicher zu gestalten. Dass sich die Artikel sehr geähneln haben, haben wir durch eine ausgefallene Bildsprache auszugleichen versucht. In Zukunft haben wir verschiedene Varianten, die sich in Fotogröße unterscheiden werden – ohne dass wir auch nur ein Zeichen im Artikel gestrichen haben. Wir halten die Länge unserer Artikel für ein Qualitätsmerkmal.

Ständig weiterentwickeln

So weit zu den kleineren Änderungen. Neu eingeführt haben wir die Coverstory, sozusagen ein Pensionskonto. In dieser werden wir Ihnen einen Einstieg ins je-

weilige Schwerpunktthema bieten, um das sich die übrigen Artikel im Heft drehen werden. Bei der Neugestaltung des Interviews haben wir uns von folgendem Gedanken leiten lassen: Es ist nicht nur interessant, was die befragte Person sagt, interessant ist auch die Person des/der Interviewten selbst. Deshalb wird er/sie in Zukunft auf einem größeren Foto gezeigt werden. Damit möchten wir Ihnen die Möglichkeit geben, sich selbst ein noch besseres Bild von der Person zu machen, die versucht, Ihnen Erklärungen über einen bestimmten Ausschnitt der Realität zu liefern. Schon bisher haben wir immer wieder Reportagen gehabt. Wir aber fanden, dass da noch mehr drinnen ist. Denn eine Reportage lebt nicht nur von intensiven Schilderungen, sondern auch von Bildern. Deshalb haben wir dieses „Format“, wie man in der journalistischen Fachsprache sagt, nun eingeführt in der Hoffnung, dass Sie sich noch stärker „mittendrin“ fühlen können.

Und um noch eine letzte Parallele zum Pensionssystem zu bemühen: Kein System ist jemals fertig, auch eine Zeitschrift muss sich ständig weiterentwickeln. Wir hoffen, dass es uns gelungen ist, die Arbeit&Wirtschaft für Sie noch attraktiver zu gestalten. Sollten Sie weiteren Reformbedarf sehen, melden Sie sich bitte bei uns. Derweil bleibt mir nur, Ihnen eine spannende Lektüre zu wünschen.

Pensionspläne 2016

Bei einem Treffen Anfang März hat sich die Koalition auf weitere Maßnahmen in Sachen Pensionen geeinigt. Weitere Pensionskürzungen sind nicht geplant:

Wiedereinstieg nach langer Krankheit

Es soll möglich sein, mit weniger Stunden an den Arbeitsplatz zurückzukehren. Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen müssen dazu eine Vereinbarung treffen, möglich ist eine Reduzierung der Arbeitszeit auf 50 bis 75 Prozent für eine bestimmte Zeit. Um den Gehaltsunterschied auszugleichen, soll eine neue Sozialleistung geschaffen werden. Den Betroffenen entstehen dadurch aber keine Nachteile bei der Abfertigung. Außerdem gilt der Grundsatz der Freiwilligkeit, und es gibt einen Motivkündigungsschutz.

Rehabilitation statt Invalidität

Um Invaliditätspensionen möglichst zu vermeiden, sollen Versicherte nach vier Wochen Krankenstand zu einem klärenden Gespräch in die Gebietskrankenkassen kommen. Kranken- und Pensionsversicherung sowie das AMS sollen möglichst eng zusammenarbeiten. In einem Rehabilitationsmonitoring soll der Erfolg von eingeleiteten Maßnahmen gemessen werden. Geplant ist außerdem eine Studie, mit der berufliche Reha-Möglichkeiten analysiert werden sollen. Auch Menschen ohne Berufsschutz sollen in Zukunft Anspruch auf berufliche Rehabilitation haben. Betriebe mit einer überdurchschnittlich hohen Anzahl an Krankenständen sollen verpflichtet sein, sich beraten zu lassen.

Pensionskommission neu

Die **Pensionskommission** soll „deutlich verkleinert“ werden. In Zukunft sollen ExpertInnen ohne Stimmrecht **kooptiert** werden können, und zwar jeweils eine Person von Wirtschaftsforschungsinstitut, IHS, Pensionsversicherungsanstalt und Beamtenversicherung sowie zwei internationale Fachleute. Über die Bestellung des/der Vorsitzenden sowie des Stellvertreters/der Stellvertreterin entscheiden Kanzleramt, Sozial- und Finanzministerium gemeinsam.

» Künftig wird die Kommission nicht nur für den Bereich der ASVG-Versicherten, Bauern, Gewerbetreibenden zuständig sein, sondern auch für BeamtInnen. Ein regelmäßiges Monitoring im öffentlichen Dienst ist geplant. Die Bundesregierung muss den Nationalrat über Vorschläge der Pensionskommission informieren oder „alternative, für das Pensionssystem gleichwertige Maßnahmen“ vorlegen.

Anreize für längeres Arbeiten

Für jedes Jahr, das eine Person übers Pensionsantrittsalter hinaus arbeitet, erhöht sich die Pension um rund zehn Prozent. Niedrigere Beiträge bei längerer Beschäftigung: Arbeiten ArbeitnehmerInnen drei Jahre übers gesetzliche Antrittsalter hinaus, entfallen die Pensionsversicherungsbeiträge für ArbeitnehmerInnen und Dienstgeber bis zur Hälfte. Die Pension reduziert sich dadurch nicht, vielmehr wird der volle Betrag am Pensionskonto gutgeschrieben.

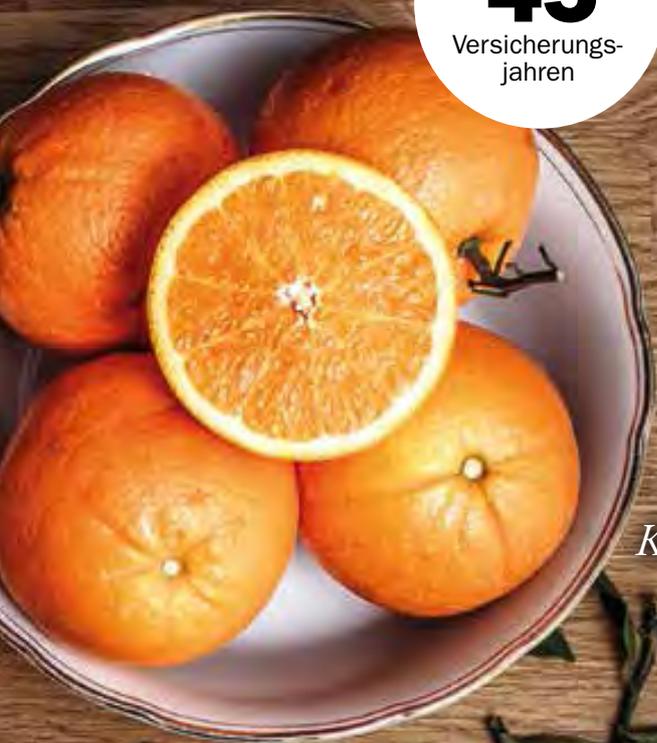
Harmonisierung

Die Regierung plant die weitere Harmonisierung der Pensionssysteme. Ziel ist es, ein einheitliches Pensionssystem zu schaffen.



80 %
des durchschnittlichen
Lebens-
einkommens

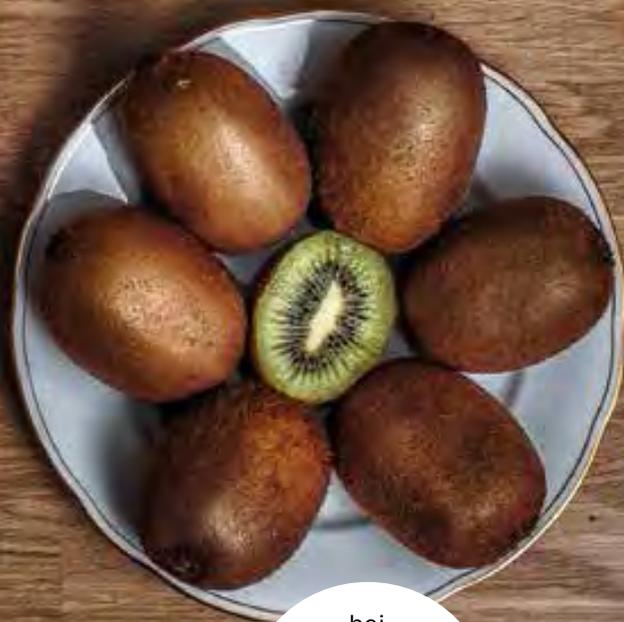
nach
45
Versicherungs-
jahren



Mehr gute Arbeitsplätze

Weil das Pensionssystem Schwächen hat, fordern WirtschaftsvertreterInnen weitere Kürzungen. Dabei werden jedoch Äpfel mit Birnen vermischt: Die eigentliche Baustelle ist der Arbeitsmarkt.

bei
Pensions-
antritt mit
65
Jahren



Es ist schon eine unangenehme Vorstellung: Man selbst ist aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in der Lage, allein zu duschen. Vielleicht wird es sogar zur Herausforderung, es rechtzeitig auf die Toilette zu schaffen. Als wäre das alles nicht schon unangenehm genug, ist man noch dazu auf die Unterstützung einer anderen Person angewiesen. Diese leistet eine körperlich wie psychisch anstrengende Arbeit – und das in der privaten Pflege meist zu sehr bescheidenen Löhnen. Was also würde näher liegen, als diese Arbeiten von einem Roboter machen zu lassen?

Am weitesten geht man in der Hinsicht in Japan. Dort gibt es nicht nur Roboter, die Menschen beim Aufstehen unterstützen oder diese gar tragen können. Auch eine Lösung für die Intimpflege hat man entwickelt: In einer eiförmigen Wanne wird man mithilfe von Düsen gewaschen, ohne umfallen zu können. Im Übrigen hatte es die japanische Firma bereits in den 1970er-Jahren mit einer solchen Dusche für Privathaushalte auf dem Markt versucht. Durchgesetzt hat sich dies damals ebenso wenig wie heute, zu teuer ist die aktualisierte Version in der Pflege. Der Fantasie scheinen aber wenig Grenzen gesetzt. Andere Roboter sollen Menschen ihre Mobilität zurückgeben. Ein anderes Feld sind technische Geräte zur Sicherheit wie eine Bodenmatte, die ein Signal an die Station schickt, wenn eine Person aufsteht, ob aus dem Bett oder vom Sessel. Damit soll vermieden werden, dass die Menschen stürzen. So kann ein Pfleger oder eine Pflegerin schnell herbeieilen und zu Hilfe kommen. Selbst wenn Personal zu spät kommen sollte, ist so immerhin

BUCHTIPP

J. Redl, A. Thurnher,
J. Wöss (Hrsg.):
So sicher ist Ihre Pension
Falter Verlag, 2015, € 19,90
ISBN: 978-3-85439-562-1

Bestellung:
www.besserewelt.at



sichergestellt, dass die betroffene Person gleich versorgt werden kann, so dies nötig ist.

Manchen wird wohl bei der Vorstellung ein kalter Schauer über den Rücken laufen, sich in so sensiblen, weil intimen Bereichen von Robotern betreuen zu lassen. Zu groß scheint die Einsamkeit alter Menschen schon jetzt zu sein. Auch das Argument, dass damit weitere Arbeitsplätze vernichtet werden, ist nur schwer von der Hand zu weisen. Aber wäre es nicht sinnvoller, PflegerInnen für andere Tätigkeiten einzusetzen? Sie könnten sich mit den SeniorInnen beschäftigen, sich mit ihnen unterhalten, mit ihnen Karten spielen oder ihnen die Einsamkeit auf andere Arten nehmen. Was es dafür braucht, sind natürlich Konzepte. Diese wird es angesichts des demografischen Wandels aber ohnehin brauchen.

Momentan aber wird die Demografie eher in einem anderen Zusammenhang ins Spiel gebracht: die Finanzierbarkeit des Pensionssystems, besser gesagt, dessen angebliche Unfinanzierbarkeit. Hier wird gerne mit großen Zahlen jongliert. Mehr als zehn Milliarden Euro mehr sollen künftig notwendig sein, um

die Pensionen zu sichern, lautet eine düstere Prognose. Auch wenn niemand den demografischen Wandel leugnen wird, so gibt es doch lautstarke Einwände gegen die Gleichsetzung „Je mehr alte Menschen, desto unsicherer die Pension“. Hier werden Äpfel mit Birnen vermischt, halten Erik Türk und Josef Wöss in ihrem Beitrag für das Buch „So sicher ist Ihre Pension“ fest. Allzu voreilig wird eine weitere Kürzung der Pensionen gefordert, während die eigentliche Herausforderung woanders liegt. Die beiden AK-Pensionsexperten finden dazu klare Worte: „It’s the Arbeitsmarkt, stupid!“

Beschäftigung schaffen

Es kommt eben nicht nur auf die Anzahl von jungen und alten Menschen an, wie es in der politischen Debatte meist verkürzt dargestellt wird. Zentral ist vielmehr das Verhältnis zwischen PensionistInnen und Arbeitslosen auf der einen Seite und BeitragszahlerInnen auf der anderen. Im sogenannten Abhängigkeitsquotenrechner hat die AK diesen Zusammenhang rechnerisch belegt. Wenn man also dafür sorgt, dass möglichst viele Menschen arbeiten können, bleibt das System finanzierbar. Bestätigt wird diese These von niemand Geringerem als der EU-Kommission. In ihrem Demografie-Report 2008 hält sie fest: „Die Anhebung der Beschäftigungsquoten ist die effektivste Strategie, mit der sich Länder auf die Alterung der Bevölkerung vorbereiten können.“

Allerdings kommt es nicht nur auf die Anzahl an Arbeitsplätzen an, sondern auch auf deren Qualität. „Mehr

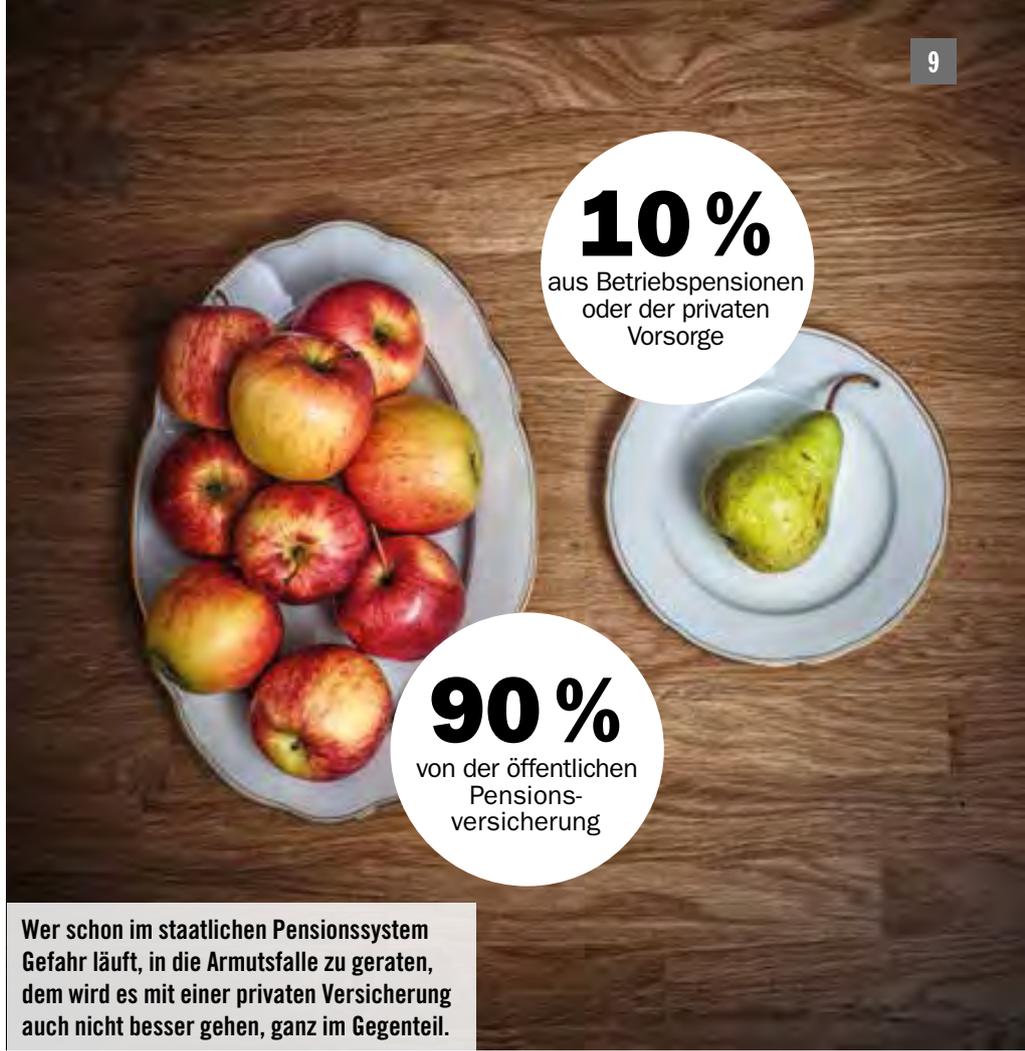
und bessere Arbeitsplätze sind die beste Antwort, wenn es darum geht, die Relation zwischen Pensionisten und Erwerbstätigen trotz massiver Verschiebung der Altersstruktur im Lot zu halten“, so Türk und Wöss. Der Trend aber geht in eine völlig andere Richtung, Stichwort Prekarisierung. Die Pflegekräfte sind dafür ein gutes Beispiel. Im Jahr 2007 wurde ein Gesetz verabschiedet, mit dem die 24-Stunden-PfegerInnen legalisiert wurden. Die meisten von ihnen kamen schon damals aus Osteuropa, die meisten waren illegal beschäftigt. Nun sind sie Selbstständige mit Gewerbeschein. Dies war ohne Zweifel ein wichtiger Fortschritt, weil sie nun angemeldet und damit auch sozial abgesichert sind, Pension inklusive. Auf der anderen Seite aber sind sie weiterhin schlecht bezahlt, und das obwohl sie nicht nur eine körperlich wie psychisch schwere Arbeit verrichten, sondern noch dazu zu völlig entgrenzten Arbeitszeiten haben.

Trotz dieser sehr prekären Situation wird die Pflege gerne als Jobmotor der Zukunft genannt. Das ist keineswegs falsch, schließlich ist abzusehen, dass es in diesem Feld auf lange Perspektive mehr denn weniger zu tun geben wird. Dazu kommt, dass Investitionen in soziale Dienstleistungen nicht zuletzt Frauen entlasten, da diese etwa Pflege oder Kinderbetreuung nicht mehr privat organisieren müssen. Damit können auch sie wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden. Zugleich arbeiten in diesen Bereichen viele Frauen. Win-win also? Jedenfalls dann nicht, wenn man auch hier wieder den Maßstab anlegt, dass es

- 1980er:**
- » Durchrechnungszeitraum steigt von fünf auf zehn Jahre
 - » Schul- und Studienzeiten werden nicht mehr angerechnet
- 1991:**
- » Anrechnung Kindererziehungszeiten
 - » Bonus bei späterem Pensionsantritt
- 1992:**
- » Schrittweise Erhöhung des Eintrittsalters für Frauen ab 2024
 - » Gleitpension
- 1993:**
- » Durchrechnungszeitraum auf „die besten 15 Jahre“ erhöht
 - » Berufsunfähigkeitspension
 - » Bessere Anrechnung von Kindererziehungszeiten
 - » Deutliche Anhebung des Ausgleichszulagenrichtsatzes
 - » Nettoanpassung der Pensionen
 - » Volle Hinterbliebenenversorgung auch für Witwer
- 1996:**
- » Erstmals explizite Festschreibung der Drittel-Finanzierung über den Bundesbeitrag durch einen neu eingeführten § 79a ASVG.
 - » Zu- und Abschläge Pensionsantritt nach dem 56./61. Lebensjahr
 - » Strengere Regeln bei Frühpensionen
 - » Rehabilitation vor Pension
 - » Pensionsanpassung ausgesetzt

nicht nur auf die Anzahl der geschaffenen Jobs, sondern auch auf deren Qualität ankommt. Eben diese Qualität müsste sich dann auch in der Bezahlung widerspiegeln. Die vergleichsweise geringe Bezahlung aber passt so gar nicht zu einem Beruf, der als zukunftsträchtig angepriesen wird. Und um zurück zu den Robotern zu kommen: Wenn diese auch noch viele Tätigkeiten übernehmen, gehen erst wieder Arbeitsplätze verloren, wovon Frauen verhältnismäßig stärker betroffen sind. Nicht nur das, es stellt sich erst recht die Frage, wo denn nun die Arbeitsplätze herkommen sollen, die das Pensionssystem finanziell auch weiter absichern sollen?

Man kann die Geschichte aber auch aus einem anderen Winkel betrachten: Genau in diesem Bereich besteht großes Potenzial für Innovationen. Vorsicht ist auch hier angebracht, denn so mancher Job in der Forschung und Entwicklung ist ebenfalls prekär. Der Trend zur Prekarisierung ist nicht auf Österreich beschränkt: Mehr als 50 Prozent der seit 1995 in den OECD-Ländern neu geschaffenen Arbeitsplätze sind prekär, hält etwa Eva Belabed von der OECD fest (siehe auch „Löchriger Schutzschild“, S. 22–23, „Mehr Schein als Sein im Prekariat“, S. 30–31, „Pension? Das ist schwierig“, S. 32–37). Da ein Grundprinzip der österreichischen Pensionsversicherung die sogenannte „Lebensstandardsicherung“ ist, ist die Pension gerade für prekär Beschäftigte in der Tat ein Unsicherheitsfaktor. Denn wer wenig verdient, erhält später entsprechend weniger Pension. Geradezu absurd mutet vor diesem Hintergrund die von



Wer schon im staatlichen Pensionssystem Gefahr läuft, in die Armutsfalle zu geraten, dem wird es mit einer privaten Versicherung auch nicht besser gehen, ganz im Gegenteil.

Wirtschaftsseite propagierte Lösung an, stärker auf kapitalgedeckte Systeme zu setzen. Denn wer schon im staatlichen Pensionssystem aufgrund von geringen Löhnen und Gehältern Gefahr läuft, in die Armutsfalle zu geraten, dem wird es mit einer privaten Versicherung auch nicht besser gehen, ganz im Gegenteil.

Die Prekarisierung hat aber noch eine weitreichendere Wirkung: „Diese Flexibilisierung der Erwerbsarbeit wird dazu führen, dass die Mindestsicherungselemente wichtiger werden. Diese

Flexibilisierungskosten werden damit langfristig auf den Staat und damit die Steuerleistenden überwältigt“, so WIFO-Expertin Christine Mayrhuber. Noch dazu fehlen dem Versicherungstopf wertvolle Einnahmen, denn wer weniger verdient, zahlt auch weniger ein.

Erwünschtes System

Ist es also doch marod, das Pensionssystem? Es ist nicht so krank, wie es gerne hingestellt wird, hält David Mum fest.

- 1997:**
 - Erhöhung des Durchrechnungszeitraums auf 18 Jahre ab 2003
 - Verschärfungen bei Frühpensionen
 - Einbeziehung geringfügig Beschäftigter sowie neuer Selbstständiger
 - Höherbewertung von
 - Kindererziehungszeiten ab 2000
 - Altersteilzeit
 - Erleichterungen bei Gleitpension
- 2000:**
 - Verschärfungen bei Frühpensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit
 - Zugangserleichterungen zur Invaliditätspension
 - Kürzungen bei Invaliditätspension
 - Kürzungen bei Witwen-/Witwerpension
 - Bonus-Malus in der Arbeitslosenversicherung für Ältere
- 2002:**
 - Abfertigung neu
- 2003:**
 - Reform bzw. Abschaffung der vorzeitigen Alterspensionen
 - Schrittweise Ausweitung des Bemessungszeitraums auf 40 Jahre
 - Höhere Abschläge bei Frühpensionen
 - Absenkung der Steigerungsbeiträge
 - Verlustdeckung auf maximal 10 %
 - „Prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge“
 - Verbesserungen Kindererziehungszeiten
- 2004:**
 - „Pensionsharmonisierung“: Allgemeines Pensionsgesetz (APG) wird beschlossen
 - Pensionskonto für alle
 - Lebenslange Durchrechnung



2/3

Beiträge der
Versicherten

1/3

aus dem
Steuertopf

Die Pensionsausgaben steigen keinesfalls so massiv, wie dies oft behauptet wird: Bis 2035 werden sie nur um 0,7 Prozent wachsen.

Der Leiter der Grundlagenabteilung der GPA-djp verweist darauf, dass die Pensionsausgaben zurzeit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt bei 14 Prozent liegen und bis 2035 nur um 0,7 Prozent steigen werden. WIFO-Expertin Mayrhuber bringt noch einen weiteren Aspekt in die Kosten-Diskussion ein: Ein Sozialstaat spiegelt sich auch im Pensionssystem wider. So sind Kranken-, Rehabilitations- oder Arbeitslosengeld pensionsrechtlich relevante Versicherungszeiten.

Sprich obwohl die Betroffenen mangels Beschäftigung keine Beiträge zahlen, werden diese Zeiten bei ihrer Pension berücksichtigt. Der Bund kommt auch für Kindererziehungsersatzzeiten oder Hinterbliebenenleistungen auf. „Diese Steuermittel sind erwünscht und müssen in einem sozialen System Platz haben“, betont Christine Mayrhuber.

David Mum fasst seine größte Befürchtung folgendermaßen zusammen: Im Glauben, das Pensionssystem zu-

kunftsfit zu machen, verschlechtert man es so sehr, dass die Leistungen den Jungen später keine gute Absicherung mehr gewährleisten. Er verweist darauf, dass Deutschland vor fünfzehn Jahren die öffentlichen Pensionen stark gekürzt hatte und der Fokus auf die private Vorsorge gelegt wurde. „Jetzt stehen sie vor dem Problem, dass das Pensionsniveau nur halb so hoch sein wird wie in Österreich und Altersarmut auch für Leute droht, die jahrzehntelang gearbeitet haben.“

- » Verschlechterungen für Arbeitslose
- » Verbesserungen bei Kindererziehungszeiten
- » Korridor pension als neue Form der Frühpension
- » Nachhaltigkeitsfaktor

2006:

- » Ausgleichszulagenrichtsatz wird erhöht

2007:

- » „Hacklerregelung“ wird bis 2010 verlängert
- » Abschlüsse bei der Korridor pension reduziert

2008:

- » Erhöhung Ausgleichszulagenrichtsatz
- » Pensionskonto kann abgerufen werden

2009:

- » Pensionsreform im öffentlichen Dienst

2011:

- » Nachkauf von Schul- und Studienzeiten wird teurer

2012:

- » Mehr Versicherungsjahre bei Korridor pension nötig
- » Invaliditätspension: Tätigkeitsschutz erst ab 60 Jahren
- » Reform der Altersteilzeit
- » Pensionserhöhung unter der Inflation
- » Neue Formel für Umrechnung der Pensionen aus dem Altrecht

Steuerliche Förderungen im Privatpensionssystem hätten nichts verbessert. Dementsprechend wäre es gut, wenn wir in Österreich diesen Fehler gar nicht erst machen würden“, sagt Mum.

In Österreich sind in den letzten Jahren zahlreiche Reformen beschlossen worden: „Bei der Pensionsberechnung zählt nun jedes einzelne Versicherungsjahr, früher waren es nur die besten Jahre“, zählt AK-Experte Wöss auf. „Der Zugang zu Frühpensionen wurde massiv erschwert. Bei Pensionsantritt vor dem Regelpensionsalter gibt es nun hohe Abschläge, bei späterem Antritt hohe Zuschläge. Die Anpassung der laufenden Pensionen erfolgt nur mehr mit der Inflationsrate.“

Außerdem wird das Frauenpensionsalter langfristig an das der Männer angeglichen und die Beamtenpensionen an die Angestellten-Pensionen angepasst. Dazu kommen Maßnahmen zur Prävention von Invaliditätspensionen, neuerdings gilt etwa der Grundsatz Reha vor Pension.

Arbeitslosigkeit bekämpfen

Viele dieser Reformen zeigen Wirkung. So steigt das Pensionsantrittsalter, während die Zahl der vorzeitigen Alterspensionen sinkt. Das wirkt sich allerdings auch auf die Arbeitslosigkeitsstatistik aus – und zwar negativ. So ist die Arbeitslosigkeit der ArbeitnehmerInnen über 50 um 76 Prozent gestiegen, jene der 50- bis 55-Jährigen ist gar um 110 Prozent angewachsen. Dadurch wird die angestrebte Erhöhung des Pensionsantrittsalters für viele zur Makulatur. Wie man es also dreht und wendet: Die große Baustelle sind nicht die Pensionen, vielmehr ist es der Arbeitsmarkt. AK-Experte Wöss mahnt vor diesem Hintergrund: „Wenn wir es nicht schaffen, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren und die Tendenz zu Prekarisierung einzudämmen, dann werden wir sehr viele Probleme haben, auch bei den Pensionen.“

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
sonja.fercher@oegb.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Frauen und Pensionen: Neue Anreize geschaffen

*Bonus für Frauen über 60, ausgeweitetes
Pensionsplitting und Ausgleichszulage für
Alleinstehende.*

Das „Frauenpensionsantrittsalter erhöhen“: Diese Forderung wird von Teilen der ÖVP und anderen WirtschaftsvertreterInnen geradezu gebetsmühlenartig wiederholt. Eine vorzeitige Anhebung des Frauenpensionsantrittsalters würde aber zu einer Steigerung der Arbeitslosigkeit führen. Schon jetzt mangelt es an Arbeitsplätzen, und Unternehmen setzen ältere ArbeitnehmerInnen bei der erstbesten Gelegenheit auf die Straße – davor warnte der ÖGB immer wieder und das bestätigte auch erst kürzlich eine Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO).

Eine Umsetzung dieser Forderung konnte ein weiteres Mal erfolgreich verhindert werden. Stattdessen wurden neue Anreize für längeres Arbeiten in der sogenannten „Bonusphase“ beschlossen: Für Frauen, die mit 60 Jahren noch einen Arbeitsplatz haben und die über das Regelpensionsalter hinaus arbeiten können und wollen, erhöht sich die Pension pro weiteres Jahr der Erwerbstätigkeit um circa zehn Prozent. Weiters werden die Pensionsbeiträge für alle halbiert, die in der Bonusphase über das Regelpensionsalter hinaus arbeiten.

Altersarmut verhindern

Dass die Ausgleichszulage für Alleinstehende steigen soll, ist aus Frauensicht ein weiterer positiver Schritt. Denn für alle, die mindestens 30 Jahre gearbeitet haben, beträgt die Mindestpension dann 1.000 Euro (bisher 883 Euro). Davon profitieren vor allem jene, die lange teilzeitbeschäftigt waren, und Langzeiterwerbstätige mit schlech-

tem Einkommen – in diesem Fall ganz besonders Frauen. Zudem können bis zu 96 Monate an Kindererziehungszeiten dafür verwendet werden, um Anspruch auf eine Ausgleichszulage zu bekommen – die Anrechnung der Kindererziehungszeiten wird auf alle ab 1955 geborenen Frauen ausgeweitet.

Ausgeweitetes Pensionsplitting

Die Nachteile, die Frauen entstehen, die sich länger der Kinderbetreuung widmen, werden durch die Änderungen beim sogenannten Pensionsplitting verringert. Dabei kann der eine Elternteil zugunsten des anderen, der sich der Kindererziehung widmet, auf bis zu 50 Prozent seiner Teilgutschrift für das Pensionskonto verzichten. Bisher war das für die ersten vier Jahre nach der Geburt des Kindes möglich, in Zukunft werden pro Kind bis zu sieben Jahre möglich sein – maximal sind 14 Jahre gestattet.

Auf gutem Weg

„Ich bin sehr froh, dass die Kürzungen bei den Pensionen, die im Raum gestanden sind, abgewehrt werden konnten und dass es für Frauen entscheidende Verbesserungen geben wird. Der Einsatz für ein sicheres, zukunftsorientiertes Pensionssystem hat sich gelohnt“, zeigte sich AK-OÖ-Präsident Johann Kalliauer nach dem Pensionsgipfel erfreut. ÖGB-Präsident Erich Foglar betonte, dass es auch in Zukunft gilt, diesen Weg weiterzugehen.

Amela Muratovic

Stefan Bartl

26 Jahre
ÖGB-
Bundesjugendsekretär

Veronika Kronberger

29 Jahre
Vorsitzende
Generation Praktikum

Nikolaus Griller

33 Jahre
Vorsitzender der
Jungen Industrie Wien



Ist die Pension zukunftsfit?

Es muss mehr Beschäftigung geschaffen werden, zumindest darin sind sich die JugendvertreterInnen Stefan Bartl, Veronika Kronberger und Nikolaus Griller einig.

Arbeit&Wirtschaft: Werden Sie eine sichere Pension bekommen?

Stefan Bartl: Ich glaube schon, dass wir eine Pension haben, von der wir auch leben können. Es gibt derzeit gewisse Defizite am Arbeitsmarkt, die ins Pensionsystem reinspielen. Meiner Ansicht nach ist das Wichtigste, dass wir versuchen, die Beschäftigung zu heben und die prekären Beschäftigungsverhältnisse zu eliminieren. Aber wenn man die steigende Lebenserwartung sieht, glaube ich schon, dass wir faktisch länger arbeiten werden. Ich glaube aber auch, dass unser momentanes Pensionssystem sehr gut ist und dass es nachhaltig finanzierbar ist.

Veronika Kronberger: Man kann die Frage nicht so einfach mit Ja oder Nein beantworten, weil wir gerade in einer Phase sind, in der es relativ viele relativ starke Umbrüche gibt. Würde der Status quo so bleiben, wie er jetzt ist, und würden sich auch die Arbeitsbedingungen nicht maßgeblich verändern, würde ich sagen: Ja. Würden sich gewisse politische Fraktionen wie ÖVP, FPÖ oder Neos, die für Kürzungen eintreten, durchsetzen bzw. würden Tendenzen, die wir jetzt am Arbeitsmarkt haben, wie arbeitsrechtliche Umgehungen und Lohn- und Sozialdumping, weiter zunehmen, dann bin ich eher skeptisch.

Nikolaus Griller: Ich glaube, dass wir selbst dann, wenn wir die Beschäftigung heben, trotzdem ein Problem haben, weil die Lebenserwartung schneller gestiegen ist und noch immer schneller steigt als das Eintrittsalter. Und das kann sich einfach nicht ewig ausgehen. Ich sehe die Gefahr, dass das Pensionssystem zumin-

dest teurer wird. Ich sage nicht, dass es deshalb nicht sicher ist, aber dass es für den Staat teurer wird. Dass es öffentlich mitfinanziert wird, ist notwendig und gut. Nur ich habe das Gefühl, dass nicht allen bewusst ist, wie stark es finanziert wird und wie stark es in der Zukunft finanziert werden wird. Das Pensionssystem muss sich in 20, 30 Jahren noch immer ausgeben, und dafür gehört noch mehr gemacht, als bisher schon getan worden ist.

Bartl: Bereits bei der Schaffung des **Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes** (ASVG) hat man sich auf das Prinzip der Drittelfinanzierung geeinigt:

Ein Drittel Arbeitnehmer, ein Drittel Arbeitgeber und ein Drittel soll über das öffentliche Steuersystem finanziert werden. Was mir in der Diskussion ein bisschen ungut aufkommt, ist, dass dieser Beschluss immer infrage gestellt wird. Dass die Steuermittel, die vom Bund zugeschossen werden, immer in der Kritik stehen. Das ist politisch gewollt, dass etwas aus dem Steuersystem ins Pensionssystem zugeschossen wird. Und deshalb sehe ich den nominalen Geldbetrag, was das Pensionssystem kostet, nicht so arg, weil man eben darauf schauen muss, ob die ausgewogene Finanzierung eingehalten wird.

Kronberger: Die Pensionskommission hat 2014 festgestellt, dass das Pensionssystem seit den 1980er-Jahren um ganze 1,8 Prozentpunkte des BIP teurer geworden ist. Ich behaupte jetzt einmal, dass das kein wahnsinnig drastischer, schwerwiegender Anstieg ist. Besonders was die Demografie angeht: Der wird aktuell ziemlich stark entgegengewirkt. Es gibt Migration, es gibt Fluchtbewegungen.

Das ist in dem Fall äußerst positiv, weil dadurch natürlich die Demografie eine andere wird und viele junge Menschen kommen.

Griller: Ich sehe das in Milliarden Euro, die jedes Jahr beigetragen werden und die laut einer Studie der Jungen Industrie weit mehr als ein Drittel sein werden und die bei gewissen Pensionen auch viel mehr sind, weit mehr als 50 Prozent. Wenn du dir ausrechnen würdest, wie viel du im Laufe deines Arbeitslebens beigetragen hast, zu dem, was du ausgezahlt bekommst, siehst du, dass das Drittel, Drittel, Drittel einfach nicht immer funktioniert. Wenn das stimmt, dass wir Zuwanderung dazu nutzen können, dass wir mehr Beschäftigte haben, die auch Beiträge zahlen, und mehr Arbeitgeber für die Beschäftigten, dann bin ich vollständig einverstanden. Nur das ist eine ziemlich optimistische Aussicht, wenn du davon ausgehst, dass Flüchtlingsbewegungen zu einem so starken Beschäftigungszuwachs führen, dass die Babyboomer, die jetzt in Pension gehen, alle damit abgedeckt sind.

Bartl: Wir kriegen ein Problem, wenn wir das Pensionssystem nur auf der Finanzierungsfrage aufhängen. Weil was heißt das, wenn sich die Finanzierung nicht ausgeht? Dann müssen wir die Pensionen noch weiter kürzen. Das würde Altersarmut bedeuten. Altersarmut kann nicht das Ziel des Pensionssystems sein.

Griller: Ich glaube auch, dass Kürzung in Bausch und Bogen keine gute Lösung ist. Die Dauer des Anspruchs wird wahrscheinlich irgendwann einmal zu lang sein. Wenn wir davon ausgehen, dass

das Antrittsalter in den letzten Jahren kaum gestiegen ist, gleichzeitig aber die Lebenserwartung in einem überschaubaren Zeitraum um über zehn Jahre gestiegen ist, dann hat man eine wesentlich längere Bezugsdauer. Und das ist der Punkt, wo man ansetzen muss.

Bartl: Aber das ist ja in den letzten Pensionsreformen reingerechnet worden.

Griller: Meiner Meinung nach müssen manche Dinge schneller umgesetzt werden.

Was genau?

Griller: Wenn ich sage, ein System muss irgendwo tragbar sein, dann gibt es einen gewissen Geldbetrag, den ich beischießen kann. Wenn ich den zusätzlich zur Umlage umrechne, dann habe ich eine Dauer von sagen wir 15 Jahren, die ich eine Pension im Durchschnitt beziehen kann. Das heißt, das Pensionsantrittsalter muss mindestens bei 65 Jahren liegen. Ich glaube, das Schlaueste wäre immer noch, wenn man in einem regelmäßigen Abstand schauen würde, wie weit die Lebenserwartung gestiegen ist und wie weit das Antrittsalter angehoben werden muss.

Also eine Automatik?

Griller: Ja, man muss es ja nicht jedes Jahr machen. Dass aber das Antrittsalter an der tatsächlichen demografischen Entwicklung aufgehängt ist, wäre schon wichtig.

Bartl: Aber das Pensionsantrittsalter anzuheben bringt sehr wenig, wenn die begleitenden Maßnahmen nicht passieren. Zum Beispiel steht im Regierungsprogramm ein Bonus-Malus-System für Unternehmen drin, weil ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen einfach das Problem haben, dass sie aus der Firma rausgehaut werden, wenn sie älter werden. Das faktische Pensionsantrittsalter kann man zum Beispiel mit dem Bonus-Malus-System steigern. Da wehrt sich die Wirtschaft dagegen.

Warum tut sie das?

Griller: Ich glaube, dass das ein bisschen eine falsche Perspektive ist, dass es immer

die Unternehmer sind, die Leute rausbauen. Es gibt extrem viele Leute in Österreich, die in Wahrheit ab ihrem 25. Geburtstag schauen, wie lange sie noch brauchen, bis sie in Pension gehen können. Und die sehr wohl kalkulieren: Gehe ich in Frühpension oder warte ich bis zu meinem tatsächlichen Regelpensionsantrittsalter?

Bartl: Wenn, dann gehen sie mit hohen Abschlägen.

Griller: Ja, aber wenn du ein Malus-System hast, dann hat der Arbeitgeber auch noch eine Belastung dadurch, dass jemand ohnehin in Pension gehen möchte. Die Frage ist: Muss man die Unternehmer dafür bestrafen, dass offensichtlich Beschäftigung nicht immer bis zum Regelpensionsantrittsalter funktioniert?

Bartl: Ich würde die Gewichtung schon sehr stark auf die Arbeitgeber legen. Es gibt einen sehr starken Anreiz über das normale Regelpensionsalter drüber zu kommen, aber es geht de facto einfach nicht, weil die Beschäftigung nicht da ist und weil es der Gesundheitszustand in manchen Branchen nicht zulässt.

Kronberger: Was man bei dieser Debatte immer vergisst: Was ist mit den Leuten im Alter zwischen 20 und 30, die früher regulär zu arbeiten begonnen haben? Sprich sie haben eine Ausbildung gemacht und sie haben gearbeitet. Jetzt machen sie ein, zwei unbezahlte Praktika, dann ein Volontariat, dann haben sie einen freien Dienstvertrag für ein halbes oder Dreivierteljahr. Dann wird ihnen ein Werkvertrag in Aussicht gestellt, und wenn sie Glück haben, kriegen sie nach zwei, drei Jahren eine Anstellung. Eine Studie vom Wissenschaftsministerium zeigt, dass es bei 25 Prozent der Studierenden fünf Jahre dauert, bis sie in einem unbefristeten Vollzeitverhältnis sind, beim Durchschnitt dauert es drei Jahre. Gleichzeitig wissen wir von der Studierendensozialerhebung, dass die Leute durchschnittlich bis zum Alter von 27, 28 Jahren studieren. Wenn man jetzt drei bis fünf Jahre Praktika dazurechnet, dann sind die Leute Anfang, Mitte 30, bis sie beginnen können, ordentlich ins System einzuzahlen. Warum redet niemand davon, dass

die Jungen am Anfang ihrer Erwerbskarriere so viele Jahre verlieren?

Griller: Das ist ein Problem, das vor allem in Dienstleistungsunternehmen auftaucht. In Industriebetrieben ist das normalerweise nicht so.

Kronberger: Eben nicht. Und was ist mit den Frauen, die Kinder bekommen, die weniger verdienen und zusätzlich auch die gesamte soziale Last des Staates tragen, wenn es um die Versorgung und Pflegearbeit von Familienangehörigen geht? Warum sollen die jetzt später in Pension gehen?

Griller: Das sind zwei verschiedene Sachen. Das eine ist, dass die Pension für die geleistete Arbeit ausreichend und fair sein sollte, auch für die Arbeit, die nicht so leicht quantifizierbar ist. Das andere ist die Frage, ob man deswegen forcieren sollte, dass Frauen früher in Pension gehen. Wo kommt der Grundgedanke dafür her?

Kronberger: Das ist der kleinste Ausgleich, der mir als Frau noch zusteht. Es sind die Frauen, die großteils die Kinder erziehen, die die Alten pflegen und die Nachbarschaftshilfe leisten. Gleichzeitig müssen sie arbeiten gehen, werden dafür diskriminiert, dass sie Teilzeit arbeiten, weil sie Betreuungspflichten haben, und dann sollen sie zusätzlich noch länger arbeiten?

Griller: Wie wäre es, wenn man den Ausgleich auf einer halbwegs gleichen Ebene führen würde, vor allem im Verhältnis der Gehälter miteinander?

Kronberger: Großartig. Sagt ihr bitte Ja zu verpflichtenden, nicht freiwilligen und transparenten Einkommensberichten.

Macht es sich die Industrie nicht zu leicht, wenn sie Verschärfungen fordert, aber keinen Beitrag leistet?

Griller: Ich verkaufe 95 Prozent meiner Produkte im Ausland, und alle meine Mitbewerber sitzen in anderen Ländern. Ich bin ein Unternehmer, der relativ viele Arbeitsplätze in Österreich hält und halten möchte. Nur bei jeder weiteren Belastung des Unternehmens, und wir sind im internationalen Vergleich ziem-



„Meiner Ansicht nach ist das Wichtigste, dass wir versuchen, die Beschäftigung zu heben und die prekären Beschäftigungsverhältnisse zu eliminieren“, sagt Stefan Bartl.



Praktika, Volontariate und freie Dienstverträge gehören zum Alltag vieler junger Menschen: „Warum redet niemand davon, dass die Jungen am Anfang ihrer Erwerbskarriere so viele Jahre verlieren?“, fragt Veronika Kronberger.



„Das Pensionssystem muss sich in 20, 30 Jahren noch immer ausgeben, und dafür gehört noch mehr gemacht, als bisher schon getan worden ist“, meint Nikolaus Griller.

lich stark belastet, gefährden wir irgendwo einen Arbeitsplatz. Von mir aus führen wir weitere Belastungen ein, die die Unternehmen betreffen, aber es wird à la longue nicht vorteilhaft für die österreichische Wirtschaft sein.

Bartl: Du hast in Österreich eine sehr starke Produktivität. Deshalb wirst du dein Unternehmen in Österreich haben.

Verschlechtert ein höheres Pensionsantrittsalter die Jobchancen von Jungen?

Kronberger: Natürlich.

Bartl: In gewissen Bereichen schon, in anderen nicht. Wenn ich die Frühpension abschaffen oder stark einschränken würde, dann wäre es sicher der Fall, dass ein höheres Antrittsalter die Beschäftigung von den Jüngeren eher benachteiligen würde.

Griller: Es gibt schon Fälle, wo Unternehmen davon profitieren, wenn Leute länger im Job bleiben. Wenn jene, die nicht länger arbeiten wollen, länger bleiben und Innovationsprojekte übernehmen, bringen sie dem Unternehmen eigentlich so viel Wert, dass dadurch sogar Stellen entstehen können. Aber ist es nicht eigentlich ein Problem, dass unser System offensichtlich darauf abzielt, dass es den Leuten gut geht, die weit über 50 sind,

und gleichzeitig bei Menschen unter 35 Wohlstand reduziert?

Bartl: Das ist jetzt ein bisschen die Neid Diskussion, in der man immer versucht, die Jungen gegen die Alten auszuspielen. Da gibt es ein komplett anderes Rezept. Zum Beispiel, indem man schaut, dass die Jungen mehr verdienen, raus aus dem Prekariat kommen, die Lebensverdienstkurve abgeflacht wird und es starke Lohn erhöhungen in den Klein- und Mittelbetrieben gibt, wo die große Beschäftigungsanzahl ist. Wir brauchen Leute, die Kaufkraft gewinnen, und über die Lohn erhöhungen lässt sich auch das Pensionssystem besser finanzieren.

Kronberger: Ja es stimmt, die Älteren profitieren vom System derzeit anders als die Jungen. Nein, ich führe es nicht auf eine Neiddebatte zurück, sondern auf Kurzsichtigkeit. Es ist aber schon eine Tatsache, dass wir einen Vertrauensschutz in Österreich haben. Das heißt, wenn wir jetzt über Pensionskürzungen diskutieren, wen betreffen die? Meine Mama ist schon in Pension. Wir sind jung und wir reden davon, dass wir uns selber etwas wegnehmen wollen. Und das unter dem Deckmantel „Generationengerechtigkeit“, das ist absurd.

Griller: Erstens geht es nicht nur um Leute wie uns, sondern auch um jene, die in

zwischen in Pension gehen. Ziel sollte sein, das faktische Pensionsantrittsalter anzuheben. Das ist eine Kürzung der Pensionsbezugsdauer, aber es ist keine Kürzung im Monat. Es ist keine Gefährdung für Altersarmut, wenn du länger arbeitest, im Gegenteil, die letzten Verdienstjahre sind meist die einkommensstärksten. Zweitens denke ich eine Generation weiter. Ich habe selber kleine Kinder zu Hause, und ich möchte, dass auch die noch ein funktionierendes Pensionssystem haben.

Werden Junge bei dem Thema Pensionen gehört?

Griller: Nein.

Bartl: Die ältere Generation ist deutlich besser repräsentiert.

Kronberger: Ich persönlich bin für Quoten für Frauen, für Menschen mit Migrationshintergrund, für Junge und Alte auf allen Ebenen.

Wir danken Ihnen für das Gespräch.

Das Gespräch führte Katja Dämmrich für Arbeit&Wirtschaft.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Redaktion
aw@oegb.at

Nimmt man das Schlagwort „Generationengerechtigkeit“ ernst, so muss man vor allem an einer Stellschraube drehen: dem Arbeitsmarkt.

Um die Pensionen zu sichern, bedarf es in erster Linie einer aktiven Beschäftigungspolitik. Ebenso wichtig ist eine produktivitätsorientierte Lohnentwicklung. Ebenso wichtig sind Maßnahmen gegen Altersarmut.



Not in Our Name!

© ÖGB-Verlag/Michael Mazohl

Im Namen der Jungen sollen die Pensionen reformiert werden. Die vermeintlichen GewinnerInnen einer Reform wären die großen VerliererInnen.

Josef Thoman

Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien

Ein heute 20-jähriger Deutscher muss nach 45 Berufsjahren mit einer staatlichen Pension auskommen, die weniger als 38 Prozent seines bisherigen (Brutto-)Einkommens beträgt. Dieselbe Person darf in Österreich mit einem beinahe doppelt so hohen Einkommen im Alter rechnen, beläuft sich die (Brutto-)Ersatzrate in Österreich doch auf knapp 80 Prozent.

Private Lücke

Das Beispiel Deutschland zeigt also, wohin Pensionsreformen führen können. Bei unseren NachbarInnen wurde nämlich der Anspruch aufgegeben, über das öffentliche, umlagefinanzierte Pensionssystem den Lebensstandard im Alter zu sichern. Staatlich geförderte Be-

triebspensionen und die private Pensionsvorsorge sollten die Lücke schließen, allein sie werden dazu nicht in der Lage sein. So rechnet die OECD selbst unter Miteinbeziehung dieser beiden „Säulen“ und einer günstigen Entwicklung mit einer Pension von nur rund 50 Prozent des (Brutto-)Einkommens. Jeder zweiten Person, die 2030 in Deutschland in Pension geht, droht Altersarmut

Diese alarmierende Bestandsaufnahme hat nun auch in unserem Nachbarland eine Diskussion ausgelöst. Die SPD, aber auch Teile der CDU haben erkannt, dass es vielen Menschen schlicht nicht möglich ist, am Ende des Monats noch Geld für Pensionsvorsorge beiseitezulegen. Vizekanzler und SPD-Chef **Sigmar Gabriel** fordert nun eine „umfassende Reform“ mit dem Ziel, die Absenkung des Rentenniveaus zu stoppen.

Dennoch werden von wirtschaftsliberaler Seite und der privaten Versicherungswirtschaft „Riester“-ähnliche-Reformen für Österreich gefordert. Als Kernargument dient dabei eine vermeintliche Kostenexplosion des Pensionssystems. So müsse immer mehr Geld aus dem Steuertopf für staatliche Pensionen zugeschossen werden. Um die „Pensionen“ der Jungen zu sichern, müssten demnach also Pensionsansprüche gekürzt werden.

Die Kostenexplosion gibt es nicht

Doch die immer wieder behauptete Kostenexplosion gibt es nicht. Obwohl der Anteil der über 65-Jährigen von derzeit rund 18 Prozent bis zum Jahr 2060 auf knapp 29 Prozent ansteigen wird, steigt der Pensionsaufwand laut EU-Kommission „nur“ um einen halben Prozentpunkt, und zwar von 13,9 Prozent des

BIP auf 14,4 Prozent. Der Anteil, der aus Steuermitteln zur Finanzierung der Pensionen (inklusive jener der BeamtInnen) aufgewendet werden muss, wird demnach geringfügig von 6,0 auf 6,4 Prozent zunehmen. Das zeigt sehr klar, wie gravierend die vielen bereits durchgeführten Pensionsreformen in die Zukunft wirken werden.

Wer vor dem Hintergrund dieser Zahlen dennoch eine weitere „große Pensionsreform“ fordert, kann daher nur eine drastische Kürzung der Pensionen meinen – wovon vorwiegend die heute jungen Personen betroffen sind. Über das Motiv dahinter kann angesichts der Faktenlage nur gemutmaßt werden. Es ist allerdings kein Geheimnis, dass die Lobby der Versicherungswirtschaft beste Kontakte in die Politik pflegt. Und deren Interesse ist klar: Das gut funktionierende öffentliche System soll zumindest teilweise durch private Versicherungsprodukte abgelöst werden. Diesen Zusammenhang erkennt auch der ehemalige deutsche Sozialminister und CDU-Politiker **Norbert Blüm**: „Das Umlagesystem ermöglicht zwar weniger Gewinne für private Pensionsversicherer, aber höhere Pensionen und/oder niedrigere Beiträge für die Versicherten.“

Die Lobby dahinter

„Die einflussreiche Lobby der Versicherungswirtschaft“: Das mag für manche nach Verschwörungstheorie klingen. Doch tatsächlich zeigt ein Blick ins Firmenbuch oder auf die Spenderliste eindeutige Zusammenhänge.

Besonders deutlich wird die Macht des Netzwerks am Beispiel Andreas Zakostelsky. Der ÖVP-Nationalratsabgeordnete und Vorsitzende des Finanzausschusses ist seit Anfang des Monats Vorstand der größten privaten Pensionskassa Österreichs (VBV-Gruppe). Als Sonderberater der Valida Holding AG, der Pensionskassa des Raiffeisenkonzerns, bleibt der Manager auch seinem bisherigen Arbeitgeber eng verbunden. Zakostelsky ist aber nicht der einzige ÖVP-Abgeordnete mit Naheverhältnis zur Versicherungswirtschaft.

Allein im Finanzausschuss haben fünf der sieben ÖVP-Abgeordneten eine

oder mehrere Führungs- bzw. Aufsichtsfunktionen in Banken oder Versicherungen.

Außerhalb der politischen Parteien macht vor allem der neoliberale Verein „**Agenda Austria**“ Stimmung gegen das öffentliche, umlagefinanzierte Pensionssystem. Dabei ist man auch nicht verlegen, einseitige Studien aus dem Dunstkreis der privaten Versicherungen wie etwa die sogenannte „Mercer-Studie“ zu zitieren. Kein Wunder, finanziert sich der Verein, der sich selbst als „unabhängig, aber nicht neutral“ bezeichnet, doch – neben zahlreichen Privatstiftungen und einigen Industriellen – vor allem über Spenden von Banken. Neben der Oberbank AG und der Erste Bank sind es gleich mehrere Unternehmen aus dem Raiffeisenkonzern, die zur „Unabhängigkeit“ der Agenda Austria beitragen.

Falsch verstanden

Nimmt man das Schlagwort „Generationsgerechtigkeit“ ernst, so sind die zu drehenden Stellschrauben jedenfalls ganz andere. Demografische Verschiebungen sind nämlich nur ein Faktor, der noch dazu kaum beeinflussbar ist. Worauf es tatsächlich ankommt, ist die Relation zwischen LeistungsbezieherInnen (PensionistInnen, Arbeitslose etc.) und Erwerbstätigen. Irreführend ist in dem Zusammenhang, wenn die Zahl der Menschen im Erwerbsalter mit der Zahl der Erwerbstätigen gleichgesetzt wird. Schließlich sind es die Pensionsversicherungsbeiträge der aktiv Beschäftigten, die zum größten Teil die Pensionen finanzieren. Da die Pensionsversicherungsbeiträge als fixer Anteil der Löhne und Gehälter berechnet werden, ist das Wachstum der Lohnsumme für die Dynamik des Beitragsaufkommens entscheidend.

Dementsprechend stellt die hohe Arbeitslosigkeit die größte Herausforderung für die Finanzierung der Pensionen dar. Um die Pensionen zu sichern, bedarf es folglich in erster Linie einer aktiven Beschäftigungspolitik. Ebenso wichtig ist eine produktivitätsorientierte Lohnentwicklung, die eine gerechte Verteilung des erwirtschafteten Wohlstandes zwischen Arbeit und Kapital

und damit eine breite Finanzierungsbasis sicherstellt.

Nichtsdestotrotz gibt es Handlungsbedarf im Pensionssystem. Die Situation jener, die von Altersarmut betroffen sind, muss verbessert werden. Davon betroffen sind in erster Linie prekär Beschäftigte sowie Personen mit brüchigen Erwerbskarrieren – allen voran Frauen mit langjährigen Betreuungspflichten. Demgegenüber stehen notwendige Einschränkungen von Sonderregelungen kleiner, privilegierter Gruppen sowie der Steuerbegünstigung privater Zusatzpensionen. Aber auch eine Harmonisierung der Beitragssätze würde zu mehr Gerechtigkeit zwischen den unterschiedlichen Versicherungsträgern und deren Versicherten beitragen. Die ASVG-Pensionen, die das Gros des öffentlichen Pensionssystems ausmachen, sind solide finanziert und wachsen nicht in den Himmel. Wer mit einer großen Pensionskürzungsreform das ASVG-System im Visier hat, handelt ideologisch und übersieht zudem das Wesentliche.

Ganzheitliche Sicht

Für einen Pensionsanspruch, der den Lebensstandard sichert, ist eine gute Erwerbsbiografie entscheidend. Dafür braucht es entsprechende Rahmenbedingungen. Diese reichen von einem guten Ausbildungssystem über verbesserte Berufseinstiegsmöglichkeiten und gute Entlohnung bis hin zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Nur durch eine derartige ganzheitliche Sichtweise kann auch der Lebensstandard der heute Jungen in ihrer Pension gesichert werden. Andernfalls führt die bevorstehende Pensionsreform zu Leistungskürzungen – und diese treffen vor allem jene, denen heute eingeredet wird, ihre Pensionen würden damit gerettet.

„Mercer Pensionsstudie:
Und ewig grüßt das Murmeltier“:
tinyurl.com/jg3a8lm

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
josef.thoman@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Eine Frage der Verteilung

Generationengerechtigkeit wird durch starke Vermögenskonzentration und deren Vererbung verhindert.

Matthias Schnetzer

Abteilung Wirtschaftswissenschaften
der AK Wien

Wohlstand für alle“: In den 1950ern rief der damalige deutsche Bundeskanzler **Ludwig Erhard** dieses Ziel aus. Heute ist dies nur noch eine Illusion, wie der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Marcel Fratzscher, in seinem neuen Buch festhält. Deutschland biete nur noch Wohlstand für wenige und die Zukunftsperspektive verdüstere sich angesichts steigender Ungleichheit bei Vermögen und Einkommen.

„Verteilungskampf“ ist nicht nur der Titel dieses medial gefeierten Buches. Es ist auch eine passende Beschreibung für die wiederkehrenden Diskussionen über Kürzungen im Sozialsystem.

Falscher Fokus

Anders als dies medial gerne inszeniert wird, ist Generationengerechtigkeit kein Kampf zwischen Alt und Jung. Vielmehr geht es dabei um die Verteilung des Reichtums in unserer Gesellschaft und deren Auswirkungen auf zukünftige Generationen. Es geht um die soziale Polarisierung zwischen Reich und Arm.

Von neoliberaler Seite wird gerne argumentiert, dass das österreichische Pensionssystem nur noch für wenige Alte Wohlstand bringe, während die Pensionen für Junge nicht mehr zu finanzieren seien. Tiefgreifende Reformen seien notwendig, um für Generationengerechtigkeit zu sorgen. Diese Debatte schafft bei jungen Menschen große Ver-

unsicherung, denn der Grundtenor lautet, dass nur drastische Einschnitte ins Pensionswesen die soziale Absicherung zukünftiger Generationen gewährleisten können.

Reiche profitieren

Von diesen Kürzungsdebatten, die infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise spürbar an Intensität gewonnen haben, profitiert vor allem eine Gruppe: die Reichen in unserer Gesellschaft. Denn sie stehen nun nicht mehr im Rampenlicht, nachdem sie in den vergangenen Jahren mehrfach im Fokus steuerpolitischer Vorschläge zur Finanzierung wichtiger Investitionen für zukünftige Generationen waren. Von großen Einschnitten wie Erbschafts- und Vermögenssteuern blieben sie bislang verschont.

Langsam schwindet auch die drastische Ungleichheit mit all ihren negativen Begleiterscheinungen aus der öffentlichen Wahrnehmung. Dabei könnte man mit einem gerechten Beitrag der Vermögendsten der Unsicherheit über die zukünftige Finanzierbarkeit wohlfahrtsstaatlicher Leistungen den Wind aus den Segeln nehmen.

Vermögensungleichheit und Generationengerechtigkeit sind eng miteinander verwoben. Das ergibt sich einerseits aus der trivialen Erkenntnis, dass die Vermögenskonzentration von heute – zur Erinnerung: das reichste Prozent der Haushalte besitzt 37 Prozent des Nettovermögens – die Chancengleichheit der nächsten Generation erheblich hemmt. Zahlreiche Studien zeigen, dass Bildung, berufliche Aussichten

BUCHTIPP

Marcel Fratzscher:
Verteilungskampf
Hanser-Verlag,
2016, € 25,70
ISBN: 978-3-446-44465-2

Bestellung:
www.besserewelt.at



und Einkommen auch in Österreich stark vom finanziellen Familienhintergrund abhängen. Andererseits werfen direkte und sehr ungleich verteilte Vermögensübertragungen von einer Generation an die andere die Frage nach Gerechtigkeit auf.

In Österreich muss ein Haushalt ohne Erbschaft auf der Einkommensleiter die Hälfte aller Haushalte überspringen, um mit seinem Arbeitseinkommen eine durchschnittliche Erbschaft ausgleichen zu können. Oder anders ausgedrückt: Mit Arbeit können junge Menschen die ErbInnen größerer Vermögen nicht mehr einholen.

Vermögenskonzentration

Die immense Schieflage bei den leistungslosen, vererbten Vermögen ist hauptverantwortlich dafür, dass Gerechtigkeit zwischen Generationen ausgehebelt wird. Die Vererbung von Ungleichheit über Generationen hinweg führt zu einer fortschreitenden Verschärfung der Vermögenskonzentration, einer Verringerung von Chancengleichheit, ungleicher Abhängigkeit von den Leistungen des Wohlfahrtsstaates und zuletzt gefähr-

det sie auf lange Sicht auch die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Drohende Refeudalisierung

Die Entkopplung des obersten Verteilungsstands und das Zurückbleiben weiter Bevölkerungsteile erfordern konsequente politische Gegenmaßnahmen.

Auf Basis der wissenschaftlichen Erkenntnisse von **Piketty** und Co gilt es klar zu sagen, dass eine Steuer auf sehr große Vermögen, die nur einen kleinen Teil der Erträge abschöpft, die Vermögensverhältnisse nicht nachhaltig verändert. Dass eine Steuersenkungspolitik für Spitzeneinkommen, Top-Vermögen und große Konzerne nicht höheres Wirtschaftswachstum und mehr Arbeitsplätze bedeutet, sondern im Gegenteil die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates untergräbt. Dass Erbschaften nicht nur äußerst ungleich verteilt sind, sondern ohne wesentliche Besteuerung gesellschaftliche Verhältnisse über Generationen einzementieren und Chancengleichheit für kommende Generationen aushebeln. Dass angehäufter Reichtum nicht neutral ist, sondern seinen BesitzerInnen wirtschaftliche und politische Gestaltungsspielräume schafft.

Solche Einflussmöglichkeiten variieren in ihrer Form von Lobbying-Aktivitäten bis hin zur Finanzierung von interessen geleiteten Denkfabriken. Es ist augenscheinlich, dass der politische Einfluss gezielt dazu eingesetzt wird, den Reichtum einiger weniger abzusichern, Umverteilungsmaßnahmen zu blockieren und den politischen Diskurs in eine für sie vorteilhaftere Richtung zu lenken – auch auf Kosten zukünftiger Generationen. Der deutsche Soziologe **Sighard Neckel** warnt in diesem Zusammenhang vor einer „Refeudalisierung“ sozialer Ungleichheit, bei der die Vereinigung von wirtschaftlicher und politischer Macht an Zeiten vor der Französischen Revolution erinnert. Der britische Politikwissenschaftler **Colin Crouch** mahnt vor einem Rückfall in vordemokratische Zeiten, wenn durch die Konzentration von Vermögen private Interessen die Institutionen des Gemeinwesens bestimmen.



Generationengerechtigkeit ist eine Frage der Verteilung zwischen Arm und Reich und nicht zwischen Alt und Jung.

© ÖGB-Verlag/Michael Mazuch

Es ist somit eine berechtigte Sorge von jungen Menschen, dass sie im Vergleich zu ihren Eltern einen geringeren Lebensstandard haben werden, weil sie nicht auf große Erbschaften hoffen können und gleichzeitig scharfe Angriffe auf die Grundpfeiler des Wohlfahrtsstaates erleben.

Ein gut ausgebautes Sozialwesen ist in unterschiedlichen Lebensphasen ein wichtiger Sicherheitsanker und ermöglicht die gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen. Um eine Refeudalisierung sozialer Verhältnisse zu verhindern, muss den durch falsch verstandene Generationengerechtigkeit angeheizten Kürzungsdebatten eine Verteilungspolitik im Sinne heutiger und zukünftiger Generationen entgegengestellt werden.

Instabile Finanzmärkte

Als konservativer Politiker hatte Ludwig Erhard eine klare Meinung, wie „Wohlstand für alle“ erzielt werden könne: durch freie Märkte und Wettbewerb. Nicht zuletzt die globale Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass ein deregulierter, finanzmarktgetriebener Kapitalismus

nicht für breiten Wohlstand, sondern für Instabilität und Unsicherheit sorgt. Nur ein gut ausgebautes, institutionell stark verankerter Wohlfahrtsstaat kann für eine gerechtere Verteilung des Wohlstands und soziale Absicherung für alle sorgen.

Tiefgreifende Reform

Das österreichische Sozialsystem hat sich in der Krise bewährt und ist trotzdem laufend den Angriffen von neoliberaler Seite ausgesetzt. Eine Verteidigungshaltung gegen drohende Einschnitte wird aber zu wenig sein, um für Generationengerechtigkeit zu sorgen. Diese erfordert vielmehr tiefgreifende, offensive Maßnahmen gegen die immense Vermögenskonzentration und deren Vererbung auf zukünftige Generationen.

„Falscher Fokus“:
tinyurl.com/h428hzy

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
matthias.schnetzler@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Bumerang schlechte Arbeit

Die Arbeitslosigkeit junger Menschen bleibt auf Rekordniveau, unsichere Beschäftigungsverhältnisse sind für viele Alltag. Das ist schlecht für die Pension.

Dennis Tamesberger

*Referent für Arbeitsmarktpolitik
in der AK Oberösterreich*

Wenn es um die Pensionen geht, wird ein Thema allzu voreilig an den Rand geschoben: der Arbeitsmarkt. Dabei müsste dieser bei jeglicher Diskussion über die Pensionen im Mittelpunkt stehen. Der Blick über die Grenzen veranschaulicht, dass junge Menschen mit einer äußerst schwierigen Arbeitsmarktsituation konfrontiert sind. Dies gefährdet ihre aktuellen Arbeits- und Lebenschancen, aber auch ihre Absicherung im Alter.

Mantra

Der demografische Wandel, der sich durch die an sich positive Entwicklung kennzeichnet, dass mehr Menschen länger leben: Wie ein Mantra wird rund um die Finanzierung des Pensionssystems der Begriff der Generationengerechtigkeit getrommelt. Dabei wird unterstellt und propagiert, dass aufgrund der höheren Zahl an PensionsbezieherInnen die Finanzierung der Pensionen gefährdet sei und somit die Jugend von heute um ihre Pensionen fürchten müsse.

Im Sinne eines Generationenvertrages erscheine dies als ungerecht. Völlig außer Acht lässt dieses Verständnis einer Generationengerechtigkeit, dass für die Finanzierung des Pensionssystems der Arbeitsmarkt entscheidend ist. Anders ausgedrückt: Es geht darum, wie viele Menschen wie ins Erwerbssystem integriert sind. Gerade was die Integration in die Arbeitswelt betrifft, fühlen sich viele

junge Menschen in Europa von der Politik und Gesellschaft „alleingelassen“ und ausgenutzt.

Hauptbetroffenen von der Krise

Junge Menschen zählen zu den Erst- und Hauptbetroffenen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Seit nun fast acht Jahren hat sich ihre Situation am Arbeitsmarkt kaum verbessert. Die Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen ist nach wie vor auf Rekordniveau. In der EU-28 waren im Jahr 2015 fast fünf Millionen Menschen unter 25 Jahren ohne Beschäftigung. Die Arbeitslosenquote bei Jugendlichen stieg seit dem Jahr 2008 von 15,9 auf 20,3 Prozent in der EU-28. In vielen europäischen Ländern kletterte die Jugendarbeitslosigkeit sogar über die dramatische 30-Prozent-Schwelle.

Besonders problematisch ist die Verfestigung der Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen: In den Ländern Bulgarien, Griechenland, Spanien, Kroatien, Italien und Slowakei ist fast jede/r zweite arbeitslose Jugendliche bereits länger als zwölf Monate arbeitslos. Die Konsequenzen von Langzeitarbeitslosigkeit sind umfassend erforscht und verdeutlichen, dass ehemalige arbeitslose Jugendliche die negativen Folgen oft bis zu 20 Jahre nach der Arbeitslosigkeitserfahrung spüren.

In der Literatur wird von „scarring effects“ gesprochen, also Narben, die den Jugendlichen aufgrund der Arbeitslosigkeitserfahrungen lange anhaften. Dies schränkt in der Zukunft Beschäftigungs- und Einkommenschancen ein, erhöht ein wiederkehrendes Arbeitslosigkeitsri-

siko und führt zu Dequalifizierung. Darüber hinaus kann die Arbeitslosigkeitserfahrung zu einem schlechteren Gesundheitszustand und einer geringeren Lebenszufriedenheit beitragen.

In einem umlagefinanzierten Pensionssystem wirken sich diese Effekte negativ auf die individuellen Pensionen aus, und dem System an sich entgehen Beitragszahlungen. Aber auch für ein kapitalgedecktes Pensionssystem birgt eine hohe Arbeitslosigkeit Gefahren, da arbeitslose Jugendliche vermutlich kaum in der Lage sind, privat für die Altersvorsorge anzusparen.

Jugendliche haben entweder keinen Anspruch oder nur ein sehr geringes Arbeitslosengeld, das hauptsächlich für die Deckung der untermittelbaren Bedürfnisse benötigt wird. Damit werden durch das Phänomen der Jugendarbeitslosigkeit nicht nur Talente und Fähigkeiten von Jugendlichen verschwendet, sondern es kann auch zum Bumerang für die Finanzierung von Pensionssystemen – sowohl von privaten als auch von öffentlichen – werden.

Unsichere Verhältnisse

Der abrupte Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit beim Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise steht in engem Zusammenhang mit den unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Für viele junge Menschen beginnt die Berufslaufbahn mit atypischen Beschäftigungsformen, die sich durch befristete Verträge und wenig arbeits- und sozialrechtliche Absicherung kennzeichnen. In der Krise waren es denn auch Jugendliche, die als Erste den Job

verloren haben. Im Jahr 2008 hatten vor allem die Länder Slowenien (69,8 Prozent), Polen (62,8 Prozent), Spanien (59,2 Prozent), Portugal (54,6 Prozent), Schweden (53,6 Prozent), aber auch Deutschland (56,7 Prozent) extrem hohe Anteile an befristeten Beschäftigungsverhältnissen unter Jugendlichen.

In Österreich lag der Anteil bei 34,8 Prozent. Auffallend ist, dass seit Beginn der Krise die befristeten Beschäftigungen noch deutlich zugenommen haben. Im EU-Durchschnitt stieg ihr Anteil bei Jugendlichen von 40,2 Prozent im Jahr 2008 auf 43,4 Prozent im Jahr 2014. In Spanien gab es einen enormen Anstieg von 59,2 Prozent auf 69,1 Prozent.

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei Teilzeitbeschäftigten: Seit dem Jahr 2008 hat diese Form bei Jugendlichen nicht nur generell zugenommen, sondern insbesondere die unfreiwillige Teilzeitarbeit. Besonders dramatisch war der Anstieg etwa in Italien, wo der Anteil von 52,6 auf 82,9 Prozent anstieg, in Griechenland von 46,8 auf 66,2 Prozent, in Zypern von 39,2 auf 65,6 Prozent und in Spanien von 32,7 auf 59,1 Prozent. Dies bedeutet, dass sich die prekäre und vulnerable Position von Jugendlichen angesichts der enormen Knappheit an Arbeitsplätzen noch einmal verschärft hat. Somit müssen sie Arbeitsverhältnisse annehmen, mit denen später nur geringe Pensionsleistungen zu erwarten sind.

Schwerer Kampf gegen Ursachen

Die Austeritätspolitik in vielen europäischen Ländern führt zu Kürzungen von Staatsausgaben, die nicht nur die öffentliche Nachfrage senken und die Konjunkturentwicklung schwächen. Sie schränkt zusätzlich noch die politischen Handlungsmöglichkeiten zur Bekämpfung der Ursachen von Jugendarbeitslosigkeit ein.

Eine kürzlich veröffentlichte Studie vom Thinktank **Bruegel** betont, dass es in der EU zu Kürzungen der Staatsausgaben insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Familienförderung gekommen ist, also in jenen Bereichen, von denen Jugendliche besonders betroffen sind. Dabei wären vor dem Hintergrund des Strukturwandels und des hohen Arbeitslosigkeitsrisikos von Geringqualifizierten höhere öffent-

liche Investitionen in die Bildung angezeigt. Auch eine Intensivierung der Gesundheitspolitik ist angesichts der gut nachgewiesenen Zusammenhänge zwischen gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Desintegration in der Arbeitswelt notwendig.

Klare Prioritäten nötig

Einen Teil der jungen Menschen hindert auch eine fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeit an einer Erwerbstätigkeit. Ein Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten würde die Vereinbarkeit von jungen Familien und Beruf erleichtern und zusätzlich Arbeitsplätze schaffen. Kürzungen in diesen Bereichen wirken sich somit negativ auf die individuellen Arbeitsmarktchancen aus, was wiederum negative Konsequenzen auf die Pensionssysteme hat.

Die Zusammenhänge zwischen Pensionssystem und Arbeitsmarkt offenbaren eine klare Prioritätensetzung:

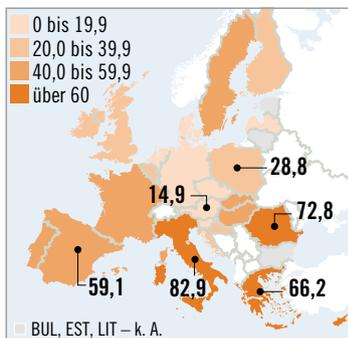
Oberste Priorität muss eine auf Vollbeschäftigung orientierte Politik haben, die die Qualität der Beschäftigungsverhältnisse nicht außer Acht lässt. Der Weg dorthin wird aber nur über mehr – und nicht weniger – öffentliche Investitionen gelingen. Bekommt man die Herausforderungen am Arbeitsmarkt einmal in den Griff, werden sich die Fragen zur Generationengerechtigkeit des Pensionssystems wie von selbst lösen.

Die in diesem Artikel geäußerten Meinungen stellen die private Ansicht des Autors dar und decken sich nicht notwendigerweise mit jener der AK Oberösterreich. Für hilfreiche Anmerkungen danke ich Rudolf Moser.

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor tamesberger.d@akooe.at oder die Redaktion aw@oegb.at

Zahl der ArbeitnehmerInnen, die unfreiwillig Teilzeitarbeit leisten, ist zum Teil massiv gestiegen

Anteil 2014*, in Prozent



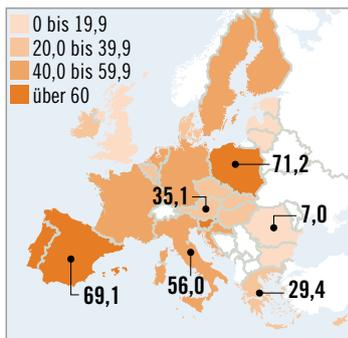
■ Anstieg seit 2008, in Prozentpunkten, Länderauswahl

Italien		+30,3
Spanien		+26,4
Griechenland		+19,4
Polen		+15,2
Rumänien		+2,2
Österreich		+0,4

* Unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung von ArbeitnehmerInnen im Alter zw. 15 und 24 Jahren als Prozentsatz der gesamten Teilzeitbeschäftigung

Immer mehr Menschen bekommen nur noch befristete Arbeitsverträge

Anteil 2014**, in Prozent



■ Anstieg seit 2008, in Prozentpunkten, Länderauswahl

Italien		+12,6
Spanien		+9,9
Polen		+8,4
Rumänien		+2,7
Griechenland		+0,6
Österreich		+0,3

** ArbeitnehmerInnen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren mit befristetem Arbeitsvertrag in Prozent der Gesamtzahl der ArbeitnehmerInnen

Löchriger Schutzschild

Der wirtschaftliche Wandel riss Löcher ins Pensionssystem. Sowohl über die Arbeitsmarkt- als auch über die Bildungspolitik kann dem entgegengewirkt werden.

Sandra Knopp und Udo Seelhofer
Freie JournalistInnen

Wir werden ohnehin ewig arbeiten müssen und Pension bekommen wir auch keine.“ Davon sind viele junge Menschen heutzutage überzeugt. In der Tat stellt der wirtschaftliche Wandel das Pensionssystem vor neue Herausforderungen, auch wenn diese nicht automatisch dazu führen müssen, dass die erwähnten Befürchtungen Realität werden.

„Der Automatismus ‚Job ist gleich Pensionsversicherung‘ wird durch den Trend zu atypischen Beschäftigungsverhältnissen immer mehr aufgebrochen“, sagt WIFO-Expertin Christine Mayrhuber. Dazu zählt sie Teilzeitjobs, saisonale und geringfügige Jobs. Ebenfalls dazu gehört das Phänomen der „neuen Selbstständigkeit“, bei der Unternehmen einzelne Aufgaben, die bisher Angestellte im Haus verrichtet haben, an Selbstständige outsourcen. Um Versicherungszeiten und die Altersvorsorge müssen sich diese Menschen selbst kümmern – und das oft mit einem geringen Einkommen (siehe auch „Mehr Schein als Sein im Prekariat“, S. 30–31).

Neuverteilung und Neubewertung

Die neuen Bedingungen am Arbeitsmarkt erfordern also auch Reformen bei den Pensionen. „Im jetzigen System wird honoriert, wer lange viel verdient hat und wenige Erwerbsunterbrechungen hat“, erklärt Mayrhuber. Jene, die lange keine Vollzeitstelle finden, brauchen im Alter oft eine Ausgleichszulage, um auf den

Mindestbetrag von derzeit 870 Euro monatlich zu kommen (siehe auch „Kleine Enzyklopädie der Pension“, S. 40–42). Die Arbeitsmarktexpertin fordert daher eine Neuverteilung und Neubewertung der bezahlten Arbeit.

Das Problem in Österreich besteht aktuell darin, dass manche jetzt schon geradezu pausenlos arbeiten, während andere keinen Job haben. Vollzeitbeschäftigte arbeiten hierzulande im Schnitt 41,5 Stunden pro Woche, inklusive Überstunden. Länger wird nur in Großbritannien und Portugal gearbeitet. Vielfach setzen Unternehmen nicht auf neue Arbeitskräfte, sondern auf All-in-Verträge, bei denen Überstunden pauschal abgegolten werden. Das betrifft rund 15 Prozent der unselbstständig Beschäftigten, Tendenz steigend.

Überstunden kommen aber nicht nur den Arbeitgebern entgegen, sondern auch vielen ArbeitnehmerInnen, die mit Überstunden ihr schlechtes Grundgehalt aufbessern wollen. Dazu kommt, dass Unternehmen ihre Arbeitskräfte flexibler einsetzen. So ist etwa ein Sechstel der Arbeitslosigkeit darauf zurückzuführen, dass Betriebe die Beschäftigung bei sinkender Nachfrage kurzfristig abbauen. Konkret tut dies ein Viertel der Betriebe.

Lange von der Wirtschaft gefordert, ist die Flexibilisierung inzwischen also für viele Beschäftigte eine Realität. Mayrhuber tritt daher für eine stärkere Regulierung des Arbeitsmarktes ein: „Unternehmen sollten wieder stärker in die Pflicht genommen werden. Wenn sie auf flexible Modelle zurückgreifen, sollten sie eine Zeit lang einen höheren

Beitrag zur Arbeitslosen-, Kranken- oder Pensionsversicherung bezahlen“, fordert sie.

Andere Lohnpolitik

Eine andere Ebene sind die Löhne selbst. David Mum, Leiter der Grundlagenabteilung der GPA-djp, fordert etwa: „Die Mindestlöhne müssen umgesetzt werden.“ Die Erhöhung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne ist schon viele Jahre ein zentrales Anliegen der Gewerkschaften. In Österreich verdienen immer noch knapp zwölf Prozent der Vollzeitbeschäftigten unter 1.500 Euro brutto. Im Jahr 2008 einigten sich die Sozialpartner auf einen kollektivvertraglichen Mindestlohn von 1.000 Euro, inzwischen sind 1.500 Euro brutto durch Kollektivvertragsabschlüsse in vielen Branchen Realität. Die GPA-djp fordert nun eine weitere Erhöhung der Mindestlöhne, und zwar auf 1.700 Euro brutto bei Vollzeitbeschäftigung. In eine ähnliche Richtung argumentiert Mayrhuber: „Wir brauchen eine vernünftige Lohnpolitik für Menschen, die unter der Höchstbeitragsgrundlage arbeiten.“ Bessere Löhne seien in zweierlei Hinsicht von Vorteil, argumentiert die Wissenschaftlerin: „Es bedeutet nicht nur für die Individuen, dass sie eine bessere Absicherung haben, sondern dass auch langfristig die Finanzierung der Pensionsversicherung verbessert wird.“ Denn wer mehr verdient, zahlt auch höhere Beiträge ein.

Jede längere Erwerbsunterbrechung hingegen wirkt sich negativ auf die spätere Pension aus. So verliert man als Arbeitslose/r zwar keine Versicherungs-



Eine andere Lohnpolitik, höhere Mindestlöhne, öffentliche Investitionen und bildungspolitische Maßnahmen: So könnte erreicht werden, dass Menschen Pensionen bekommen, von denen sie auch leben können.

zeit, allerdings sind die eingezahlten Pensionsbeiträge gering – und das wiederum wirkt sich negativ auf die spätere Pension aus. Aktuell sind 438.654 Menschen als arbeitslos oder in Schulung beim AMS vorgemerkt. Die hohe Arbeitslosigkeit ist eine Folge des geringen Wachstums und eines Überangebotes an Arbeitskräften. „Wir haben festgestellt, dass das Arbeitsvolumen hierzulande zwar stabil ist, sich aber auf immer mehr Beschäftigte verteilt. Wir brauchen mehr Arbeit im Land“, hält AK-Arbeitsmarktexperte Gernot Mitter fest. Um den Arbeitsmarkt wieder in Schwung zu bringen, fordert er die „**Golden Rule**“, nach der Investitionen in Bildung, soziale Dienste und Integration aus dem Budgetdefizit herausgerechnet werden. „So könnten öffentliche Investitionen erleichtert werden und neue Arbeitsplätze entstehen“, erklärt Mitter den Hintergrund.

Zwei Seiten einer Medaille

Arbeitsmarktpolitik ist die eine Seite der Pensionsmedaille, die andere lautet Bildung. Wer verhindern will, dass Menschen überhaupt erst arbeitslos werden, muss in die Bildung investieren.

So abgedroschen es klingen mag, so wahr ist leider immer noch: je niedriger die Qualifikation, desto schlechter die Chancen am Arbeitsmarkt – und in der Folge desto niedrigere Pension. Entsprechend spannt sich der Bogen vom Kindergarten bis zum lebenslangen Lernen. Wer nämlich schon in jungen Jahren zu wenig Bildung genießen konnte, der spürt die Folgen sogar noch Jahre später,

weil er oder sie auch bei Weiterbildungsmaßnahmen zu kurz kommt. Jugendliche ohne abgeschlossene Ausbildung laufen Gefahr, sich später durch immer rarer werdende Hilfsarbeiterjobs über Wasser halten zu müssen – und kaum Pensionsansprüche anzusparen. Im Jahr 2014 schlossen sieben Prozent der 18- bis 24-Jährigen weder die Pflichtschule noch eine weiterführende Ausbildung ab.

Um dem entgegenzuwirken, wurde die Ausbildungspflicht bis zum 18. Lebensjahr beschlossen. Ab Herbst 2016 müssen Jugendliche nach dem Abschluss der Pflichtschule eine weiterführende Ausbildung absolvieren. Bildungsexperten fordern außerdem, dass LehrerInnen rechtzeitig reagieren, wenn Jugendliche schulmüde werden. In einem solchen Fall können sie etwa das **Jugendcoaching** kontaktieren. Das Angebot richtet sich an SchülerInnen im letzten Pflichtschuljahr und zielt darauf ab, deren Stärken und Fähigkeiten festzustellen und Perspektiven zu entwickeln. MentorInnen zeigen den Jugendlichen Alternativen auf beziehungsweise unterstützen sie im Erstellen von Bewerbungsunterlagen.

Doch zunächst gilt es, die Zielgruppe zu erreichen: „Sozialarbeiter müssen zu den Jugendlichen kommen, ihr Vertrauen gewinnen und ihnen Perspektiven aufzeigen“, sagt Judith Pühringer, Geschäftsführerin von arbeit plus, dem Bundesdachverband für Soziale Unternehmen. Viele junge Menschen seien von der Schule frustriert. Pühringer spricht sich für einen weiteren Ausbau des „Jugendcoachings“ aus. „Man hält die Jugendlichen länger in einem Sys-

tem, kann sie betreuen und Unterstützung anbieten“, so Pühringer.

Mehr Kinderbetreuungsangebote

Für eine hohe Beschäftigungsquote braucht es auch gute Kinderbetreuungs-einrichtungen. Hier könnte sich Österreich einiges von Skandinavien abschauen, findet GPA-djp-Experte Mum. „Die nordischen Länder haben schon viel früher begonnen, in solche Angebote mit entsprechenden Öffnungszeiten zu investieren. Man hat dort eine hohe Frauen- und Männererwerbsbeteiligung.“

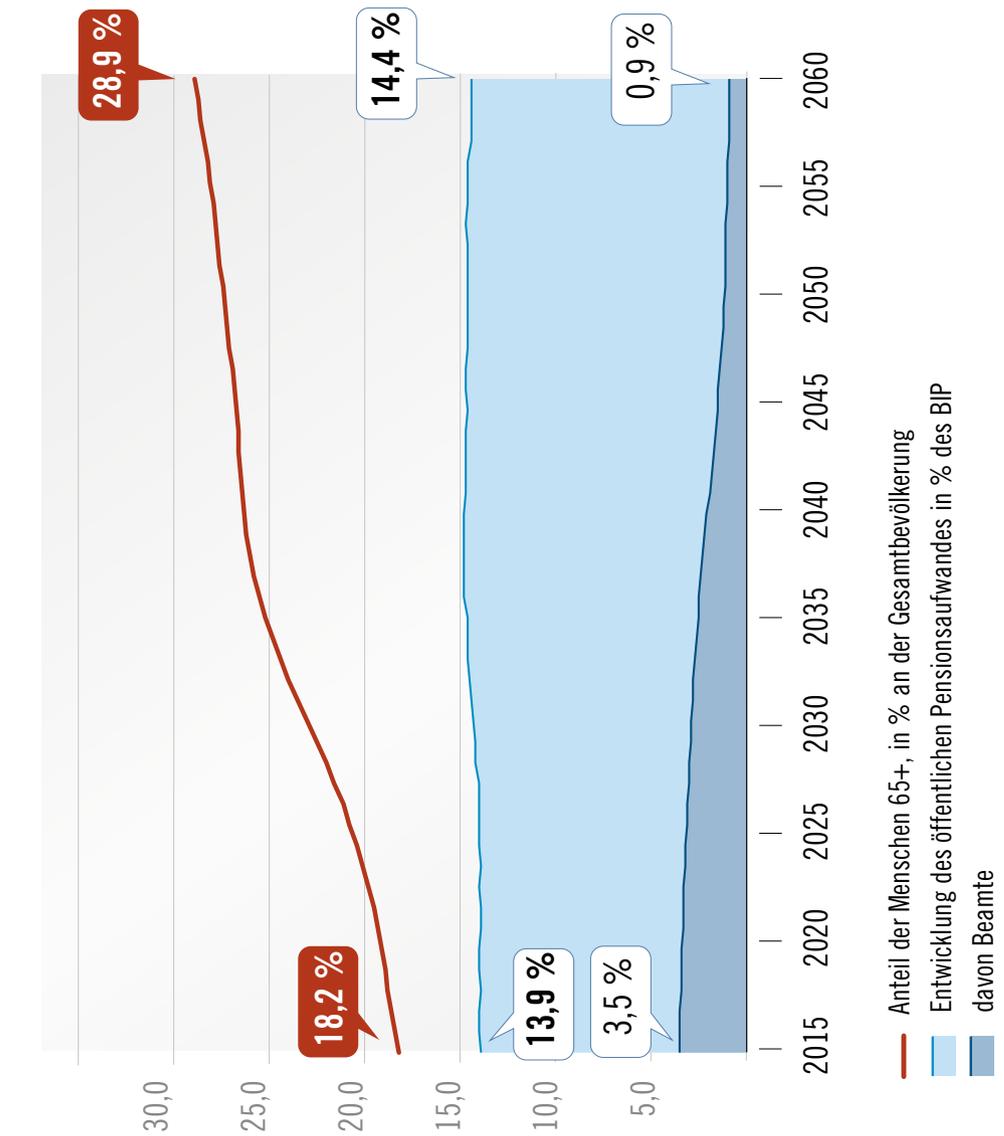
„Alles, was die Erwerbsbeteiligung erhöht und eine faire Bezahlung sicherstellt“ – so fasst David Mum die wichtigsten Ziele aus Sicht der Gewerkschaften zusammen. Man müsse dafür Sorge tragen, dass die Menschen gut qualifiziert sind. Auch er fordert Investitionen in soziale Dienstleistungen. Damit können gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: einerseits eine Erhöhung der Beschäftigungsquote, andererseits ein besseres Betreuungsangebot. Sein Fazit: „Je mehr Menschen arbeiten, desto leichter kann man auch die Pensionen finanzieren.“

Bildung und Arbeitsmarkt:
tinyurl.com/h7kxdqg

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die AutorInnen
udoseelhofer426@msn.com
sandra.knopp@gmx.at

oder die Redaktion
aw@oegb.at

Die Pensionen in Zahlen

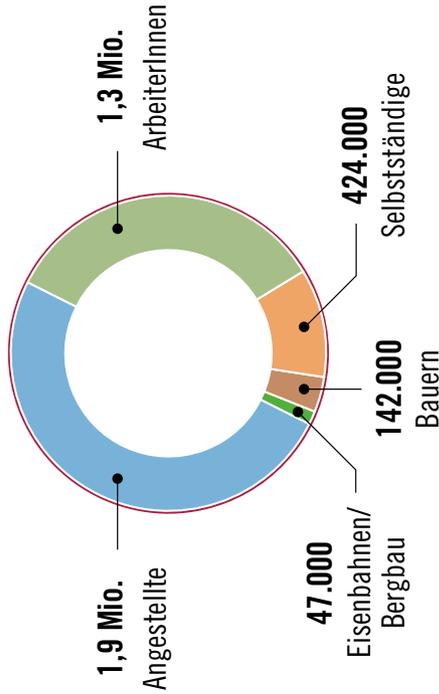


Von **Kostenexplosion**
kann **keine Rede sein!**

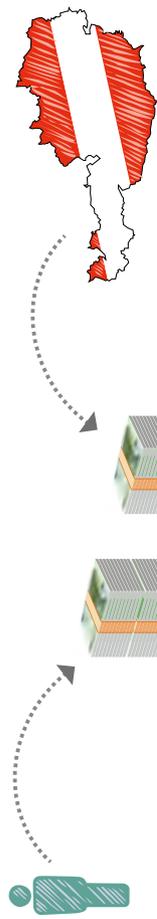
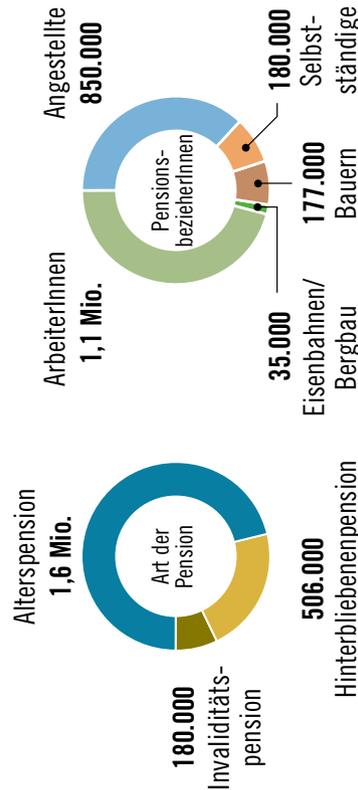
Die Anzahl der Älteren wächst zwar,
aber es wird nur ein **moderater Anstieg**
der **Pensionsausgaben** prognostiziert.



Rund 3,8 Millionen Menschen zahlen in die Pensionsversicherung ein.



Rund 2,3 Millionen Pensionen werden ausbezahlt.

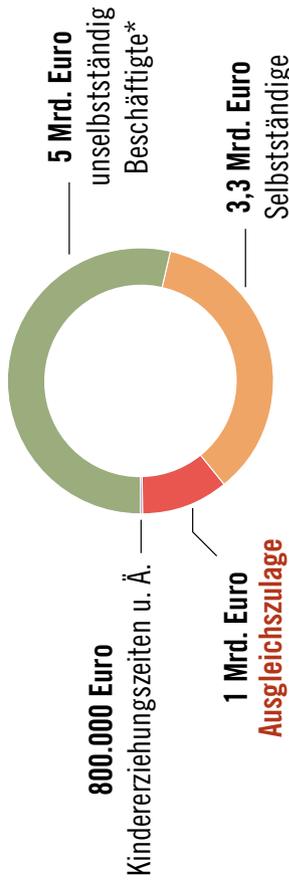


29 Milliarden Euro bezahlen BeitragszahlerInnen.

schießt der Staat zum Beispiel zur Armutsvermeidung zu.

10 Milliarden Euro

schießt der Staat zum Beispiel zur Armutsvermeidung zu.



* = 85 % der Pensionen

Durchschnittlich werden

Rund 200.000 Menschen



1.766 Euro an Männer

erhalten über die **Ausgleichszulage** sozusagen eine „Mindestpension“.

300 Euro werden durchschnittlich zugeschossen



und **1.043 Euro an Frauen** ausbezahlt.

2/3 der BezieherInnen sind Frauen

Die Schwarzmalerei

Länger arbeiten, weniger Geld: Das waren nur zwei der Vorschläge von WirtschaftsvertreterInnen im Vorfeld des Pensionsgipfels Ende Februar.

Amela Muratovic
ÖGB Kommunikation

In den vergangenen Monaten verging kaum eine Woche ohne Dutzende Meldungen zum österreichischen Pensionssystem. Besonders im Vorfeld des Pensionsgipfels Ende Februar mutierten die Pensionen zum Thema Nummer eins und beherrschten die österreichische Medienlandschaft wie fast kein anderes. Wen wundert's, wollte doch jede Expertin und jeder Experte ihren oder seinen Senf dazugeben. Da in Österreich seit Jahrzehnten über das „P-Thema“ diskutiert und am „P-System“ herumgedoktert wird, müssten die ÖsterreicherInnen an so manche Argumentation und an so manchen Unsinn, der permanent zu hören war, gewöhnt sein. Auffällig war dieses Mal, dass sich vermehrt neoliberale Thinktanks wie die Agenda Austria zu Wort meldeten und versuchten, die öffentliche Meinung zu beeinflussen.

Die Agenda Austria wurde 2013 auf Initiative der Industriellenvereinigung gegründet und betont, autonom und politisch unabhängig zu agieren. Betrachtet man aber ihren Förderkreis, so ist nicht zu übersehen, dass sich dieser aus finanzkräftigen Unternehmen zusammensetzt, weshalb die Agenda Austria im Zuge ihrer Gründung auch als „Denkfabrik der Millionäre“ bezeichnet wurde.

Privat vorsorgen – leistbar?

Die Menschen werden immer älter und verbringen somit auch mehr Jahre in Pension. Dieser Zustand führe dazu, dass die Kosten explodieren, sind WirtschaftsvertreterInnen überzeugt. Also nutzten sie die Gunst der Stunde Anfang des Jahres, um die Menschen noch mehr zu verwirren, etwa mit Sätzen wie „Die private Pensionsvorsorge muss gestärkt werden“. Hier stellt sich aber die Frage: Wie sollen sich das DurchschnittsverdienerInnen leisten können, neben den täglichen Kosten für Wohnen, Heizen, Essen ...? Will man nämlich auf 1.000 Euro Privatpension im Monat plus Urlaubs- und Weihnachtsgeld kommen, und das geschätzte 20 Ruhestandsjahre, braucht man etwa 280.000 Euro. Um das zusammenzubekommen, müsste man 45 Arbeitsjahre lang Monat für Monat mehr als 500 Euro auf die Seite legen.

Wunderlösung Automatik?

Ähnlich wie der Ruf nach privater Vorsorge verunsicherten auch viele Stimmen, die das österreichische Pensionssystem als „schrottreif“ und „nicht finanzierbar“ bezeichneten. Eine der Aussagen stammt von Martin Gleitsmann, dem Leiter der sozialpolitischen Abteilung der Wirtschaftskammer Österreich: „Die Altersvorsorge strapaziert das Budget jetzt schon über Gebühr. Steigen die Kosten weiter, bleibt für Zukunftsausgaben wie Bildung und Forschung nichts übrig.“ Eine Lösung, damit sich der Staat Geld erspart, sahen die WirtschaftsvertreterInnen in der Pensionsautomatik, wonach das gesetzliche Pensionsalter regelmäßig mit der Lebenserwartung erhöht werden soll. Diesen Vorschlag, der auf einen substanziellen Abbau hinausläuft und Altersarmut vorprogrammiert, brachten aber nicht nur sie ins Spiel. Auch bei der Agenda Austria

steht die Pensionsautomatik hoch im Kurs. Was die Wirtschaft aber geflissentlich unter den Tisch fallen ließ: Bei allen vergangenen Pensionsreformen haben die ArbeitnehmerInnen ihren Preis gezahlt, immerhin hat jede Reform dazu geführt, dass die Menschen später in Pension gehen und weniger Geld bekommen.

„Mehr und bessere Arbeitsplätze sind die beste Antwort auf die steigende Lebenserwartung – und nicht Pensionskürzungen“, betonte Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB, vor dem Pensionsgipfel. Am Arbeitsmarkt liegen die Lösungen für die künftige Finanzierbarkeit des Pensionssystems, so Achitz. Man könne der Zahl der ArbeitnehmerInnen nicht einfach nur die Zahl der PensionistInnen gegenüberstellen, sondern müsse auch die der Arbeitslosen in die Rechnung miteinbeziehen. „Wenn nämlich die Zahl Letzterer sinkt, kann die Zahl der PensionistInnen ruhig steigen, und das System bleibt trotzdem finanzierbar“, erklärte Achitz.

An die eigene Nase fassen

Bereits beschlossene Reformen werden dafür sorgen, dass das faktische Pensionsalter steigen wird. Dazu gehören etwa das Auslaufen der Hackler-Regelung für Frauen vor 60 bis 2020, längere Wartezeiten bei der Korridor pension und vorzeitiger Alterspension (ab 2017: 40 Jahre), hohe finanzielle Anreize, später in Pension zu gehen, der Ausbau der beruflichen und medizinischen Rehabilitation und einige andere. Statt der ständigen Verunsicherung forderte der ÖGB einen Beitrag der Wirtschaft, damit Menschen länger in Be-

schäftigung bleiben können. Dafür schlug Achitz unter anderem eine Ausdehnung des Kündigungsschutzes, ein Vorziehen des für ab 2018 geplanten Bonus-Malus-Systems, eine Arbeitszeitverkürzung, aber auch einen Schwerarbeitsbeitrag vor. „Man kann nicht erwarten, dass Schwerarbeiter bis 65 arbeiten“, sagte er.

In gewohnter Manier verteidigten die Experten der Wirtschaft und der Industrie die Interessen ihrer Klientel und versuchten, die Vorschläge des ÖGB und der Arbeiterkammer als „Retro-Ideen“ darzustellen. „Die Lösung aller Probleme in zusätzlichen Belastungen der Unternehmen zu suchen zeugt von der Reformverweigerung mancher Protagonisten“, war die prompte Antwort des Vize-Generalsekretärs der Industriellenvereinigung, Peter Koren. Der Präsident der Industriellenvereinigung, Georg Kapsch, forderte in der Tageszeitung „Die Presse“ sogar: „Drehen wir die Frühpensionen ab.“

Beiträge von Beschäftigten erwarten und über starke Belastung der Betriebe klagen: Das können Wirtschaftstreibernde sehr gut. Zum Pensionssystem tragen sie aber offensichtlich zu wenig bei, indirekt und direkt. Entsprechend viel müssen die SteuerzahlerInnen zu den Pensionen der UnternehmerInnen zuschießen: Bei pensionierten Gewerbetreibenden liegt der Bundeszuschuss bei 11.150 Euro, bei pensionierten ArbeitnehmerInnen nur bei 3.740 Euro.

Ein ewiges (Frauen-)Thema

Unerwähnt kann auch nicht bleiben, dass immer wieder gefordert wurde, das gesetzliche Pensionsantrittsalter der Frauen (derzeit 60 Jahre) an das der Männer (65 Jahre) anzugleichen. Der Sozialwissenschaftler und Pensionsexperte Bernd Marin kritisierte das niedrigere Pensionsantrittsalter von Frauen ziemlich hart. Dass viele Frauenorganisationen, darunter auch die ÖGB-Frauen, gegen eine vorzeitige Angleichung sind, solange es keine wirkliche Gleichstellung am Arbeitsmarkt gibt, findet er „zu dumm“. Obwohl alle Arbeitsmarktzahlen der vergangenen Monate zeigen, dass immer mehr ältere Personen auf Jobsuche sind und Statistiken bestätigen, dass die Zahl jener Frauen, die aus der Arbeitslosigkeit in Pension gehen, enorm



Im Vorfeld des Pensionsgipfels Ende Februar mutierten die Pensionen zum Thema Nummer eins und beherrschten die österreichische Medienlandschaft wie fast kein anderes. Wen wundert's, wollte doch jede Expertin und jeder Experte ihren oder seinen Senf dazugeben.

hoch ist, spricht Marin von „zu viel Sozialkitsch“.

Marin, der seit 2015 Direktor der Webster University in Wien ist, 27 Jahre das Europäische Zentrum für Wohlfahrtspolitik leitete und Regierungen und PolitikerInnen volkswirtschaftlich bei Pensionsfragen berät, glaubt nämlich, dass das frühe Antrittsalter den Frauen schadet und eine Anhebung zu mehr Beschäftigung führen würde. Die Wahrheit ist eine andere: Arbeitsplätze fehlen, und gerade Ältere werden von vielen Unternehmen bei der erstbesten Gelegenheit auf die Straße gesetzt. Für viele Frauen würde eine Anhebung des Pensionsalters bedeuten, dass sie länger arbeitslos sind.

Auch Johannes Kopf, Chef des Arbeitsmarktservice, bestätigt, dass das Problem der älteren Generation jenes ist, dass sie ganz schwer einen neuen Job finden, wenn sie ihren verlieren. Dass Marins Kritik fehl am Platz ist, zeigt die Tatsache, dass die Angleichung des Frauenpensionsantrittsalters an das der Männer sowieso in wenigen Jahren beginnt – nämlich 2024. Das Pensionsalter von Frauen und Männern liegt auch nur auf dem Papier um fünf Jahre auseinander, beim tatsächlichen Antrittsalter ist der

Unterschied viel geringer: Frauen gehen mit durchschnittlich 59 Jahren und zwei Monaten in Pension, Männer mit 61 Jahren und drei Monaten. Es besteht also kein Grund zur Eile.

Entfernte Gleichstellungsziele

„Es gibt andere Punkte, wo man schleunigst für Gleichstellung sorgen muss, vor allem bei der Bezahlung“, sagt dazu Renate Anderl, ÖGB-Vizepräsidentin und Frauenvorsitzende. Ab 2024 wird die reguläre Alterspensionsgrenze in Halbjahresschritten angehoben. Die Angleichung wurde beschlossen, weil man angenommen hatte, dass bis dahin Gleichstellung bei Einkommen und Karriere herrschen würde. Doch von diesen Zielen ist man in Österreich noch weit entfernt.

Neoliberale Think-Tanks:

tinyurl.com/znzot3g

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin

amela.muratovic@oegb.at

oder die Redaktion

aw@oegb.at

Nur ein solidarisches, leistungsorientiertes Umlagesystem kann ältere Menschen wirklich vor Armut schützen.

Um dieses System nachhaltig zu sichern, muss alle Energie in die Schaffung von Arbeitsplätzen investiert werden. Zudem sollten alternative Finanzierungsmodelle angedacht werden, beispielsweise eine „Maschinensteuer“ oder Vermögenssteuern.



Durch die pinke Brille: Neoliberale Mythen

© ÖGB-Verlag/Michael Mazohl

Pensionsautomatik, Frauenpensionsalter und Co: Warum hinter diesen Vorschlägen Verschlechterungen für PensionistInnen von heute und morgen stecken.

Jakob Luger

ÖGB-Sekretariat der Geschäftsleitung

In regelmäßigen Abständen wird das österreichische Pensionssystem infrage gestellt. KritikerInnen stützen sich auf die Analysen ihnen nahestehender WissenschaftlerInnen und neoliberaler LobbyistInnen. Bestimmte Mythen des österreichischen Pensionssystems werden von neoliberalen IdeologInnen immer wieder ins Spiel gebracht.

Mythos „Auskommen ohne Steuern“

„Jedes Pensionssystem braucht eine strikte Deckungsgleichheit zwischen Pensionsbeiträgen und -ausgaben, da es sich ansonsten um ein defizitäres System handelt.“

Fakt ist: Zu den Grundprinzipien des österreichischen Pensionssystems

gehört, dass die Finanzierung auf mehrere Säulen verteilt ist. Bei ArbeiterInnen und Angestellten leisten sowohl DienstgeberInnen als auch DienstnehmerInnen ihren Beitrag, geregelt ist dies im Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (ASVG). Zusätzlich steuert der Staat Geld aus dem Steuertopf bei, um die Pensionen zu finanzieren. Bei Selbstständigen, FreiberuflerInnen und Bauern bzw. Bäuerinnen muss der Staat im Übrigen deutlich mehr an Steuergeldern zu den Pensionen zuschießen als beim ASVG.

Österreich hat ein solidarisches und leistungsorientiertes Umlagesystem. Neoliberale IdeologInnen wollen, dass ein- und ausbezahlte Beiträge strikt im Gleichgewicht sind. Aus Steuermitteln soll kein zusätzlicher Euro in die Pensionskassen fließen, lautet ihre Forderung.

Im Mittelpunkt sollte aber vielmehr die Pensionsleistung stehen. Sinn macht

ein Pensionssystem nur dann, wenn die Menschen von ihrer Pension später auch leben können. Würde man die Steuerbeiträge streichen, würde wohl kein Weg an Pensionskürzungen vorbeiführen – und am Ende müsste man das eingesparte Geld vermutlich ohnehin wieder in Form anderer Sozialausgaben investieren.

Mythos „Besser mit Fonds“

„Es braucht eine stärkere staatliche Förderung der betrieblichen Pensionskassen sowie der privaten Pensionsfonds, um das staatliche Pensionssystem zu entlasten.“

Fakt ist: Grundsätzlich ist jedes Pensionsmodell vom Wirtschaftswachstum, der Beschäftigungsquote sowie von der demografischen Entwicklung abhängig. Egal ob leistungsorientiertes System, solidarisches Umlagesystem mit steuerli-

chem Finanzierungsanteil oder beitragsorientiertes, kapitalgedecktes Pensionsystem: Für alle Modelle brauchen die Menschen ein ordentliches Erwerbseinkommen, um davon Beiträge einzahlen zu können.

In Phasen der wirtschaftlichen Stagnation kommt jedes Pensionssystem unter Druck. Denn in dieser Situation zahlen weniger Menschen in den Pensionstopf ein und die Beiträge, die vom Einkommen berechnet werden, sind dementsprechend niedriger. Der Vorteil unseres Systems ist, dass in einer wirtschaftlich schwierigen Situation der Staat durch den steuerfinanzierten Anteil gewährleisten kann, dass die Pensionen nicht gekürzt werden müssen, womit Menschen vor Altersarmut geschützt werden.

Nicht zuletzt die Krise von 2008 hat gezeigt, wie schnell kapitalgedeckte Systeme in die Bredouille kommen, wenn die Finanzmärkte einbrechen. Hunderttausende PensionistInnen haben in den USA ihre in Wertpapieren angelegten Pensionen schlagartig verloren. Diese Situation wird durch die aktuelle Niedrigzinspolitik der EZB noch verschärft, weil damit das verbliebene Vermögen nicht ausreichend wächst. Es ist folglich nicht nachvollziehbar, warum private Pensionskassen und -fonds mit Steuermitteln subventioniert werden sollten.

Als weiteres Argument für die privaten Pensionskassen werden die angeblich geringeren Verwaltungskosten ins Feld geführt. Das Gegenteil ist der Fall: Die Gesamtkosten in einem kapitalgedeckten System sind sogar höher als in staatlichen Umlagesystemen.

Mythos: Vorbild Schweden

„Das gesetzliche Pensionsantrittsalter muss flexibel erhöht werden können, je nachdem wie sich die Lebenserwartung der Menschen entwickelt. Schweden hat in diesem Zusammenhang ein gutes System umgesetzt.“

Fakt ist: Schweden ist ein Musterbeispiel – nämlich für das völlige Versagen der Pensionsautomatik. Die automatische Selbstregulierung des Pensionsantrittsalters bzw. der Pensionshöhe ist nicht praktikabel und sozial

unverantwortlich. Mit dem Pensionsautomatismus ist im Wesentlichen gemeint, dass eine steigende Lebenserwartung automatisch zu einem höheren gesetzlichen Pensionsalter bzw. zu etwaigen Kürzungen bei der Pensionsberechnung führen soll.

Schweden hat diesen Pensionsautomatismus vor ein paar Jahren eingeführt. Auf Basis der automatischen Berechnungen wäre es aber bereits mehrmals zu drastischen Pensionskürzungen gekommen, hätte der Staat nicht wiederholt durch Steuergutschriften korrigierend eingegriffen. Nur so konnte Schweden Zigtausende PensionistInnen vor Altersarmut schützen.

In Österreich hat der Gesetzgeber bereits bei den Pensionsreformen der vergangenen Jahre den künftigen Anstieg der Lebenserwartung mitbedacht. Insofern haben wir für das neue Pensionsrecht schon angepasste **Einkommensersatzraten**. Darüber hinaus führt ein höheres Pensionsalter zu einer höheren Arbeitslosigkeit, wenn – wie derzeit Realität – ältere ArbeitnehmerInnen am Arbeitsmarkt systematisch benachteiligt werden.

Mythos „Auf Kosten der Jungen“

„Die Alten leben über ihre Verhältnisse, und das auf Kosten der Jungen.“

Fakt ist: Neoliberale IdeologInnen stützen ihre Argumentation für Pensionskürzungen in der Regel auf den angeblich zu hohen steuerfinanzierten Pensionsanteil.

Der arbeitenden Generation werde somit aufgebürdet, die hohen Pensionen der SeniorInnen zu finanzieren, während sie selbst unter der hohen Steuerlast stöhnen. Nun sind die Steuerausgaben für die Pensionen tatsächlich angestiegen, allerdings wurden sie durch die Reformen der letzten Jahre bereits stark gedämpft.

Die Erhöhung der steuerlich finanzierten Pensionssäule hat ihre Ursache in der Demografie: Es gibt mehr ältere Menschen im pensionsreifen Alter als noch vor 20 Jahren, man muss die Generation 50 plus also länger in Beschäftigung halten.

Was Neoliberale bewusst verschweigen, ist, dass die zentrale Spaltungslinie

in unserer Gesellschaft nicht entlang altersbezogener Grenzen verläuft. Unsere Gesellschaft ist in erster Linie in „Reich“ und „Arm“ gespalten.

Betrachtet man nur die Pensionen, so zeigt sich: Rund 200.000 PensionistInnen bekommen in Österreich aufgrund ihrer niedrigen Pension eine Ausgleichszulage und damit eine Mindestpension von rund 882 Euro. Gleichzeitig arbeiten junge Menschen oftmals in unbezahlten Praktika oder stecken in prekären Arbeitsverhältnissen fest. Sie können deshalb wenig und nur unregelmäßig in die Pensionskassen einzahlen.

Der Blick auf die Verteilung in der Gesellschaft zeigt: Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt fast ein Viertel des Gesamtvermögens. Die ärmste Hälfte der Bevölkerung wiederum besitzt lediglich 2,8 Prozent des Vermögens. Als GewerkschafterInnen wehren wir uns dagegen, dass Jung und Alt gegeneinander ausgespielt werden. Vielmehr braucht es eine verteilungspolitische Trendwende in Österreich.

Fakt ist: Nur ein solidarisches, leistungsorientiertes Umlagesystem kann ältere Menschen wirklich vor Armut schützen. Dieses bewährte System gilt es nachhaltig zu sichern. Dafür müssen wir insgesamt mehr Menschen in Beschäftigung bringen und die Generation 50 plus im Erwerbsleben halten. Zudem sollten alternative Finanzierungsmodelle wie eine stärker steuerbasierte Pensionsfinanzierung angebracht werden, beispielsweise über eine sogenannte Maschinensteuer oder über höhere Vermögens- und Erbschaftssteuern.

Vermögen in Österreich. Bericht zum Forschungsprojekt „Reichtum im Wandel“:
tinyurl.com/j699gmc

Kapitalgedeckte Pensionssysteme – Niederlande, USA, Polen und Deutschland im Vergleich:
tinyurl.com/jfef4qw

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
jakob.luger@oegb.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Mehr Schein als Sein im Prekariat

Prekäre Jobs lassen kaum Spielraum für soziale Absicherung, sie werden aber immer häufiger. Eine höhere „Mindestpension“ könnte Abhilfe schaffen.

Sandra Knopp und Udo Seelhofer
Freie JournalistInnen

Nach acht Jahren im Unternehmen wurde ein Grafiker vor die Wahl gestellt: Entweder er wird selbstständig – oder gekündigt. Die Auftragslage habe sich leider rapide verschlechtert, lautete die Begründung. Der Arbeitsalltag des Grafikers hat sich nicht verändert. Er hat fixe Arbeitszeiten, muss um Urlaub anfragen und bezieht seine Honorare von seinem früheren Arbeitgeber. Aber sein Einkommen ist um die Hälfte geschrumpft, da er seine Sozialbeiträge nun selbst zahlen muss.

Junge unter Druck

Das ist nur einer von vielen Fällen, die der „Watchlist Prekär“ (www.watchlist-prekaer.at) der GPA-djp anonym gemeldet wurden. Wird eine Scheinselbstständigkeit vermutet, wird sie an die Gebietskrankenkasse zur Überprüfung weitergeleitet. Bis zu zwei Drittel der freien Dienst- und WerkvertragsnehmerInnen sind nach Einschätzung der Gewerkschaft als Scheinselbstständige einzustufen. Erweist sich der Verdacht als begründet, müssen Unternehmen ausständige Ansprüche, etwa zur Pensionsversicherung, bis zu fünf Jahre rückwirkend nachzahlen.

Angesichts des angespannten Arbeitsmarktes wagen aber viele nicht, sich über unfaire Arbeitsbedingungen zu beschweren. „Je höher die Arbeitslosigkeit, desto mehr nehmen Menschen in Kauf, um den Job zu behalten“, erklärt Veronika Kronberger, Verantwortliche für die Interessengemeinschaft work@flex, welche

die Watchlist bei der GPA-djp betreibt. Auch gut Ausgebildete hangeln sich von Praktikum zu Praktikum, in der Hoffnung, eine feste Anstellung zu finden. Doch das gelingt immer seltener. „In vielen Fällen werden Praktikanten aus Kostengründen durch Praktikanten ersetzt“, kritisiert Kronberger.

Die Zahl jener, die in atypischen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, ist von 2011 bis 2015 um 6,6 Prozent auf 463.300 gestiegen. Zu den atypischen Beschäftigungen zählt die Statistik Austria Neue Selbstständige, zeitlich befristete Jobs, LeiharbeiterInnen oder freie DienstnehmerInnen. Im Jahr 2015 wurden bei der Wirtschaftskammer Österreich 290.061 Unternehmen als sogenannte Einpersonenernehmen (EPU) geführt – das sind fast 60 Prozent der Mitglieder. Laut Umfragen der Wirtschaftskammer starten sogar 80 Prozent der GründerInnen ihr Unternehmen ohne MitarbeiterInnen. Zu den EPU kommen 48.469 Neue Selbstständige, die keinen Gewerbeschein besitzen und als FreiberuflerInnen auf Werkvertragsbasis arbeiten. Im Schnitt verdienen die Einpersonenernehmen rund 11.600 Euro. Nicht ohne Grund befürchten diese Personengruppen also, später keine existenzsichernde Pension zu haben.

Die Gewerkschaft hat sich in den vergangenen Jahren im Kampf gegen Scheinselbstständigkeit starkgemacht. Ziel war eine Regulierung atypischer Dienstverhältnisse – mit Erfolg: Diese sind mit circa einem Prozent aller unselbstständig Beschäftigten inzwischen die kleinste Gruppe der „atypisch“ Erwerbstätigen. Im Jahr 2008 wurde quasi die sozialversi-

cherungsrechtliche Gleichstellung eingeräumt, dazu kamen weitere ArbeitnehmerInnenrechte. Seitdem ist ihre Zahl um 24.000 Personen zurückgegangen, ein Minus von 39 Prozent. Rund 70 Prozent der freien DienstnehmerInnen haben übrigens mindestens die Matura oder einen Universitätsabschluss.

Pensionsloch

Geringfügige Jobs, auch Minijobs genannt, sind für viele Menschen notwendig, weil das Einkommen vom Hauptjob zu gering ist. Für manche sind sie der einzig verfügbare Job, und gerade für Junge sind sie die Möglichkeit zum Einstieg ins Berufsleben. KritikerInnen merken an, dass die Betroffenen meist nicht sozialversichert sind – was der eigentliche Witz an der Sache ist –, allerdings fallen sie dadurch um wichtige Pensionsmonate um. Sie können sich freiwillig versichern, der Versicherungsbetrag beläuft sich auf rund 59 Euro. „Ich kann, trotz des niedrigeren Gehalts, jungen Leuten nur empfehlen, sich krank- und pensionsversichern zu lassen, um wertvolle Beitragszeiten zu sammeln“, sagt WIFO-Expertin Christine Mayrhuber.

Von der Arbeitszeit hängt das Einkommen ab. Wer 2.100 Euro netto pro Monat verdient, arbeitet laut einer aktuellen AK-Erhebung im Schnitt 40,5 Stunden pro Woche. In der niedrigsten Einkommensstufe mit 800 Euro sind es 25,9 Stunden pro Woche. Die Teilzeitquote ist mit rund 48 Prozent bei Frauen sehr hoch. „Es ist einerseits positiv, dass Frauen am Arbeitsmarkt stärker Fuß gefasst haben und durch Teilzeitjobs versi-

Wir suchen ab sofort freiberufliche Redakteure (m/w/d) für Kampagnenabwicklung

Mit Ihrem journalistischen Können und Ihren Fähigkeiten übernehmen Sie die
Kampagnenabwicklung. Dabei liegt der Fokus auf der strategischen
Produktion.

Zu Ihren Aufgaben gehören:

- Recherchearbeit zur Erstellung redaktioneller Texte
- Erstellung von Texten/Textpaketen mit unterschiedlichen Themen
- Textliche Aufbereitung von Werbemitteln

Kampf gegen Scheinselbständigkeit, Arbeitszeitverkürzung und eine privilegierte Behandlung bestimmter Formen prekärer Beschäftigung: So könnte man bessere Einkommen von prekär Beschäftigten erreichen und damit auch eine bessere Pension.

chert sind. Aber das Pensionssystem ist auf Vollzeitjobs angelegt“, betont Mayrhuber. Viele Frauen haben deshalb durch längere Teilzeitarbeit später keine existenzsichernde Pension.

Vom Arbeiten in prekären Jobs sind ältere ArbeitnehmerInnen ab 55 Jahren besonders betroffen, ebenfalls von Arbeitslosigkeit. „Das Problem ist, dass die Arbeitsplätze für Ältere oft nicht da sind und viele von der Arbeitslosigkeit in die Pension wechseln“, sagt AK-Arbeitsmarktexpertin Ilse Leidl-Krapfenbauer. Sie hält ein Bonus-Malus-System für sinnvoll, um Arbeitgeber zu motivieren, Menschen, die älter als 55 Jahre sind, zu beschäftigen.

Mehr und bessere Jobs

Eine Gruppe, die besonders oft auf Arbeitssuche oder auch in prekären Jobs beschäftigt ist, sind Menschen mit Behinderung. Zwar gibt es hohe Lohnkostenzuschüsse, Arbeitgeber entscheiden sich – wohl auch angesichts des derzeit großen Angebots an Arbeitskräften – oftmals für Bewerber ohne (offensichtliche) Behinderung. Dabei müssen Betriebe ab 25 Mitarbeitern auch Menschen mit Behinderungen anstellen, sonst wird eine „Ausgleichssteuer“ fällig, die je nach Betriebsgröße monatlich zwischen 251 und 374 Euro liegt. „Das ist viel zu wenig, dass sie Betriebe zum Umdenken bewegt“, so Leidl-Krapfenbauer.

„Prekäre Beschäftigungen gibt es in immer mehr Bereichen, vom Handel übers Gastgewerbe bis hin zu Reinigungsdiensten“, sagt Sozialwissenschaftler Jörg Flecker. Auch im öffentlichen Dienst fin-

den sich immer wieder Fälle. Eine ausreichende Altersvorsorge ist mit einem Gehalt, das oft unter der Armutsgefährdungsgrenze liegt, unmöglich. Flecker sieht in unsicheren Niedriglohnjobs zudem eine Bedrohung für das Pensionssystem, weil diese Beschäftigtengruppe entsprechend niedrige Beiträge leistet. Der Sozialwissenschaftler fordert, dass sozial- und arbeitsrechtliche Bestimmungen stärker kontrolliert werden. Außerdem brauche es mehr Jobs: „Das geht wohl nur über Arbeitszeitverkürzung“, so Flecker. Vollzeitbeschäftigte arbeiten hierzulande über 40 Stunden pro Woche. Der Sozialwissenschaftler plädiert für eine 30-Stunden-Woche. Finanziert werden könnte das durch eine Entlastung der Lohnnebenkosten in Branchen mit besonders vielen Arbeitskräften. Kapitalintensive Branchen, die weniger Beschäftigte haben, könnten stärker zur Kasse gebeten werden.

AK-Experte Gernot Mitter hält eine privilegierte Behandlung bestimmter Formen prekärer Beschäftigung bei der Pensionsversicherung für machbar. Er denkt dabei an eine Erhöhung der „Mindestpension“: Eine solche gibt es in Österreich indirekt über die Ausgleichszulage, die jene erhalten, deren Pension unter 882,78 Euro liegt. Finanziert werden könnte dies durch einen Zuschuss aus Steuermitteln. „Die Frage ist aber, in welcher Höhe sich eine Mindestpension – ob man sie jetzt Volkspension oder wie in Österreich Ausgleichszulage nennt – gesellschaftlich durchsetzen lässt.“ Mitter kritisiert den Verlauf der öffentlichen Diskussion zu diesem Thema, die sich nur darum drehe, dass die ÖsterreicherInnen

sparen und länger arbeiten müssen, „weil wir uns die Pension sowieso nicht leisten können. In so einem politischen Umfeld wird das schwierig werden.“

Solidarische Lösung nötig

Eine individuelle Vorsorge für prekär Beschäftigte ist für Mitter keine Lösung. Wer mit seinem Geld „gerade so übers Monat kommt“, könne sich keine Altersvorsorge leisten: „Da braucht es solidarische Systeme.“ Für Scheinselbstständige oder EPU, die von nur wenigen Auftraggebern abhängig seien, bedeute das, dass man für die Betroffenen Mindesthonorarhöhen durchsetzen müsse.

Vom Kapitalmarkt abhängige Ansparformen, wie zum Beispiel Pensionsfonds, sind für Mitter zu unsicher: „In den USA sind die Pensionen der über 70-jährigen in der Finanzkrise weggeschmolzen.“ Die Arbeiterkammer hält deshalb weiter am Umlageverfahren fest, bei dem einbezahlte Beiträge unmittelbar für die Finanzierung der Leistungsberechtigten benutzt, also an diese wieder ausgezahlt werden. Denn, so Mitter: „Ökonomisch Schwächere haben so eine Absicherung.“

Aktuelle Brennpunkte am Arbeitsmarkt:

tinyurl.com/hlaasve

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die AutorInnen
udoseelhofer426@msn.com
sandra.knopp@gmx.at

oder die Redaktion
aw@oegb.at



Sie kommen unter anderem aus Rumänien, Ex-Jugoslawien und Afrika, sind von unter 20 bis über 60 Jahre alt. Jeden Tag warten zahlreiche Männer auf der Triester Straße, bis sie für die Arbeit auf Baustellen oder in Privathaushalten abgeholt werden. Für längerfristige Aufträge für Firmen werden die meisten angestellt. An ihre Pension denken die wenigsten. Was zählt ist, jetzt Geld nach Hause zu bringen und den Kindern zu einem besseren Leben zu verhelfen.

„Pension? Das ist schwierig“

Vom Arbeiterstrich auf der Triester Straße über schlecht bezahlte Zeitungskolportere zu indischen Händlern am Brunnenmarkt. Ein Roadtrip auf den prekären Pfaden von MigrantInnen.



Freitag, 9.30 Uhr. Das Angebot ist noch ganz gut an diesem Morgen im April. Rund 20 Männer in Arbeitskleidung warten in der Sonne vor einer Blumenhandlung in der Wiener Triester Straße auf Kundschaft. Manche sitzen auf dem türkisfarbenen Fenstersims des Geschäfts, manche trinken Dosenbier. Alle fünf bis zehn Minuten fährt ein Auto, Kleinbus oder Lkw vor und nimmt einen Teil der Männer mit. Eine gute Stunde später hat sich die Bühne gelichtet. „Zu haben“ sind noch eine Handvoll Männer im Alter zwischen 50 und Ende 60 und ein 37-jähriger Algerier. Er ist vor einem halben Jahr nach Österreich geflohen und hat hier um Asyl angesucht. Als Asylwerber dürfte er eigentlich nicht arbeiten, deshalb will er seinen Namen lieber nicht nennen. Die deutsche Sprache bereitet ihm sichtlich Schwierigkeiten, aber er bemüht sich. „Männer, die 18 Jahre alt sind, bekommen hier schnell einen Job“, sagt er sinngemäß. Er selbst muss oft länger warten bis er einsteigen darf.

Schwere körperliche Arbeit

Auch zwei Rumänen kommen täglich hierher. Sie erzählen, dass sowohl Flüchtlinge ohne Arbeitsbewilligung als auch

Ältere bei den Kunden nicht so gefragt sind. Die Männer arbeiten am Bau und leisten dort entsprechend schwere körperliche Arbeit. Dafür ist es nicht unbedingt von Bedeutung, dass sie ausführliche Konversationen auf Deutsch führen können, was deutlich spürbar ist. Wichtiger ist die körperliche Verfassung. Gar nicht Deutsch sprechen zu können, das ist allerdings ein Nachteil: Die Auftraggeber bevorzugen jene, die Arbeitsaufträge richtig verstehen und entsprechend umsetzen können.

„Die Alten verdienen fünf oder sieben Euro in der Stunde.“

Ein rumänischer Arbeiter

Ein älterer Mann etwa lächelt nur, er spricht keine Sprache außer Rumänisch. „Die Alten verdienen fünf oder sieben Euro in der Stunde“, sagt ein kleiner, stämmiger Rumäne, „und auch die Illegalen.“ Er selbst vereinbart oft Pauschalen: „Ich arbeite manchmal drei Tage für insgesamt 1.000 Euro.“ Wer Männer ohne Arbeitserlaubnis engagiert, macht sich strafbar. Dieses Risiko gehen manche Auftraggeber ein – freilich nur unter der Voraussetzung, dass es billig ist.

Die Rumänen haben einen klaren Startvorteil: „Wir haben Papiere.“ Will heißen: Als EU-Bürger dürfen sie hier arbeiten. Sie werden angestellt, jedenfalls wenn es sich um längerfristige Aufträge handelt. Für kurze oder private



Einsätze macht man sich dem Vernehmen nach nicht immer die Mühe, einen Vertrag aufzusetzen und die Arbeiter anzumelden.

Immer wieder preisen die Männer ihre eigene Arbeitskraft an: „Brauchst du was? Spachteln, Fliesen legen, schweißen, Garten?“ Wichtig ist für sie, dass sie an diesem Tag noch irgendwie Geld verdienen können. Aber was, wenn sie krank werden? Und vor allem: Wie steht es um die spätere Pension? Ein Rumäne Ende 30 schaut fragend. Als er nach einer Weile doch versteht, worum es geht, deutet er auf seinen Rücken und erklärt: „Ich passe auf.“ Und wenn er sich nicht gut fühlt? „Dann trinke ich Schnaps. Am nächsten Tag geht es wieder, kein Problem.“

Die Pension ist für ihn gedanklich in weiter Ferne, für ihn zählt, dass er alle zwei bis drei Monate zu Frau und Kindern in die Heimat fahren kann. Er

„Dann trinke ich Schnaps, am nächsten Tag geht es wieder. Kein Problem.“

Ein rumänischer Arbeiter

freut sich, dass das hier verdiente Geld dort mehr wert ist. Sein Kollege im selben Alter erzählt: „Ich habe drei Kinder. Jedes bekommt ein Haus. Eines habe ich schon gebaut.“ Stehen auch Haus zwei und drei, will er nicht mehr hier arbeiten. Ob er auch an den Lebensunterhalt im Alter gedacht hat, ist nicht zu erfahren.

Viele MigrantInnen, die als GastarbeiterInnen oder Kriegsflüchtlinge eingewandert sind, erreichen jetzt das Pensionsalter. Dabei stellt sich oft heraus, dass sie aufgrund schlecht bezahlter Arbeit wenig Pension bekommen. Deshalb arbeiten sie oft weiter: Im Jahr 2012 gingen 50 Prozent der Männer ohne Migrationshintergrund vor dem 65. Geburtstag in Pension, aber nur gut 20 Prozent der männlichen Migranten der ersten Generation. Das geht aus der vom Sozialministerium

„Ich habe immer für zwei gearbeitet.“

Mirsad, Monteur aus Ex-Jugoslawien

und der Kepler Universität durchgeführten Studie SHARE hervor. Hinzu kommt, dass MigrantInnen laut Medien-Service-Stelle Neue ÖsterreicherInnen unter schlechteren sozialen Verhältnissen leben und öfter gesundheitliche Probleme wie Bluthochdruck, hohes Cholesterin, Diabetes, Lungenkrankheiten und Krebs sowie psychische Beschwerden, vor allem Depressionen, haben. So auch Mirsad Koricic (Name von der Redaktion geändert): Der 59-Jährige erlitt im Jahr 2012 einen kompletten Zusammenbruch, verbunden mit Existenzängsten, Panikattacken, Verfolgungswahn und sogar einem Selbstmordversuch.

„In Jugoslawien, vor dem Krieg, war ich sehr glücklich. Ich habe studiert und dann acht Stunden täglich gearbeitet“, erzählt der 59-jährige Mirsad Koricic. „Für mich gab es nur Pyjama und Arbeitsanzug. Ich habe immer für zwei gearbeitet“, sagt er rückblickend über sein altes Leben.



Zeitungskolporteure sind in der Regel selbstständig und verdienen sehr wenig, weshalb sie sich häufig eine Wohnung mit mehreren anderen teilen. Viele schicken ihren Familien in der Heimat regelmäßig Geldbeträge, die hier wenig und in Ländern wie etwa Indien viel wert sind. Prinzipiell dürfen sie selbst dann, wenn sie sich unrechtmäßig im Land aufhalten, in die Pensionskasse einzahlen. Allerdings bekommen sie dann in der Pension keine Ausgleichszulage. Diese entfällt auch für jene Jahre, in denen sie sich insgesamt mehr als zwei Monate außer Landes aufhalten. Wer es nicht schafft, auf 180 Versicherungsmonate zu kommen, weil er zum Beispiel zeitweise illegal gearbeitet hat oder schon zu alt war, als er nach Österreich kam, muss ganz auf eine Pension verzichten.

Das Motto auf den Baustellen, wo Koricic als Monteur arbeitete, war stets: „Gemma, gemma!“ Um seiner damaligen Frau und dem Sohn ein gutes Leben zu ermöglichen, arbeitete er oft zehn bis 14 Stunden täglich am Bau – „immer bei einer Leihfirma“. Er war immer befristet angestellt und ein Teil wurde schwarz bezahlt. Damals war ihm das recht: „Ich habe mit Überstunden und Arbeit am Wochenende 2.500 oder sogar 4.000 Euro verdient. Früher war das gut, aber jetzt, für die Pension, ist es schlecht.“

Heute ist Geld nicht mehr das Wichtigste für ihn: „Jeder Mensch braucht Geld, aber auch ein Leben.“

Fehlende Zulage

Wie gut MigrantInnen für das Alter abgesichert sind, lasse sich nur schwer verallgemeinern, meint Johannes Peyrl von

der Abteilung Arbeitsmarkt und Integration der AK Wien.

Prinzipiell gelte: Wer unter der Geringfügigkeitsgrenze verdient, muss nicht in die Pensionsversicherung einzahlen, kann dies aber freiwillig tun

„Die Pensionsversicherung gilt auch für den unrechtmäßig Aufhältigen.“

Johannes Peyrl, AK Wien

„Die Pensionsversicherung gilt auch für den unrechtmäßig Aufhältigen“, betont Peyrl – und das seien Kolporteure oft. Allerdings bekommen sie in der Pension keine Ausgleichszulage, wie die soziale Leistung in Österreich heißt, die den Menschen quasi eine „Mindestpension“ sichert.

Auf die Zulage verzichten müssen auch Personen, die sich in einem Kalenderjahr länger als acht Wochen im Ausland aufhalten. Zwar kann sie danach wieder beantragt werden, aber mit dieser Regelung fallen jene, die in der Pension ins Heimatland zurückkehren, um die Ausgleichszulage um. Und allgemein gilt: Wer weniger als 15 Versicherungs-

jahre hat, hat gar keinen Anspruch auf eine Pension.

Mit weiteren Herausforderungen haben MigrantInnen zu kämpfen, wenn sie nicht nur in einem Land gearbeitet haben: „Wer seine Pensionsanspruchszeiten in verschiedenen Ländern erworben hat, muss oft Jahre warten, bis das Feststellungsverfahren in seinem Herkunftsland ermittelt wird. Bis dahin leben die Betroffenen am Existenzminimum“, berichtet etwa „Der Standard“. Dabei gibt es Unterschiede je nach Herkunftsland.

Umfallen um die Pension

Zurück nach Favoriten. Nicht weit von der Triester Straße liegt der Viktor-Adler-Markt: Ein kurzer Spaziergang über die Gudrunstraße, einmal rechts abbiegen und kurz danach ist man dort. Täglich außer sonntags sind in einer Seitengasse des Marktes Obst- und Gemüsestände aufgebaut – mit allem, was die Natur und spanische Glashäuser zu bieten haben. Es



Der 72-jährige Nirmal Singh hat viele Jahre einen Stand am Brunnenmarkt betrieben. Als er vor zwei Jahren in Pension gehen wollte, erfuhr er, dass er nicht lange genug in die Pensionskasse eingezahlt hatte. 2017 ist es soweit, allerdings kann er nur mit einer Mindestpension rechnen. Er ist dankbar, dass er bis dahin Mindestsicherung bekommt, denn die Arbeit fällt ihm bereits zu schwer.

ist halb eins. Bevor um 13 Uhr zusammengepackt und auf den Gehsteigen wieder Platz für parkende Autos gemacht wird, geht es oft besonders laut und eng zu. So mancher Standbetreiber reduziert die ohnehin niedrigen Preise noch einmal ordentlich. Wer hier einkauft, kommt zwangsläufig am Kolporteur im gelben Mantel mit Zeitungslogo am Rücken vorbei. Vor ihm steht ein Klapptisch, auf dem aktuelle Zeitungen und Magazine liegen.

Wie ein Wächter steht der 50-jährige Inder am Markteingang und blickt gelassen auf das rege Geschehen. In bruchstückhaftem Deutsch erzählt er, er verdiene 400 bis 500 Euro. „Ja, pro Monat“, bestätigt er auf Nachfrage. 150 Euro bezahlt er für die Wohnung, die er sich mit anderen teilt. Hat er Familie? „Ja, in Delhi. Eine Frau und drei Kinder.“ Der jüngste Spross ist 15 Jahre alt. In Österreich ist er seit 16 Jahren und schickt regelmäßig Geld nach Hause. Kann er in Krankenstand gehen? „Ja“, sagt er. Angesprochen auf die Pension gibt er nur

unklare und widersprüchliche Antworten. Eine davon lautet: „Pension? Das ist schwierig.“ Klar ist: An eine Rückkehr nach Indien denkt er nicht.

Gott und die Welt

An einer anderen Ecke des Marktes hat die Caritas einen Stand, der fast so gemütlich eingerichtet ist wie ein Wohnzimmer. Im Gespräch über das Thema Migration und Pension fällt einem Mitarbeiter ein älterer Inder ein, der sicher gerne

darüber sprechen würde. Er sei meist am Brunnenmarkt anzutreffen. „Super! Aber wie erkennen wir ihn? Gibt es ein Foto?“ Glück gehabt: Der Inder hat schon einmal bei einem Projekt der Caritas mitgemacht, sein Foto zierte einen Beitrag in einer Caritas-Broschüre. Schnell also mit dem Handy abfotografiert. Sein weißer Bart, die buschigen weißen Augenbrauen, das freundliche Lächeln und der blaue Turban sollten es eigentlich nicht allzu schwer machen, ihn zu finden. Sollte man meinen ...

Weiter vorne

Eine gute halbe Stunde zwischen den Gemüse-, Fleisch-, Käse- und Kleidungsständen des Brunnenmarktes: Trotz des Schönwetters tummeln sich an diesem Freitagnachmittag hier erstaunlich wenige Menschen. Der Inder ist trotzdem nicht zu entdecken. Als ein Verkäufer das Foto sieht, nickt er. „Sie finden den Mann weiter vorne“, sagt er. Auch ein anderer

Standverkäufer weiß sofort weiter: „Ich habe ihn vorhin dort gesehen,

schauen Sie mal zum Lokal an der Ecke.“ Und tatsächlich: In einem Schanigarten zwischen den Marktständen sitzt der Mann gemeinsam mit einem Freund. „Bitte setzen Sie sich“, sagt er freundlich.

Nirmal Singh ist 72 Jahre alt und hat hier viele Jahre selbstständig einen Marktstand betrieben. „Ich lebe seit 2001 in Österreich und war zwischen 1984 und 1989 auch schon hier“, erzählt er auf Englisch, obwohl er Deutsch gut zu verstehen scheint. Auch

„Pension? Das ist schwierig.“

Ein indischer Zeitungskolporteur

auf

dem aktuelle Zeitungen und Magazine liegen.

Wie ein Wächter steht der

50-jährige Inder am Markteingang und blickt gelassen

auf das rege Geschehen. In

bruchstückhaftem Deutsch

erzählt er, er verdiene 400 bis

500 Euro. „Ja, pro Monat“,

bestätigt er auf Nachfrage.

150 Euro bezahlt er für die

Wohnung, die er sich mit anderen

teilt. Hat er Familie?

„Ja, in Delhi. Eine Frau und

drei Kinder.“ Der jüngste

Spross ist 15 Jahre alt. In Öster-

reich ist er seit 16 Jahren

und schickt regelmäßig Geld

nach Hause. Kann er in Kran-

kenstand ge-

hen? „Ja“,

sagt er. Ange-

sprochen auf

die Pension

gibt er nur

unklare und widersprüchliche

Antworten. Eine davon lautet:

„Pension? Das ist schwierig.“

Klar ist: An eine Rückkehr

nach Indien denkt er nicht.

An einer anderen Ecke des

Marktes hat die Caritas einen

Stand, der fast so gemütlich

eingrichtet ist wie ein Wohn-

zimmer. Im Gespräch über das

Thema Migration und Pension

fällt einem Mitarbeiter ein äl-

terer Inder ein, der sicher gerne

darüber sprechen würde. Er sei

meist am Brunnenmarkt anzu-

treffen. „Super! Aber wie er-

kennen wir ihn? Gibt es ein

Foto?“ Glück gehabt: Der In-

der hat schon einmal bei einem

Projekt der Caritas mitge-

macht, sein Foto zierte einen

Beitrag in einer Caritas-Bro-

schüre. Schnell also mit dem

Handy abfotografiert. Sein

weißer Bart, die buschigen

weißen Au-

genbrauen,

das freundli-

che Lächeln

und der blaue Turban sollten

es eigentlich nicht allzu schwer

machen, ihn zu finden. Sollte

man meinen ...

Eine gute halbe Stunde zwi-

schen den Gemüse-, Fleisch-,

Käse- und Kleidungsständen

des Brunnenmarktes: Trotz des

Schönwetters tummeln sich an

diesem Freitagnachmittag hier

erstaunlich wenige Menschen.

Der Inder ist trotzdem nicht zu

entdecken. Als ein Verkäufer

das Foto sieht, nickt er. „Sie

finden den Mann weiter vor-

ne“, sagt er. Auch ein ande-

rer Standver-

käufer weiß

sofort weiter:

„Ich habe ihn

vorhin dort

gesehen,

schauen Sie mal zum Lokal an

der Ecke.“ Und tatsächlich: In

einem Schanigarten zwischen

den Marktständen sitzt der

Mann gemeinsam mit einem

Freund. „Bitte setzen Sie sich“,

sagt er freundlich.

Nirmal Singh ist 72 Jahre

alt und hat hier viele Jahre

selbstständig einen Markt-

stand betrieben. „Ich lebe seit

2001 in Österreich und war

zwischen 1984 und 1989 auch

schon hier“, erzählt er auf

Englisch, obwohl er Deutsch

gut zu verstehen scheint. Auch

„Wenn man hart arbeitet, hat

man ein ganz anderes inneres

Gefühl.“

Sukhdeep Singh

seine Frau hat zwölf Jahre hier gelebt: „Sie war krank. Sie ging nach Indien zurück und ist dort gestorben.“ Als Singh 70 Jahre alt wurde, wurde ihm seine Arbeit zu beschwerlich: „Im Winter bin ich physisch nicht so fit.“ Er suchte um eine Pension an. Die schlechte Nachricht: Seine Pensionszeiten reichen nicht aus, er hatte noch keine 180 Monate beisammen.

Zum Glück halfen die Behörden und Singh bekommt jetzt Mindestsicherung, bis er ab 2017 eine Pension beziehen kann. „Ich weiß nicht, wie viel es sein wird“, sagt er. Sein Freund geht davon aus, dass es die Mindestpension sein wird. Bis dahin muss Nirmal Singh von der Mindestsicherung jeden Monat die Sozialversicherungsbeiträge bezahlen. Obwohl da nicht viel zum Leben bleibt, ist er dankbar für die staatliche Unterstützung. Immer wieder betont er: „Die Leute am Sozialamt waren so freundlich und hilfsbereit. Das sind gute Menschen.“

Weiterarbeiten

Auch Sukhdeep Singh, Nirmal Singhs fünf Jahre jüngerer Freund, kann kommendes Jahr in Pension gehen. „Solange ich gesund bin, möchte ich meinen Stand behalten und geringfügig weiterarbeiten“, sagt Singh in sehr gutem Deutsch. Er verkauft Textilien am Brunnenmarkt. Da er schon seit 32 Jahren hier lebt und genug in die Pensionskasse eingezahlt hat, wird er sich nicht mit der Mindestpension zufriedengeben müssen. Niemals sei er zum AMS gegangen, nie habe er Sozial- oder Wohnbeihilfe bezo-

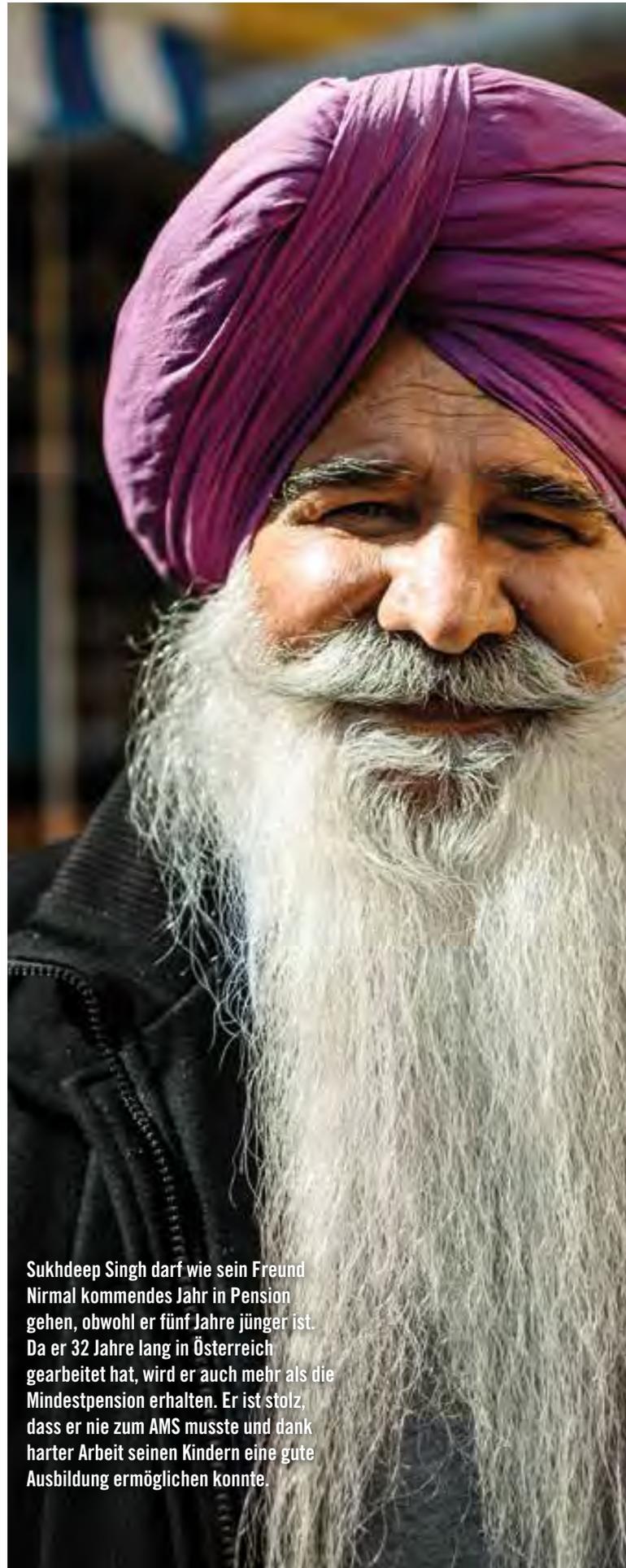
gen: „Wenn man hart arbeitet, hat man ein ganz anderes inneres Gefühl.“ Für ihn und seine Familie ist Österreich zur neuen Heimat geworden. Auch seine Frau ist Unternehmerin und hat ein Geschäft in der Wiedner Hauptstraße – noch bis Oktober, dann wird sie ihre Pension antreten.

Für die Familie

Sukhdeep Singh ist stolz auf das, was er hier erreicht hat, obwohl er keine gute Ausbildung hat: „Ich habe das ganze Leben für meine Familie gearbeitet, in der Kälte und in der Hitze. Aber ich habe mich selbst so entschieden.“ Seine drei Kinder haben gute Jobs, eines arbeitet sogar bei der Weltbank in Washington, worauf er ganz besonders stolz ist.

Es ist Freitag, 16 Uhr. Die beiden trinken weiter Tee und vertiefen sich wieder in ihre Gespräche. Der Frühling zeigt sich von seiner besten Seite, sodass sie die Sonne genießen können. Zurück bleibt ein Gefühl der Ratlosigkeit. Auch wenn die Betroffenen die prekären Verhältnisse vorziehen, weil sie immer noch besser sind als in ihren Herkunftsländern: Wie könnte für schwer arbeitende MigrantInnen eine Altersvorsorge aussehen, die ihnen ein Altern in Würde ermöglicht? Wie könnte das ganze Pensionssystem besser mit prekären Verhältnissen wie diesen umgehen?

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
alexandra.rotter@chello.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at



Sukhdeep Singh darf wie sein Freund Nirmal kommendes Jahr in Pension gehen, obwohl er fünf Jahre jünger ist. Da er 32 Jahre lang in Österreich gearbeitet hat, wird er auch mehr als die Mindestpension erhalten. Er ist stolz, dass er nie zum AMS musste und dank harter Arbeit seinen Kindern eine gute Ausbildung ermöglichen konnte.

Blick über die Grenzen

Wie sieht es mit der Alterssicherung auf der Welt aus? Mit welchen Herausforderungen haben andere Länder zu kämpfen, haben sie Vorteile? Eine Annäherung.

Hanna Silbermayr
Freie Journalistin

Medial schlug die Nachricht ein wie eine Bombe: Um die Zukunft des österreichischen Pensionssystems wäre es gar nicht gut bestellt, schrieben hiesige Zeitungen im Oktober des vergangenen Jahres. Sie beriefen sich dabei auf eine Studie des Beratungsunternehmens Mercer, das nationale Systeme zur Altersvorsorge in einen internationalen Vergleich stellte. Vor allem Staaten mit privaten, kapitalgedeckten Vorsorgeformen schnitten in dem Index besonders gut ab. Was die österreichischen Medien nicht erwähnten: Das private Unternehmen Mercer ist selbst im Bereich der Altersvorsorge tätig, weshalb hinter der Studie unternehmens-eigene (Kapital-)Interessen vermutet werden können.

Zurückhaltender Staat

In Österreich nimmt der Staat allerdings eine verhältnismäßig große Rolle in der Altersvorsorge ein. Nicht überall ist das so, vielerorts agiert der Staat in Bezug auf die Alterssicherung eher zurückhaltend. Und doch lässt sich allgemein sagen: In allen Ländern besteht die Alterspension aus einem Gemisch aus staatlich und privat. In Diskussionen um die Zusammensetzung von Pensionen dreht sich die Frage deshalb vornehmlich darum, wie viel von den beiden Finanzierungsarten in die Altersvorsorge einfließen soll.

Ein gutes Beispiel ist Großbritannien. Der staatliche Teil der Pensionsvorsorge, der ebenso wie in Österreich um-

lagefinanziert ist, besteht aus einer Grundrente und einer einkommensabhängigen Zusatzrente. Die Basispension beträgt dabei monatlich etwas mehr als 100 Euro, was rund 16 Prozent des Durchschnittsverdienstes der BritInnen entspricht. Da dieser Betrag natürlich keineswegs zum Leben reicht, sorgt die staatliche Zusatzpension für die notwendige Existenzsicherung, wobei die Höchstgrenze bei 150 Euro pro Woche angesetzt ist. Insgesamt ist die Leistung aus dem staatlichen Pensionstopf relativ gering, sie beträgt nur etwas mehr als 40 Prozent des Durchschnittsverdienstes der BritInnen. Auch deshalb setzen mehr als 70 Prozent der Bevölkerung – sofern vom Arbeitgeber zur Verfügung gestellt – auf betriebliche oder private Formen der Altersvorsorge und lassen sich von der geringen staatlichen Zusatzrente befreien.

Staaten, die so wie Österreich auf ein fast ausschließlich umlagefinanziertes öffentliches Pensionssystem setzen, gibt es wenige. Vielmehr haben sich Mischformen zwischen staatlicher und privater Vorsorge etabliert, bei denen Pensionsbeiträge in kapitalgedeckten, teils vom Staat subventionierten Fonds angelegt werden. Dies ist zum Beispiel in den USA, den Niederlanden und Deutschland der Fall. Unser Nachbar etwa hat zu Beginn des Jahrtausends eine massive Absenkung der staatlichen Pensionen beschlossen. Diese Kürzungen auf öffentlicher Seite sollten durch eine privaten Zusatzpension, der sogenannten **Riester-Rente**, sowie betriebliche Vorsorgekassen ausgeglichen werden. Dadurch wurde die staatliche Alterssicherung in

Teilen durch kapitalgedeckte private Pensionsfonds übernommen. Ähnliche Reformpläne hatte 2003 die schwarzblaue Regierung in Österreich. Diese scheiterten aber am Widerstand der Gewerkschaften.

Extreme Erfahrungen in Polen

Extreme Erfahrungen mit der Auslagerung staatlicher Kompetenzen hin zu kapitalgedeckten Formen der Altersvorsorge musste man in Polen machen. Unter Anleitung und Applaus der Weltbank nahm das osteuropäische Land Ende der 1990er-Jahre eine radikale Privatisierung seiner Alterssicherung vor. Ab 1999 mussten alle PolInnen unter 30 Jahren mehr als ein Drittel ihrer Pensionsbeiträge verpflichtend in privaten Rentenfonds anlegen, die extra zu diesem Zweck aus dem Boden gestampft worden waren. Über 30-Jährige konnten in diese Art der Vorsorge hineinoptieren, was etwa 80 Prozent aller PolInnen auch taten, immerhin versprochen der Börsenboom der 1990er-Jahre und die massiven Werbekampagnen von Regierung und Pensionsfonds hohe Renditen. Womit zu dieser Zeit aber offenbar niemand rechnete, war ein Börsencrash wie jener im Jahr 2008, der ein beträchtliches Loch in den polnischen Budgethaushalt reißen sollte. Die Reaktion vonseiten des Staates kam prompt: Ab 2010 wurde die Umleitung von Beiträgen aus der staatlichen in die kapitalgesteuerte Pensionsvorsorge drastisch zurückgefahren und seitdem versucht, die Privatisierung der Altersvorsorge einzudämmen bzw. so weit als möglich rückgängig zu machen. Von solchen Aus-

wirkungen der Finanzkrise blieb Österreich weitestgehend verschont. Seit jeher setzte man entgegen dem Privatisierungstrend der 1990er-Jahre und dem schon oft prophezeiten Ende des Generationenvertrags auf eine hohe Beteiligung des Staates an der Pensionsfinanzierung.

In vielen Staaten, in denen private Finanzierungsformen vorherrschen, hat der späte Pensionsantritt mit der Unsicherheit der Systeme zu tun. Oftmals reichen die privat angesparten Renten nicht aus, um einen finanziell abgesicherten Lebensabend zu garantieren, oder jemand hatte aufgrund niedrigen Einkommens während des Erwerbslebens keine Möglichkeit, ausreichend in eine private Altersvorsorge zu investieren. Es entsteht die Notwendigkeit, über das durchschnittliche Pensionsantrittsalter hinaus weiterzuarbeiten, will man nicht in die Altersarmut abrutschen.

In den USA etwa, wo stark auf betriebliche Pensionsanlageformen gesetzt wird und diese Art der Vorsorge auf Freiwilligkeit beruht, machte sich vor allem die Finanzkrise des Jahres 2008 in der Alterssicherung stark bemerkbar. Die Pensionsfonds verloren damals im Durchschnitt rund ein Viertel ihres Wertes, gekürzt wurde bei den privaten Zusatzrenten. Zwar gewährt der Staat zur Vermeidung von Altersarmut zusätzlich zur geringen staatlichen Pension eine bedarfsorientierte Altersleistung. Diese reicht aber in vielen Fällen nicht für ein adäquates Leben, sodass das Pensionsantrittsalter in den USA heute besonders hoch ist.

Unleistbare Riester-Rente

In Deutschland wird seit der Pensionsreform vermehrt vor einem möglichen Anstieg der Altersarmut gewarnt. Die bisherigen Erfahrungen mit der freiwilligen Zusatzvorsorge durch die Riester-Rente fallen eher enttäuschend aus. Trotz der staatlichen Subventionen ist sie für Menschen mit geringem Einkommen meist nicht leistbar. Auch in Staaten wie den Niederlanden, wo man ähnlich wie in Deutschland auf eine staatliche Volkspension setzt und diese mit hohen kapitalgedeckten Zusatzleistungen kombiniert, zeigen sich die Auswüchse des Finanz-

marktes. Infolge der Wirtschaftskrise mussten Renten gekürzt werden und das Pensionsantrittsalter wurde von 65 auf 67 angehoben.

Zwar ist Österreich den Kapitalmärkten nicht in demselben Ausmaß ausgeliefert wie andere Staaten. Dennoch steht auch hierzulande das Thema Finanzierung der Pensionen immer wieder auf der Tagesordnung. Derzeit liegt das Pensionsantrittsalter im Durchschnitt niedriger als in anderen Staaten, weshalb laut KritikerInnen auch das umlagefinanzierte System keine sichere Rente mehr garantieren könne.

Vorbild Schweden?

WirtschaftsvertreterInnen fordern deshalb ein Pensionssystem nach schwedischem Modell, das eine Selbstregulierung der Alterssicherung verspricht und die Finanzierbarkeit des Pensionssystems ohne Zuzahlung von Steuermitteln garan-

tieren soll. Das Pensionsalter wächst dort praktisch mit der Lebenserwartung mit, orientiert sich die Höhe der Rente doch daran, wie lange sie voraussichtlich noch bezogen werden wird. Dadurch ist die Gefahr der Altersarmut in Schweden deutlich geringer als anderswo. Die Vergangenheit hat allerdings gezeigt, dass auch im Norden immer wieder staatliches Geld in das Pensionssystem gepumpt werden musste, um Rentensicherheit zu schaffen. Auch deshalb bestehen in Österreich Zweifel daran, ob dieses Modell hierzulande funktionieren könnte.

Kapitaldeckung auf dem Prüfstand:

tinyurl.com/jjyud4d

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
info@hannasilbermayr.com

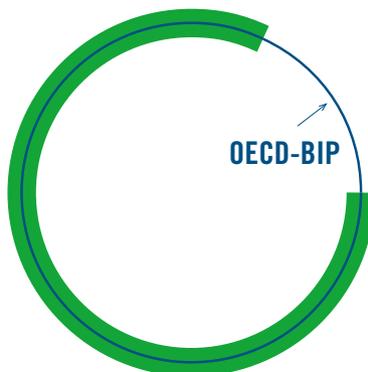
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Die Macht der privaten Pensionskassen



35.000.000.000.000 sind in privaten Pensionskassen veranlagt.**

Das entspricht
82 Prozent
 des BIP aller OECD-Länder.*



* OECD-Mitgliedsländer: 34
 Einwohner: 1,2 Milliarden

** 35 Billionen US-Dollar

Kleine Enzyklopädie der Pension

Das Pensionssystem scheint für Laien schwer durchschaubar. Für ein Grundverständnis gibt es hier einen Überblick über den Fachwortschmelgel.

Maja Nizamov
Freie Journalistin

Abhängigkeitsquoten-Rechner: In der Diskussion über Pensionen wird landläufig davon ausgegangen, dass die Finanzierung des Pensionssystems allein auf der demografischen Entwicklung beruht, also dem Verhältnis zwischen Jung und Alt.

Diese Relation zwischen verschiedenen Altersgruppen wird demografische Abhängigkeitsquote genannt. Gewerkschaften und AK halten dem entgegen, dass das Verhältnis von BezieherInnen von Transferleistungen wie Pension oder Arbeitslosengeld zu Erwerbstätigen sehr viel wichtiger und aussagekräftiger ist.

Der Fachausdruck dafür ist die ökonomische Abhängigkeitsquote, und diese sollte in der Diskussion über die Nachhaltigkeit der Pensionen im Vordergrund stehen.

Die AK Wien hat einen Rechner entwickelt, der eine anschauliche Darstellung sowohl des demografischen Wandels als auch der ökonomischen Abhängigkeitsquote erlaubt. Insbesondere lässt sich die Auswirkung verschiedener Arbeitsmarktszenarien auf die künftige Entwicklung der ökonomischen Abhängigkeitsquote rechnerisch ermitteln und bildlich darstellen.

Die zentrale Botschaft lautet: Hohe Beschäftigung auf Basis hochwertiger Arbeitsplätze und die effektive Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der bestehenden Beschäftigungsbarrieren (Mängel bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Fehlen altersgerechter

Arbeitsplätze etc.) sind die zentralen Stellschrauben im Umgang mit dem demografischen Wandel.

Ausgleichszulage: Bei niedrigem Einkommen bzw. einer geringen Anzahl an Versicherungsjahren kann der Pensionsanspruch sehr niedrig ausfallen. Um Armut zu vermeiden, gibt es die „Ausgleichszulage“. Diese kann bezogen werden, wenn das Gesamteinkommen (Bruttopension, sonstige Nettoeinkünfte und eventuelle Unterhaltsansprüche) einen bestimmten Betrag – den sogenannten Richtsatz – nicht erreicht.

Derzeit beträgt der Ausgleichszulagen-Richtsatz 882,78 Euro pro Monat. Niedrigere Pensionen werden bis zu diesem Betrag ausgeglichen, wenn man einen entsprechenden Antrag stellt. Weitere Richtsätze gibt es für Paare, die im gleichen Haushalt leben, ob verheiratet oder in einer eingetragenen Partnerschaft, Witwen sowie Waisen.

224.000 Personen haben im Jahr 2014 die Ausgleichszulage bezogen, dies entspricht 14 Prozent aller PensionsbezieherInnen in Österreich.

Im Schnitt betrug die Aufzahlung 302 Euro. Ältere Menschen, die aufgrund unzureichender Versicherungszeiten keinen Anspruch auf eine Pension und folglich auch nicht auf die Ausgleichszulage haben, sind auf die bedarfsorientierte Mindestsicherung angewiesen.

Automatismus: Unter „Automatismus“ wird ein Pensionssystem verstanden, in dem das Pensionsantrittsalter

automatisch an die gestiegene Lebenserwartung angepasst wird.

Beitragsgrundlage: Diese ist die Basis, von der die Beiträge berechnet werden, die ArbeitnehmerInnen und Arbeitgeber an die Sozialversicherung zu leisten haben. Grundsätzlich entspricht sie dem (Brutto-)Einkommen (siehe Pensionsbeitrag).

Betriebspension: Dabei handelt es sich um eine komplementäre Leistung zur gesetzlichen Pension, die auf freiwilliger Basis beruht, die der Arbeitgeber den ArbeitnehmerInnen gewähren kann. Es muss keine reine Altersversorgung sein, sondern kann auch eine Invaliditäts-, Berufsunfähigkeits- oder Hinterbliebenenpension umfassen. Geregelt wird die Betriebspension seitens des Arbeitgebers im Einzelarbeitsvertrag, einer Betriebsvereinbarung oder im Kollektivvertrag.

Bruttoinlandsprodukt: Das Bruttoinlandsprodukt entspricht dem Geldwert aller in einer bestimmten Periode von inländischen Wirtschaftseinheiten produzierten Waren und erbrachten Dienstleistungen nach Abzug des Wertes der im Produktionsprozess als Vorleistung verbrauchten Güter.

Den Pensionsaufwand misst man in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. So kann festgestellt werden, welcher Anteil des Gesamteinkommens bzw. der Gesamtproduktion den PensionistInnen zur Verfügung gestellt wird.

Gemäß den Projektionen der EU-Kommission, die die Daten vom öster-

Umlageverfahren, das in Österreich in der gesetzlichen Pensionsvorsorge gilt.

Während beim Umlagesystem die Erwerbstätigen die Gruppe der PensionistInnen finanzieren, wird beim Kapitaldeckungssystem das eingezahlte Geld auf dem Kapitalmarkt veranlagt. Dieses Verfahren, so meinen seine VerfechterInnen, sei als Ergänzung zum staatlichen System dringend nötig, um die BeitragszahlerInnen zu entlasten.

Zudem seien die Renditen auf den Kapitalmärkten höher als die Wachstumsraten der Löhne und der Beschäftigung, weshalb kapitalgedeckte Systeme den Einzahlenden höhere Pensionen beschere würden.

Nicht zuletzt die Finanzkrise hat gezeigt, dass diese Argumentation auf tönernen Füßen steht, immerhin haben Pensionsfonds im Jahr 2008 fast ein Viertel ihres Werts verloren.

Mindestpension: In Österreich gibt es keine gesetzliche Mindestpension. Daher fällt bei sehr niedrigem Einkommen und/oder kurzer Versicherungszeit ein sehr niedriger Pensionsanspruch aus. Dies kann durch die Ausgleichszulage (siehe oben) ausgeglichen werden.

Pensionsarten: Der gesetzliche Versicherungsschutz umfasst Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenpensionen. Zusätzlich gibt es verschiedene Varianten der Alterspension, neben der „normalen“ Alterspension gibt es noch die Korridorpension. Diese ist in der Praxis hauptsächlich für Männer von Bedeutung, da für Frauen ein niedrigeres Pensionsantrittsalter gilt.

Bei Pensionsantritt müssen derzeit folgende Voraussetzungen erfüllt sein: Vollendung des 62. Lebensjahres und 474 Versicherungsmonate, das sind umgerechnet 39,5 Jahre. Ab 2017 sind 480 Monate, umgerechnet 40 Jahre notwendig.

Außerdem gibt es die Hacklerregelung, in der Fachsprache Langzeitversicherungspension genannt. Grundsätzlich können sie Frauen ab dem 55. Lebensjahr in Anspruch nehmen, wenn sie 40 Beitragsjahre haben. Männer wiederum können ab dem 60. Lebens-

jahr bei 45 Beitragsjahren in Hacklerpension gehen.

Voraussetzung für die Schwerarbeitspension wiederum sind 45 Versicherungsjahre, zusätzlich muss man in den 20 Jahren vor Pensionsantritt 120 Monate lang Schwerarbeit geleistet haben.

Was Schwerarbeit ist, definiert der Gesetzgeber, berühmt geworden sind die Kalorien-Regeln: bei Männern 2.000, bei Frauen 1.400 Arbeitskilokalorien bei einer achtstündigen Arbeitszeit. Unter Schwerarbeit fallen aber auch Pflege in der Hospiz- oder Palliativmedizin, Schichtdienste unter bestimmten Bedingungen oder Tätigkeiten bei Hitze, Kälte oder mit chemischen oder physikalischen Einflüssen.

Pensionsbeitrag: Beitragssatz lautet der Fachbegriff für jenen Prozentsatz der Beitragsgrundlage, der als Beitrag zur Pensionsversicherung zu leisten ist. Dieser ist gesetzlich festgelegt und beträgt seit dem Jahre 1988 22,8 Prozent des versicherten Erwerbseinkommens. Bei Unselbstständigen werden 10,25 Prozent als ArbeitnehmerInnen-Beitrag vom Bruttolohn abgezogen. Der Rest wird von den ArbeitnehmerInnen entrichtet und bildet einen Teil der Lohnnebenkosten.

Prämiengeförderte Zukunftsvorsorge: Seit 2003 werden von Versicherungen und Banken spezielle Versicherungs- und Investmentfondsprodukte angeboten, die mit staatlichen Prämien gefördert werden.

Die gesetzlichen Grundlagen für die Produkte als auch die Förderungen sind im Einkommensteuergesetz festgelegt, mit Voraussetzungen wie einer Mindestbindungsfrist von zehn Jahren sowie dem Bezug der lebenslangen Pension, sofern die Sparphase vereinbarungsgemäß eingehalten wurde.

Auch die staatliche Prämie ist im Einkommensteuergesetz geregelt, während die VerbraucherInnen die Einzahlung garantieren müssen. Zudem schreibt das Gesetz vor, dass die Einzahlungen zu festgelegten Sätzen in Aktien – unter festgelegten Aktienquoten – angelegt werden müssen.

Die staatliche Prämie kann, je nach Marktzinsebene, zwischen 4,25 und 6,75 Prozent der jährlichen Einzahlungen betragen. Während der Einzahlungsphase fallen für den Verbraucher keine Kapitalertrags-, Einkommen-, Erbschafts- oder Versicherungssteuern an, bezieht man die Pension, fällt keine Einkommensteuer an.

Regelpensionsalter: Wird das Regelpensionsalter erreicht, kann die reguläre Alterspension angetreten werden. Derzeit ist das Regelpensionsalter bei Frauen das vollendete 60., bei Männern das vollendete 65. Lebensjahr. Bis zum Jahr 2024 gilt dieses geschlechtsspezifische Antrittsalter, ab dann wird das Regelpensionsalter der Frauen schrittweise an jenes der Männer angepasst, ab 2033 gilt ein einheitliches Alter für beide Geschlechter.

Säulen des Pensionssystems: Die Altersvorsorge in Österreich steht auf den sogenannten drei Säulen. Die erste Säule stellt die gesetzliche Pension dar, die auf dem Umlageverfahren beruht. Bei der zweiten und dritten Säule handelt es sich um die betriebliche Vorsorge und die private Zusatzpension.

Teilversicherungszeiten: Zeiten von Präsenz- oder Zivildienst, Kindererziehungszeiten, Bezug von Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe gelten als Teilversicherungszeiten. Obwohl sie nicht zu Lücken führen, wirken sie sich teilweise verringend auf die Bemessungsgrundlage aus.

Umlageverfahren: Jede Generation finanziert mit ihren Pensionsbeiträgen nicht ihre eigene Altersvorsorge, sondern jene ihrer Eltern und Großeltern. Dies wird Umlagesystem genannt, da die Pensionsversicherungsbeiträge der heutigen ArbeitnehmerInnen direkt an die heutigen PensionistInnen ausbezahlt – also umgelegt – werden.

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
maja.nizamov@gmx.net
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Nicht zuletzt

von

Sascha Ernszt

Vorsitzender der
Österreichischen Gewerkschaftsjugend

Panik? Nein danke!

Endlich fertig mit der Lehre. Endlich Geld verdienen, denn jetzt fängt das Leben erst richtig an. Während ich mich noch über meinen ersten Gehaltszettel freute, gelangten auch schon die ersten Unkenrufe an mein Ohr: „Früher haben wir vier Prämien im Jahr bekommen. Warum jetzt nicht mehr?“ Daraufhin begann eine lange Diskussion darüber, was früher war und jetzt ist. Auch bei der Pension, die ich laut meinen KollegInnen nicht mehr bekommen werde. Nicht nur sie, sondern auch viele Medienberichte können einen an der eigenen, sicheren Zukunft zweifeln lassen. Es sind einige wenige, die verunsichern und dabei vor allem eines im Sinn haben: junge Menschen zu motivieren, ihr Geld in Produkte zu investieren, die morgen schon unsicherer sind als eine Pension in weiter Ferne. Schlägt man heute eine Zeitung auf, in der von unsicheren Pensionen geschrieben wird, sind oftmals auf der nächsten Seite die Anzeigen für eine private Vorsorge. Die gesamte Gewerkschaftsbewegung muss hier gegenhalten und den Irreführungen die Fakten gegenüberstellen. Meine Generation darf das Vertrauen in das Pensionssystem nicht verlieren!

Reformen wirken

Die größte Irreführung in der Pensionsdebatte ist die Behauptung, die Pensionen seien nicht ausreichend finanziert.

Das Problem ist aber nicht, dass wir uns die Pensionen nicht mehr leisten können, sondern dass bestimmte politische Kräfte genau das nicht wollen. Nämlich jene, die mit dem goldenen Löffel im Mund aufgewachsen und im Alter nicht von einer Pension abhängig sind.

Sicher, wir werden immer älter. Die Zahl der Menschen über 65 Jahre wird bis zum Jahr 2060 deutlich ansteigen. Aber das ist etwas Schönes und kein Grund, in Panik zu geraten. Denn der Anteil der Pensionskosten an der Wirtschaftsleistung Österreichs (BIP) wird im selben Zeitraum nur moderat ansteigen. Das zeigt, dass die bisherigen Reformen wirken. Das faktische Pensionsantrittsalter ist beispielweise schon jetzt stärker gestiegen als erwartet. Deshalb muss die Politik die Zügel auch weiterhin in der Hand behalten. Österreich braucht kein automatisches Anheben des Pensionsantrittsalters.

Mehr Lehrstellen und Arbeitsplätze

Wir kehren die Probleme nicht unter den Tisch, man muss aber sagen, wo man wirklich ansetzen kann. Statt weiterhin das Pensionssystem kaputt zu jammern, müssen wir für mehr Lehrstellen und Arbeitsplätze sorgen. Denn nur eine gute Ausbildung, ein fairer Berufseinstieg und kollektivvertraglich geregelte Löhne sind die Grundlage für eine sichere Pension – und nicht etwa ein höheres Pensionsan-

trittsalter. Denn die Jobs, um bis ins hohe Alter zu arbeiten, gibt es nicht.

In unserer täglichen Arbeit erzählen uns viele ArbeitnehmerInnen, dass es gang und gäbe ist, ältere MitarbeiterInnen abzuservieren. Einer 56-jährigen Frau wurde ins Gesicht gesagt: „Du kannst so lange arbeiten, bis die Förderung aus dem 50-plus-Programm ausläuft, dann musst du gehen.“ Nicht alle Betriebe sind so, aber genügend Firmen nutzen es aus: Sie holen sich dank Steuergeldern gratis LeiharbeiterInnen.

Normal statt prekär

Auch bei den Arbeitsverhältnissen müssen die Unternehmer ihre gesellschaftliche Verantwortung wieder stärker wahrnehmen. Für viele aus meiner Generation ist es leider normal, prekär beschäftigt zu sein und nicht zu wissen, ob man in der nächsten Woche noch den Job hat. Oder nur einen Teilzeitjob angeboten bekommt.

Die Unternehmer diktieren vor allem jungen Menschen Arbeitsverträge und Arbeitszeitverkürzungen, von denen nur sie profitieren. Es zählt nur ihr Gewinn. Rücken wir das Wohl aller wieder in den Vordergrund, schaffen wir sichere Arbeitsverhältnisse für Junge und alternsgerechte Arbeitsplätze für Ältere, dann müssen wir auch keine Angst um den Sozialstaat und das Pensionssystem haben.

PANAMA – DAS WEGSCHAUEN HAT SYSTEM

Gleich drei Beiträge widmen sich den Panama-Papers, die bislang bekannte Schätzungen über versteckte Vermögen in Steueroasen bestätigen – und den Verdacht verifizieren, dass Steuerflucht mit System organisiert wird. Gertraud Lunzer etwa beschreibt die Rolle von Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsunternehmen sowie Banken, ohne die Kapitalflucht nicht möglich wäre. Gabriel Zucman, Autor von „Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird“, fordert die automatische Erfassung von Vermögen. Denn nur so könne die „Vermögensschutz-Branche“ effektiv reguliert werden. David Walch wiederum verdeutlicht die Verflechtungen zwischen Politik und Wirtschaft und stellt fest: „Der Kampf gegen Steuerhinterziehung der Reichen und gegen eine Politik für das ‚eine Prozent‘ ist ein entscheidender Test für unsere Demokratie.“

Lesen Sie mehr: tinyurl.com/hcohrp3, blog.arbeit-wirtschaft.at/panama-leak
blog.arbeit-wirtschaft.at/panama-papers

WIR LEBEN UNTER UNSEREN VERHÄLTNISSEN

Wann, wenn nicht jetzt? Österreich hat, ähnlich wie Deutschland oder die Niederlande, im vergangenen Jahr einen deutlichen Exportüberschuss erwirtschaftet. Dies macht einmal mehr deutlich, dass es Österreich nicht an Wettbewerbsfähigkeit mangelt. Der Leistungsbilanzüberschuss ist aber auch Ergebnis der schwachen Inlandsnachfrage und bringt damit ein gefährliches Importdefizit zum Ausdruck. Markus Marterbauer fordert daher eine nachhaltige Erhöhung der Konsum- und Investitionsnachfrage in Österreich und den anderen Überschussländern. Dafür braucht es eine expansive Budgetpolitik, in deren Mittelpunkt öffentliche Infrastrukturinvestitionen stehen. Diese sind notwendig und können zurzeit günstig finanziert werden. Zur Steigerung der Konsumnachfrage sind kräftige Lohnerhöhungen notwendig. Gleichzeitig muss von oben nach unten, also von den sparfrendigen zu den konsumfreudigen Einkommensgruppen umverteilt werden.

Lesen Sie mehr: tinyurl.com/zotd225

DES KAISERS NEUE KLEIDER?

Staatsschulden und verschärfte Budgetregeln erschweren derzeit die Finanzierung von Investitionen in öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur. Der Einsatz von privatem Kapital über sogenannte „Öffentlich-private Partnerschaften“ (ÖPP) wird als Teil der Lösung dieser Finanzierungsprobleme beworben. Tatsächlich sind ÖPP aber Teil des Problems. Michaela Schmidt verweist auf internationale Erfahrungen, die deutlich machen, dass bei ÖPP-Projekten die Finanzierungskosten hoch sind, es zu intransparenten und ineffizienten Vergabeverfahren kommt und die BürgerInnen mit Qualitätsverschlechterungen rechnen müssen. Dementsprechend führen Privatisierungen durch ÖPP-Projekte zu höherer Staatsverschuldung und entsprechenden langfristigen Kosten durch schlechte Infrastruktur. Anstatt auf eine versteckte Form der Privatisierung durch ÖPP zu setzen, müssen öffentliche Investitionen wieder möglich gemacht werden. Dazu braucht es eine Anpassung der europäischen und nationalen Fiskalregeln.

Lesen Sie mehr: tinyurl.com/zanegwc

VOM PILOTEN ZUM GRÖSSTEN NON-PROFIT-UNTERNEHMEN IN DER MOBILEN PFLEGE

In knapp zehn Jahren hat sich die niederländische Buurtzorg vom Pilotprojekt zum größten Non-Profit-Unternehmen in der mobilen Pflege entwickelt. Dem Unternehmen ist es gelungen, eine höhere Qualität in der Pflege mit besseren Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten und einem wirtschaftlichen Konzept zu verbinden. Gerlinde Hauer warf einen genauen Blick auf die Erfolgsfaktoren. Weitgehend selbstverantwortliche Pflegekräfte-Teams nutzen informelle und formelle nachbarschaftliche Netzwerke, um ihre KlientInnen bestmöglich zu versorgen. Dies macht eine einfache, kosteneffiziente Verwaltung möglich und Ressourcen für gute Pflegearbeit frei.

Lesen Sie mehr: tinyurl.com/gw9xgwk

Der blog.arbeit-wirtschaft.at ergänzt die Printausgabe der „A&W“ als digitales Informations- und Diskussionsforum. Frisch gebloggt gibt einen Einblick, was in letzter Zeit online los war. In voller Länge finden Sie diese sowie jede Menge anderer aktueller Debattenbeiträge zum Nachlesen auf

blog.arbeit-wirtschaft.at.

Diesmal legen wir Ihnen diese Beiträge besonders ans Herz:

- » Panama: Steuerflucht mit System
- » Leistungsbilanz: Deutschland und Österreich leben unter ihren Verhältnissen (Markus Marterbauer)
- » Öffentlich-private Partnerschaften – des Kaisers neue Kleider? (Michaela Schmidt)
- » Buurtzorg – vom Pilotprojekt zum größten Non-Profit-Unternehmen in der mobilen Pflege (Gerlinde Hauer)

Wenn Ihnen ein Blogbeitrag gefällt, belohnen Sie uns und die Autorinnen und Autoren doch damit, dass Sie den Beitrag per Facebook, Twitter, E-Mail oder – ganz klassisch – per Mundpropaganda an interessierte Menschen weitergeben!

Wir freuen uns, wenn Sie uns abonnieren:

blog.arbeit-wirtschaft.at

Sie finden uns auch auf Facebook: facebook.com/arbeit.wirtschaft

Aus AK und Gewerkschaften

GPA-djp/PRO-GE/vida:

Höhere Löhne in Industrie und Tourismus

Mehr Geld gibt es auch für Lehrlinge. In der Textilindustrie wurde eine Systemumstellung erreicht.

Für die rund 200.000 Beschäftigten im Hotel- und Gastgewerbe gibt es seit Mai mehr Lohn und Gehalt. Der neue Mindestlohn bzw. das neue Mindestgehalt liegt bei 1.420 Euro. Ein deutliches Plus gibt es auch bei den Lehrlingsentschädigungen: Sie erhöhen sich um durchschnittlich 2,96 Prozent, mindestens aber um 20 Euro. Die vida hat zudem durchgesetzt, dass erstmals seit Jahren der Nachtarbeitszuschlag wieder nach oben gesetzt wird, er beträgt ab Mai 21 Euro. Berend Tusch, Vorsitzender des vida-Fachbereichs Tourismus: „Die Erhöhung des Mindestlohns ist ein gutes Signal. Dieser Weg muss auch bei kommenden Verhandlungen fortgesetzt werden. Das im letzten Jahr vereinbarte Ziel von 1.500 Euro bis 2018 muss erfüllt werden!“ Für Kärnten, Salzburg, Tirol und Vorarlberg wurden die Weichen für neue Lohn- und Gehaltstabellen gestellt. „Wir haben vereinbart,

dass ab Mai 2017 in diesen Bundesländern auf ein neues fünfstufiges Festlohnsystem umgestellt wird. Unterschiedliche Tabellen und Bezahlung gehören dann großteils der Vergangenheit an“, freut sich Tusch. Das Festlohnsystem garantiert den Beschäftigten ein höheres Grundgehalt und sie sind nicht mehr abhängig vom Umsatz. Auch für rund 50.000 Beschäftigte der Elektro- und Elektronikindustrie (EEI) konnten die Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp Erhöhungen bei Löhnen sowie Lehrlingsentschädigungen erreichen. Ab 1. Mai beträgt der KV-Mindestlohn damit 1.715,96 Euro. Zudem ist der 31. Dezember künftig bei Entgeltfortzahlung arbeitsfrei. Und die Lehrlinge der EEI erhalten in Zukunft die Fahrtkosten zum Berufsschulinternat in voller Höhe ersetzt.

In der Chemischen Industrie beträgt der neue KV-Mindestlohn 1.815,17 Euro.

Dazu wird ebenfalls der 31. Dezember bei Fortzahlung des Entgelts arbeitsfrei. In der Papierindustrie wurde neben der Erhöhung der KV-Mindestlöhne und der Lehrlingsentschädigungen zum zweiten Mal in Folge die Möglichkeit der Freizeitoption beschlossen. Auch in der Textilindustrie wurde eine Erhöhung der Löhne und der Lehrlingsentschädigung erreicht. Nach mehrjährigen Bemühungen wurde zudem eine Systemumstellung des Lohngruppenschemas erreicht. Das alte, zum Teil noch aus dem Jahr 1946 stammende und rein auf Tätigkeiten aufbauende Schema wird mit 31. Oktober durch ein modernes, auf Qualifikation basierendes ersetzt. Für Beschäftigte wie für Betriebe bringt dies nicht nur eine Vereinfachung, sondern auch Rechtssicherheit.

Infos unter: tinyurl.com/jgh9c4g
tinyurl.com/jckh9pn

ÖGB:

Arbeitszeit verkürzen

Tägliche, wöchentliche und jährliche Arbeitszeit verkürzen, Arbeit gerecht verteilen.

„Obwohl immer mehr Menschen Arbeit finden, steigt gleichzeitig die Arbeitslosigkeit weiter an“, erklärte Bernhard Achitz anlässlich des weiteren Anstiegs der Arbeitslosigkeit im April.

Das Fazit des Leitenden ÖGB-Sekretärs: „Damit für all die arbeitslosen Menschen Jobs entstehen, bräuchte Österreich ein enormes Wirtschaftswachstum, doch das ist weit und breit nicht in Sicht. Die Lösung ist daher: Teilen wir die vorhandene Arbeit neu auf, verkürzen wir die Arbeitszeit.“ Während sich die einen mit Überstunden kaputt arbeiten, sind die anderen zur Untätigkeit verdammt. „Wir müssen auf allen Ebenen ansetzen: kürzere Wochenarbeitszeiten, weniger Überstunden, mehr Urlaub“, so Achitz. Überstunden müssten für die Arbeitgeber um einen Euro teurer werden, die Einnahmen sollen in die Arbeitsmarktförderung und ins Gesundheitssystem fließen. Kürzere Wo-

chenarbeitszeiten müssen so umgesetzt werden, dass der Lebensstandard der ArbeitnehmerInnen gesichert ist.

Beim Urlaub muss die Gesetzeslage endlich der Realität angepasst werden: Laut Gesetz hat man nach 25 Jahren sechs Wochen Urlaubsanspruch – aber nur, wenn man sehr lang in ein und derselben Firma beschäftigt ist. „Als das Gesetz beschlossen wurde, war das noch der Normalfall. Heute erwarten die Arbeitgeber immer mehr Mobilität, Jobwechsel sind auf der Tagesordnung“, so Achitz. „Also brauchen wir eine Neuregelung: Sechs Wochen für alle, die 25 Jahre lang gearbeitet haben, egal, für wie viele Unternehmen.“ Laut aktuellem Arbeitsklima Index der AK Oberösterreich sprechen sich 88 Prozent für diese Forderung aus. Immerhin reicht für fast ein Viertel der Beschäftigten in Österreich der Urlaub nicht aus, um sich von den Strapazen des

Berufs zu erholen und ausspannen zu können. Vor allem Menschen im Handel und in Gesundheitsberufen schaffen es oft nicht, im Urlaub abzuschalten und sich auszuruhen.

Kürzere Arbeitszeiten sind aber nur einer der notwendigen Punkte, wenn die Lebensarbeitszeit verlängert werden soll. „Wenn wir das faktische Pensionsalter weiter anheben wollen, dann müssen die Menschen entsprechend lang gesund und arbeitsfähig bleiben. Das geht nicht, wenn sie von verschärften und unmenschlichen Arbeitsbedingungen krank gemacht werden“, so Achitz. Deshalb sei auch die vom Sozialministerium gestartete Kampagne ein wichtiger Schritt, um darauf aufmerksam zu machen, dass gesunde Arbeitsplätze auch schon für junge ArbeitnehmerInnen im Mittelpunkt stehen müssen.

Infos unter:
tinyurl.com/hg7yy7c

Man kann nicht alles wissen ...

Agenda Austria: Die „Vereinigung für wissenschaftlichen Dialog und gesellschaftliche Erneuerung“ wurde 2013 gegründet. Mitglieder und Financiers der wirtschaftsliberalen Denkfabrik sind durchwegs Wirtschaftsunternehmen und vermögende Privatpersonen; Geschäftsführer: Franz Schellhorn, ehemaliger Leiter der Wirtschaftsredaktion der Tageszeitung „Die Presse“. (Seite 17)

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG): Vor 60 Jahren, am 1. Jänner 1956, trat das österreichische ASVG in Kraft, nachdem 1939 das deutsche Sozialversicherungsrecht eingeführt worden war. Das ASVG ist das Stammgesetz der Sozialversicherung der unselbstständig Erwerbstätigen in der Zweiten Republik und wurde seitdem mehrfach durch Novellen an die aktuellen Verhältnisse angepasst. Das ASVG baute ursprünglich größtenteils auf bereits Bestehendes auf, inhaltlich weitgehend neu waren 1956 viele Bereiche der Pensionsversicherung, wie etwa das System der Leistungsberechnung oder die Ausgleichszulage. (Seite 13)

Blüm, Norbert: ehemaliger deutscher CDU-Politiker, geb. 1935; von 1982 bis 1998 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, heute ist er hauptsächlich als Autor tätig. Aktuell engagiert sich Blüm besonders für Flüchtlinge. (Seite 17)

Bruegel: (auch: BRUEGEL; sprich: brögl): Brussels European and Global Economic Laboratory; wirtschaftswissenschaftlicher Thinktank, gegründet 2004 mit dem Ziel, durch unparteiische, auf Fakten basierende und für Entscheidungsträger relevante Forschung zur Qualität der Wirtschaftspolitik in Europa und der Welt beizutragen, sowie als Plattform für den Austausch von Forschung, Politik und Wirtschaft zu dienen. Zu den Mitgliedern zählen VertreterInnen von EU-Mitgliedsstaaten, international tätige Konzerne sowie die französische Zentralbank, die Europäische Investitionsbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. (Seite 21)

Crouch, Colin: britischer Politikwissenschaftler und Soziologe, geb. 1944; er wurde international bekannt mit seinem Werk Postdemokratie, in dem er unter anderem Wahlen mehr als von Wirtschaftsbossen mit Unterstützung von PR-ExpertInnen veranstaltete Shows denn als echte Willenskundgebung der Bevölkerungsmehrheit bezeichnete. Aktuelle Werke: Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Postde-

mokratie II, Die bezifferte Welt: Wie die Logik der Finanzmärkte das Wissen bedroht. (Postdemokratie III); Jenseits des Neoliberalismus. Ein Plädoyer für soziale Gerechtigkeit. (Seite 19)

Einkommensersatzrate: Prozentsatz, mit dem das letzte Activeinkommen durch eine Pensionsleistung, Arbeitslosengeld u. Ä. ersetzt wird. (Seite 29)

Erhard, Ludwig: deutscher CDU-Politiker und Wirtschaftswissenschaftler (1897–1977); 1949–1963 Wirtschaftsminister, er gilt als Vater des deutschen Wirtschaftswunders und der Sozialen Marktwirtschaft, 1963–1966 deutscher Bundeskanzler. (Seite 18)

Gabriel, Sigmar: deutscher Politiker, geb. 1959; seit 2009 SPD-Parteivorsitzender, seit Dezember 2013 stellvertretender Bundeskanzler und Bundesminister für Wirtschaft und Energie. (Seite 16)

Golden Rule: Bei der „Goldenen Regel“ handelt es sich um einen alten Grundsatz der Ethik: „Behandle andere so, wie du von ihnen behandelt werden willst.“ Im Bereich der Ökonomie bzw. Wirtschaftsethik wurde mit dieser Golden Rule Ende des 19. Jahrhunderts argumentiert, um die Auswirkungen von Kapitalismus und Sozialdarwinismus abzumildern und damit auch das Brutto sozialprodukt zu steigern: Finanzpolitische Regeln sollen sicherstellen, dass künftige Generationen nicht die Kosten für heutige Kredite tragen müssen. Konkreter formulierte Gordon Brown, von 1997 bis 2007 Schatzkanzler der Regierung Tony Blair, die Goldene Regel: Innerhalb eines Konjunkturzyklus (der sich über mehrere Jahre erstreckt) sollen Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein; Schulden dürfen ausschließlich für Investitionen in öffentliche Projekte und nicht für laufende Kosten wie etwa Gehälter für Angestellte im öffentlichen Dienst gemacht werden. Im deutschen Verfassungsrecht schlug sich diese Regel bis 2009 im Grundgesetz nieder, die jährliche staatliche Neuverschuldung war durch die Höhe der öffentlichen Investitionen begrenzt. Mit der Einführung der „Schuldenbremse“, mit der die Neuverschuldung durch fixe Prozentsätze reduziert werden sollte, wurde diese Regel beendet. (Seite 23)

Jugendcoaching: 2013 bundesweit etabliertes Unterstützungsangebot für Jugendliche am Ende der Schulpflicht, um diesen dabei zu helfen, einen individuell passenden Bildungs- und Berufsweg einzuschlagen. Besondere Unterstüt-

zung erhalten Jugendliche, die gefährdet sind, die Schule abzubrechen oder keinen Abschluss zu erlangen. Aber auch Jugendliche mit Behinderung oder sonderpädagogischem Förderbedarf können die Leistung in Anspruch nehmen. (Seite 23)

kooptieren: nachträglich als Mitglied in ein Gremium wählen, z. B. nach einem Todesfall. (Seite 6)

Neckel, Sighard: deutscher Soziologe an der Universität Hamburg, geb. 1956; Schwerpunkt: Gesellschaftsanalyse und sozialer Wandel. (Seite 19)

Pensionskommission: Im Jahr 2000 gebildetes Gremium zur langfristigen Pensionsversicherung; insgesamt 34 Mitglieder (ParteienvertreterInnen, VertreterInnen von Ministerien, Sozialpartnern, PensionistenvertreterInnen, ExpertInnen). Die Kommission beschließt den Richtwert für die jährliche Pensionsanpassung und hat die Aufgabe, jedes Jahr ein Gutachten über die voraussichtliche Gebarung der gesetzlichen Pensionsversicherung für die kommenden fünf Jahre zu erstellen und alle drei Jahre einen Bericht über die langfristige Entwicklung und Finanzierbarkeit der gesetzlichen Pensionsversicherung (Langfristgutachten) zu erarbeiten. Nachdem eine Reform der Kommission schon länger geplant war und sich die Kommission Ende 2015 auf keinen endgültigen Pensionsbericht einigen konnte, soll die Pensionskommission jetzt neu aufgestellt und verschlankt werden. (Seite 6)

Piketty, Thomas: französischer Wirtschaftswissenschaftler, geb. 1971; 2007 wirtschaftspolitischer Berater der Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal. International bekannt wurde er 2013 durch sein Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“, in dem Piketty seine bisherigen historischen Forschungen zur Einkommens- und Vermögensverteilung mit einer Theorie des Kapitalismus verknüpft. Er argumentiert, dass unregulierter Kapitalismus unweigerlich zu steigender Vermögenskonzentration führt. Starke Vermögenskonzentration führe zu einer stagnierenden Wirtschaft und sei eine Bedrohung für die Demokratie. Aktuelle Publikation: Die Schlacht um den Euro. (Seite 19)

Riester-Rente: staatlich geförderte, freiwillige privat finanzierte Zusatzpension in Deutschland; Namensgeber ist Walter Riester, der als Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (1998–2002) für diese Form der privaten Vorsorge plädierte. (Seite 16, 39)



Arbeitszeitrecht für Teilzeitbeschäftigte

Monika Drs, Lisa Jobst, Wolfgang Kozak

Varia / 2016 / 112 Seiten / EUR 24,90

ISBN 978-3-99046-198-3

Das Buch beinhaltet zwei Beiträge zu den Spezifika von Teilzeitbeschäftigungen. Der Beitrag von Drs/Jobst beschäftigt sich mit den Grenzen flexibler Arbeitszeitgestaltung bei Teilzeitverträgen im allgemeinen Arbeitsrecht, der Beitrag von Kozak überwiegend mit den Besonderheiten des neuen Dienstrechtes des wissenschaftlichen bzw. künstlerischen sowie des allgemeinen Personals der österreichischen Universitäten.

Das Buch verbindet so generelle Aussagen zum allgemeinen Arbeitszeitrecht und Betrachtungen zu einem Sonderrecht, für das nur in Teilbereichen das allgemeine Arbeitszeitrecht anwendbar ist.

BESTELLUNG

IM THEMESHOP DES ÖGB-VERLAGS

www.arbeit-recht-soziales.at / kontakt@arbeit-recht-soziales.at

F +43 1 405 49 98-136 / T +43 1 405 49 98-132

oder direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

1010 Wien, Rathausstraße 21

Anzahl der Exemplare

Name	Vorname	
Firma/Institution		
Telefon	E-Mail	
Anschrift	PLZ	Ort
Datum, Unterschrift		



DABEI SEIN MACHT STARK

Die Gewerkschaft kämpft für ihre Mitglieder!



FÜR ILONA
9.350 EURO
ÜBERSTUNDENAUSZAHLUNG
ERKÄMPFT!



FÜR FRANZ
19.800 EURO
NACHZAHLUNG
ERKÄMPFT!

OGB ÖSTERREICHISCHER
GEWERKSCHAFTSBUND

www.oegb.at/mitgliedwerden

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank

AW